

Grosser Gemeinderat Winterthur

Protokoll der **4./5. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2019/2020 vom 24. Juni 2019

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.05 Uhr

Vorsitz: A. Geering (CVP)

Protokoll: A. Fatzer

Entschuldigt: 4. Sitzung: A. Erismann (SP), K. Frei (Grüne)
4./5. Sitzung: M. Wäckerlin (PP), F. Albanese (SVP)

Traktanden

Trakt. Nr.	Ge-sch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.*		Protokoll der 2./3. Sitzung	
2.*	19.54	Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gyax-Matter (GLP) und C. Etter-Gick (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
3.*	19.61	Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden Th. Wolf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
4.*	19.62	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle des zurücktretenden M. Wäckerlin (PP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022	S. Stierli
4.b Nach-träglich einges- choben	19.65	Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson (SOP): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin (<i>Behandlung am 1. Juli</i>)	S. Stierli
5.*	19.27 (DFI)	Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2018	F. Helg
6.	19.64	Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle (<i>Behandlung am 1. Juli</i>)	I. Kuster
7.	19.44	Jahresbericht 2018 der Ombudsstelle (<i>Behandlung am 1. Juli</i>)	U. Glättli

- | | | | |
|------|-----------------|--|---------------------|
| 8.* | 19.52 | Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten | U. Glättli |
| 9.* | 18.8
(DSS) | Antrag und Bericht zur Motion G. Stritt (SP), K. Gander (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), K. Cometta (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter | L. Banholzer |
| 10.* | 18.110
(DSS) | Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne / AL) betr. PraktikantInnen in Kitas | |
| 11.* | 19.60
(DKD) | Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP), M. Sorgo (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Lohngleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungsvereinbarungen einfordern | |
| 12. | 19.59
(DSO) | Begründung des Postulats M. Wäckerlin (PP), K. Cometta (GLP) und R. Keller betr. Cannabis Pilotversuch umsetzen | |
| 13. | 19.58
(DB) | Begründung des Postulats U. Glättli (GLP), B. Zäch (SP) und K. Frei Glowatz (Grüne/AL) betr. Mattenbach revitalisieren und vernetzen | |
| 14. | 19.57
(DTB) | Begründung des Postulats M. Nater (GLP), Ch. Griesser (Grüne/AL), M. Bänninger (EVP), R. Heuberger (FDP) und G. Stritt (SP) betr. Optimierung der öffentlichen Strassenbeleuchtung zur Reduktion der Lichtverschmutzung und des Energieverbrauches | |
| 15. | 16.82
(DTB) | Antrag und Bericht zum Postulat D. Hofstetter (Grüne/AL), F. Landolt (SP), L. Banholzer (EVP/BDP) und M. Nater (GLP) betr. kostendeckende Solarstromproduktion auf städtischen Liegenschaften | |
| 16. | 17.97
(DTB) | Beantwortung der Interpellation D. Schneider (FDP), S. Gygax-Matter (GLP) und R. Diener (Grüne) betr. Bus on demand | |
| 17. | 17.98
(DTB) | Beantwortung der Interpellation A. Geering (CVP), F. Helg (FDP) und S. Gygax-Matter (GLP) betr. Autonome Busse ab Quartierbahnhöfen | |
| 18. | 17.130
(DTB) | Beantwortung der Interpellation M. Nater (GLP), F. Helg (FDP), M. Bänninger (EVP) und A. Steiner (GLP) betr. Rückvergütung Gewinne aus Stromverkauf an Kunden | |
| 19. | 17.129
(DTB) | Beantwortung der Interpellation H.R. Hofer (SVP), Z. Dähler (EDU) und M. Nater (GLP) betr. Stromgebühren der Stadtwerke Winterthur | |
| 20. | 17.121
(DTB) | Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und A. Steiner (GLP) betr. Insektizide in der Stadt Winterthur | |
| 21. | 17.66
(DB) | Beantwortung der Interpellation S. Gygax-Matter (GLP), Ch. Baumann (SP) und Ch. Griesser (AL) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse | |
| 22. | 17.160
(DB) | Antrag und Bericht zum Postulat Ch. Baumann (SP), S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Aufenthaltsqualität an einer verkehrsberuhigten Stadthausstrasse | |
| 23. | 17.161
(DB) | Antrag und Bericht zur Motion S. Gygax-Matter (GLP/PP), Ch. Baumann (SP), Ch. Griesser (Grüne/AL) und M. Bänninger (EVP/BDP) betr. Verkehrsberuhigung Stadthausstrasse | |
| 24. | 17.96
(DB) | Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Effizienz in der Verkehrssteuerung | |

25. 17.94 (DB) Beantwortung der Interpellation F. Helg (FDP) betr. zeitliche Abwicklung von Strassenbauarbeiten
26. 17.95 (DB) Beantwortung der Interpellation Ch. Magnusson (FDP) betr. Mobilität im hochverdichteten Raum: Think Tank und Versuchszonen
27. 17.120 (DB) Beantwortung der Interpellation M. Zehnder (GLP) und K. Cometta-Müller (GLP) betr. Leitbild Naherholung Töss
28. 17.67 (DB) Antrag und Bericht zum Postulat B. Zäch (SP), R. Diener (Grüne), F. Helg (FDP) und M. Bänninger (EVP) betr. Testplanung Gleiskorridor SBB (Töss-Lindspitz)

** An dieser Sitzung behandelte Geschäfte*

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse Euch herzlich zur 4. und 5. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020.

«Winti jodelt» - diesen Ausspruch hat man am letzten Wochenende vielfach in Winterthur gehört. «Winti jodelt» - nicht nur den Spruch hat man gehört. In Wülflingen wurde im Rahmen des nordostschweizerischen Jodelfestes gejodelt, Alphorn und Büchel gespielt und Fahnen geschwungen. Ich werde Euch nicht jeden Montag erzählen, was ich am Wochenende gemacht habe. Aber das nordostschweizerische Jodelfest möchte ich doch kurz erwähnen. Es findet alle 3 Jahre statt, an wechselnden Austragungsorten, und es ist von daher einmalig, wenn Winterthur in den Genuss kommt, dieses Jodelfest auszutragen. Es waren gegen 60'000 Personen an diesem Fest und am gestrigen wunderschönen Strassenumzug schauten 20'000 Personen am Strassenrand diesem Umzug zu. Dass die Durchführung in Winterthur stattfindet, hat der Präsident des Jodelclubs Wülflingen, Matthias Werren, initiiert und hatte damit ein gutes Gespür, dass man einen solchen Anlass nach Winterthur bringen kann und damit eigentlich eine gute Sache starten kann. Die Organisation des Anlasses wurde von den Teilnehmenden und Besuchenden gelobt und damit konnte sich auch Winterthur im besten Licht präsentieren. An dieser Stelle möchte ich im Namen von Winterthur dem Fest-OK mit dem Präsidenten Josef Lisibach und dem erwähnten Präsidenten des Jodelclubs Wülflingen, Matthias Werren, nochmals ganz herzlich danken für die ausgesprochen hervorragende Arbeit rund um dieses Jodlerfest. Sie machten es möglich, dass dieser Festanlass im Jodlerkalender der Nordostschweiz, aber auch in der Winterthurer Bevölkerung, zu einem unvergesslichen Höhepunkt werden wird.

Ich komme zur heutigen Sitzung. Ich wurde bereits darauf hingewiesen, dass man heute einen heissen Tag hat und ich solle doch das Tenü erleichtern. Ich habe das zur Kenntnis genommen. Ich schaue, wie es mir geht in der Sitzung. Ich möchte es aber denen weitergeben, die allenfalls beengende oder erhitzende Kleidung tragen heute: Erleichtert Euch so, dass Ihr nicht kollabiert und trotzdem anständig aussieht. Man muss natürlich trotzdem sagen: Heute Abend oder heute Nachmittag ist es hier drinnen kühler als draussen in der Sonne. In diesem Sinn wünsche ich uns eine angenehme Sitzung.

Entschuldigt für heute haben sich Marc Wäckerlin, Katharina Frei Glowatz und Franco Albanese für beide Sitzungen. Für die 1. Sitzung hat sich Astrid Erismann entschuldigt. Carola Etter-Gick kommt mit etwas Verspätung.

Mitteilungen

Ratspräsident A. Geering: Ich komme zu den Mitteilungen.

Ich weise nochmals darauf hin, dass Vorstösse, die für die Klimasitzung vom 8. Juli gedacht sind, spätestens heute eingereicht werden müssen, damit sie für die Sitzung vom 8. Juli traktandiert werden können. Zum anderen möchte ich auch den Hinweis nochmals anbringen, dass Ihr uns die Arbeit unheimlich erleichtert, wenn Ihr (allenfalls auch noch von Hand) darauf schreibt, dass es ein Klimavorstoss ist, damit wir gleich sehen, dass wir den für den 8. Juli traktandieren müssen – und nicht erst für nach den Sommerferien.

Am Freitag haben wir informiert, dass die Ombudsfrau Viviane Sobotich von der IFK des Kantonsrates zur Wahl als Verwaltungsrichterin nominiert wurde. Diese Wahl findet heute in der kantonsrätlichen Abendsitzung statt. Bei erfolgreicher Wahl für Viviane Sobotich werden wir in der Gemeinderatssitzung vom 1. Juli eine Sonderkommission bestimmen müssen zur Vorbereitung der Neubesetzung der Ombudsperson. Die Nachtraktandierung dieses Geschäftes haben wir am Freitag beim Versand bekanntgegeben und jetzt nochmals mitgeteilt, damit Ihr Euch entsprechend darauf vorbereiten könnt.

Fraktionserklärungen

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zu den Fraktionserklärungen. Es wurden zwei Fraktionserklärungen angekündigt. Ich gebe das Wort Zeno Dähler für die Fraktionserklärung der CVP/EDU-Fraktion.

Z. Dähler (CVP/EDU): Zurzeit ist im Superblock die Ausstellung «Winterthur weiterbauen – ein Blick in die Ideenwerkstatt» anzuschauen. Es werden Resultate gezeigt zur Testplanung für die räumliche Entwicklung von Winterthur bis im Jahr 2040. Ein Besuch lohnt sich auf jeden Fall, bekommt man so doch einen Einblick in die angedachte Entwicklung in den nächsten 20 Jahren. Mit den Ideen wird aufgezeigt, wie das potenzielle Wachstum in Winterthur aufgenommen werden soll. Es geht um 20'000 neue Einwohnerinnen und Einwohner und um viele neue Arbeitsplätze – hoffentlich. Auch beim Thema Verkehr wird nach Möglichkeiten gesucht, um im beengten Raum die Entwicklung aufzuzeigen für die Zukunft. Die Idee ist, dass das Zentrum vom MIV entlastet wird – oder andersrum gesagt, dass der Weg in die Quartiere von der ausgebauten Autobahn möglichst kurz sein soll.

Es gibt aber zwei Fragen, die bei uns auftauchten, nämlich einerseits: Wie soll das möglich sein für die Quartiere wie Sennhof, Seen, Mattenbach, Gutschick? Der MIV fährt dort jetzt über die Breite, durch das Stadtzentrum oder durch Oberwinterthur. Und es wäre auch da gut, wenn man irgendeine geschickte und intelligente Lösung hinbringen würde. Früher sprach man ja vom Breite-Tunnel.

Die andere Sache ist das, was der Stadtrat schon aufgrund der schriftlichen Anfrage von Andreas Geering und mir angedeutet hat, nämlich die Erschliessungsstrasse Neuhegi, die ja im Erschliessungsprogramm des Bundes hinuntergestuft wurde. In dieser Antwort haben wir gehört, dass die Planung voranschreitet. Es soll einen direkten Anschluss an die Autobahn geben, aber in den Ideen, in der Entwicklungsplanung fehlt einfach das Tunnelportal. Es sind Baufelder eingezeichnet. Auf diesen Baufeldern stehen Gebäude, bei einigen ist notiert «in Planung». Und zwischen dem Bahnhof Hegi und der Sulzerallee wird bereits gebaut. Wo soll das Tunnelportal hinkommen? Und gleich als Folgefrage, ganz wichtig: Wird die lokale Bevölkerung via Ortsverein, IG Erschliessungsstrasse Hegi, in die Entwicklung des Gebietes einbezogen, so dass das Tunnelportal quartierverträglich geplant werden kann? Es ist mir wichtig zu sagen, dass wir von der CVP/EDU-Fraktion dezidiert der Meinung sind, dass die Entwicklung von Neuhegi und Grüze nur mit einer parallelen Entwicklung vom ÖV (Busspur, Bahnhof Grüze Nord plus womöglich zusätzliche Busspuren) und dem Individualverkehr (Veloschnell-

routen und Erschliessungsstrasse) gemacht werden können. Nur mit einer allgemeinen Lösung in allen Bereichen können wir Neuhegi-Grüze zum weiteren Stadtzentrum entwickeln. Danke vielmals.

Stadträtin Ch. Meier: Danke vielmals für diese Anregungen und v.a. danke vielmals für den Werbeblock für die Ausstellung «Winterthur 2040». Ich schliesse mich der Empfehlung von Zeno Dähler sehr gerne anschliessen. Es lohnt sich wirklich sehr, diese Ausstellung anzuschauen, es sind alle herzlich willkommen.

Ich gehe kurz auf die paar Punkte ein, die Du in Deiner Erklärung angesprochen hast. Es ist so, dass im Synthese-Bericht zur Testplanung das vielversprechende Achsen-Kammer-System zur Sprache kommt, d.h. dass der Verkehr vom MIV sich vorwiegend auf der Umfahrung von Winterthur abwickeln soll. Und dass von der Umfahrung her die Quartiere erschlossen werden sollen. Es ist aber so, dass dieses System im Synthese-Bericht als Idee drin ist, aber es ist selbstverständlich so, dass man bei einer Weiterbearbeitung von Winterthur 2040 dieses System noch weiterbearbeiten muss. Das hat in dieser Form so im Moment noch keinen Bestand. Und deshalb kann ich Dir auch die Frage, wie Seen und das Tösstal zukünftig an die Autobahn angeschlossen werden wird, noch nicht so 1:1 beantworten. Das ist aber ein ganz wichtiger Punkt, den wir bei der Weiterbearbeitung von Winterthur 2040 im Auge haben werden.

Du hast den Heiligbergtunnel angesprochen. Der Tunnel ist tatsächlich nach wie vor im kantonalen Richtplan enthalten. Das wäre eine Möglichkeit, aber wir wissen alle, dass so ein Tunnel ein relativ schwerwiegender Kostenfaktor ist.

Zur Zentrumserschliessung Neuhegi-Grüze: Es stimmt, dass das Portal auf dem Stadtplan nicht sichtbar ist. Das hat damit zu tun, dass nach wie vor diverse Linienführungen möglich sind. Im Richtplan sind noch Varianten drin. Und solange wir nicht wissen, welches Portal dann wirklich realisiert werden wird, bilden wir es auch nicht ab. Es hat noch ganz viele andere Sachen, die in diesem Stadtbild auch nicht abgebildet sind, weil sie noch nicht ganz eindeutig sind. Ich zeige das gerne kurz: Die beiden Portallösungen oder -varianten nördlich und östlich vom Kreisel sind beide auch mit den vorgesehenen Bauten und zum Teil auch schon gesetzten Bauten im Modell nach wie vor möglich. Und sie sind auch nach wie vor gesichert. Das eine im Gestaltungsplan mit einer 4. Ausfahrt aus dem Kreisel hinaus, die dort gesichert wäre, und das andere mit dem Strassentrassee auf der Rieterstrasse. Also beide Portallösungen sind möglich, auch mit den Gestaltungsplänen, die bereits abgeliefert sind.

Dann noch zum Punkt wegen der Partizipation der Bevölkerung: Jawohl, es ist vorgesehen, dass man bei der Konkretisierung der Linienführung der Zentrumserschliessung Neuhegi die Bevölkerung mit ins Boot holen wird. Wir werden zum gegebenen Zeitpunkt über die bekannten Institutionen wie Quartiervereine und Interessensverbände mit den Leuten in Kontakt treten.

Ratspräsident A. Geering: Wir haben noch eine Fraktionserklärung der SP angekündigt. Maria Sorgo bitte.

M. Sorgo (SP): Wir können oder wollen es nicht lassen, zum 14. Juni noch etwas im Nachtrag zu sagen. Wir sind der Meinung, dass das, was die Schweiz am 14. Juni und v.a. auch in den Wochen und Monaten zuvor erlebt hat, mehr gewesen ist als nur ein Zeichen von empörten und unzufriedenen Frauen. Überall in der Schweiz sagten Hunderttausende von Frauen, dass wir endgültig genug davon haben, auch 38 Jahre nach Verankerung der Gleichstellung von Mann und Frau in der Bundesverfassung unter der anhaltenden strukturellen Ungleichbehandlung im Job, unter sexueller Belästigung oder von den fehlenden Möglichkeiten für eine echte Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu leiden. Auch in Winterthur haben an diesem Tag Tausende ihren Protest auf die Strasse getragen oder Empathie ausgedrückt. Und es waren nicht nur die Frauen, die sagten, dass sie genug haben. Auf der Strasse, aber für einmal auch bewusst im Hintergrund, wurden wir Frauen davon unterstützt, dass Tausende von Männern sich dafür eingesetzt haben, dass dieser Protest möglich war. Diese haben sehr wohl gewusst, dass auch sie von einer echten Gleichbehandlung der Geschlechter profitieren

würden, weil sich dadurch die Verhältnisse auf der Chefetage wie auch am Familientisch auch für sie positiv verändern würden.

Bis es aber so weit ist, werden wir auch nach dem 14. Juni noch einiges zu tun haben. Gerade auch in der Politik braucht es noch viel, bis die verschiedenen Ämter wirklich fair verteilt sind zwischen Männern und Frauen. Und es nicht mehr speziell erwähnenswert ist, dass z.B. in den kommenden Nationalratswahlen ausgesprochen viele Frauen auf den verschiedensten Parteilisten vertreten sein werden. Und auch wenn wir von der SP sehr erfreut darüber sind, dass scheinbar wieder mehr Frauen ein politisches Amt einnehmen möchten, so wissen wir aus langjähriger Erfahrung, dass eine echte Gleichberechtigung in der Politik nicht damit erreicht ist, dass es auch einmal eine ausgewogene Verteilung auf einer Parlamentsliste hat. Eine echte und nachhaltige Förderung von Frauen in allen politischen Ämtern braucht vielfältige Förderungsmöglichkeiten, es braucht genügend Vorbilder – gerade für Frauen – die zeigen, wie andere ihren Weg in der Politik gemacht haben. Und es braucht den Einsatz von allen, um eine nachhaltige Veränderung zu bewirken.

Wir wissen sehr wohl, dass dieser Einsatz nicht immer einfach ist, dass er manchmal nervenaufreibend ist, auch anstrengend und mühsam – aber dass es sich eben am Schluss lohnt. Die SP hat sich als erste Partei für Gleichberechtigung in der Gesellschaft engagiert und seit Jahrzehnten auch parteiintern eine nachhaltige Gleichberechtigung für Frauen und Männer auf allen politischen Ebenen gefordert – und aber auch gefördert. Und auch wenn wir wissen, dass wir den Einsatz auch in Zukunft weiter zeigen müssen, so können wir heute doch von diesen nachhaltigen Bemühungen auch profitieren. Wir haben auf allen politischen Ebenen äusserst kompetente Politikerinnen, die ihr Wissen und ihr Können in ihrer täglichen Arbeit einbringen. Wir haben aber ebenso kompetente Männer, die sich in ihren Funktionen seit Jahren für eine Gleichberechtigung einsetzen – gerade weil sie auch wissen, dass sie am Schluss davon auch profitieren.

Was aber besonders wichtig ist, finde ich, in Winterthur, ist dass wir eine nachhaltige Gleichstellungspolitik haben, da es uns immer wieder möglich war, dass wir die politische Zusammenarbeit über die Parteigrenzen hinweg fördern könnten. Gerade in Winterthur hat es immer wieder funktioniert, dass nicht nur wir Politikerinnen von der linken Seite, sondern auch mit Politikerinnen von anderen Parteien, v.a. aber auch Politikerinnen von SP, AL, Grünen, EVP und GLP, viel zusammengearbeitet haben und so bereits verschiedene Vorstösse durchbringen konnten. Ich bin davon überzeugt, dass wir das zukünftig noch viel mehr erreichen werden. Und es hat sich auch gezeigt, dass auch wenn wir bei anderen politischen Themen durchaus unsere Differenzen haben, dass wir sie da aber immer wieder überwinden können. Ich wünsche mir als Vertreterin des Winterthurer Parlaments, dass ich in Zukunft noch viel mehr Frauen (aber auch Männer) begrüssen kann, die sich in Zukunft für die Gleichstellung der Geschlechter stark machen und wir uns so zusammen noch stärker für eine Gleichstellung von Mann und Frau einsetzen können. Vielen Dank.

Ratspräsident A. Geering: Eine persönliche Erklärung von Urs Hofer.

U. Hofer (FDP): Ich unterstütze eigentlich das Meiste, das Maria gesagt hast. Und ich unterstütze auch das Anliegen und die Wichtigkeit, um die es der Frauenbewegung ging, und die Zusammenarbeit zwischen den Parteien. Einen Punkt möchte ich aber doch anmerken: Wir unterscheiden uns teilweise beim Weg zum Ziel. Es hat sich heute eine SP-Vertreterin in einem Leserbrief geäussert und geschrieben, man soll doch einfach den fähigsten Mann oder Frau in den Stadtrat wählen und die ganze Mann-Frau-Diskussion habe dort überhaupt nichts zu suchen. Genau diese Aussage haben wir bei der Quotendiskussion auch gemacht, und ich stehe dazu - wir unterstützen trotzdem Annetta. Aber ich finde es nicht konsequent, wenn man teilweise das Argument bringt und dann wieder nichts davon wissen will.

Ratspräsident A. Geering: Wünscht der Stadtpräsident das Wort?

Stadtpräsident M. Künzle: Nein.

Traktandenliste

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen damit um 16.35 Uhr zur Traktandenliste. Wir sind damit bis jetzt noch relativ gut in der Zeit.

Am Donnerstag wurde die dringliche Interpellation «Abbau des Provisoriums (Conducta Container) beim Schulhaus Laubegg in Winterthur Dättnach nach Beendigung des Anbaus in den Sommerferien 2019» eingereicht. Wir müssen diese Dringlichkeit am Anfang der Traktandenliste behandeln, anschliessend geht es normal nach der Traktandenliste.

Zu dieser kann man sagen, was wir schon per Mail mitgeteilt haben. Die Traktanden 6, 7 und 12 werden am 1. Juli behandelt. Ebenfalls am 1. Juli wird das nachträglich traktandierte Geschäft «Wahl Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung der Ombudsperson». Heute oder am 1. Juli, je nachdem, wann wir so weit kommen, werden die Traktanden 21, 22 und 23 wie angekündigt zusammen behandelt.

Gibt es Wortmeldungen zu dieser Traktandenliste? – Dann ist die Traktandenliste so genehmigt.

Dringliche Interpellation betr. Abbau des Provisoriums (Conducta Container) beim Schulhaus Laubegg in Winterthur-Dättnach nach Beendigung des Anbaus in den Sommerferien 2019 (GGR-Nr. 2019.66)

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur dringlichen Interpellation «Abbau des Provisoriums (Conducta Container) beim Schulhaus Laubegg in Winterthur Dättnach nach Beendigung des Anbaus in den Sommerferien 2019».

Ich weise darauf hin, dass zur Dringlichkeitserklärung nur der Erstunterzeichnende spricht, und zwar nur zur Dringlichkeit und nicht zum Geschäft. Und wenn die Dringlichkeit von Euch genehmigt wird, würde uns anschliessend der Stadtrat mitteilen, ob er es direkt beantwortet oder erst an der nächsten Sitzung. Wenn er es direkt beantwortet, sprechen die Fraktionen dann nach der Antwort des Stadtrates.

Für die Dringlichkeit brauchen wir eine einfache Mehrheit. Insofern möchte ich Michi bitten, die Dringlichkeit zu begründen.

M. Gross (SVP): Ich wurde gebeten, nur die Dringlichkeit zu begründen, aber ich muss doch ein bisschen ausholen. Aber ich bin kürzer als Du in Deinem Eingangsvotum.

Beim Schulhaus Laubegg im Dättnach wird jetzt dann der neue Anbau in Betrieb genommen. Das Platzproblem ist aber bei weitem noch nicht gelöst. Das Platzproblem kommt von den steigenden Schülerzahlen und auch von den zusätzlichen Anforderungen her. Trotzdem sollen die provisorischen Container schon diesen Sommer abgebaut werden. Der Abbau findet gegen die Initiative und gegen die Initiative der Schulpflege statt. Das gesamte Team im Schulhaus Laubegg wie auch die Kreisschulpflege Stadt-Töss wollen diese Container behalten. Mit diesen Containern hätten die IF- und DAZ-Lehrpersonen und auch Logopäden den dringend benötigten Raum zur Verfügung. Auch als Gruppenräume für den Regelklassenunterricht oder für die Betreuung wären diese Container noch geeignet.

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, das Container-Provisorium jetzt sofort abzubauen, ohne Not, und ohne Plan, wie die langfristige Lösung aussehen soll.

Wir sind der Meinung, der Stadtrat soll sich jetzt die Zeit nehmen, bis zum Auslaufen der Bewilligung dieser Container 2021. Im schlimmsten Fall brechen wir sonst das Provisorium im Sommer ab und im Herbst kommt uns in den Sinn, dass wir ein neues Provisorium bauen müssen. Das kann nicht sein.

Deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit zu unterstützen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung. Wer dieser Dringlichkeit zustimmen möchte, soll das zeigen mit Hand erheben.

Das ist eine klare Mehrheit, die die Dringlichkeit unterstützt.
Ich frage Jürg Altwegg, ob Du gleich beantwortest?

Stadtrat J. Altwegg: Ich beantworte gleich.

Ich sage zuerst ein paar einleitende Worte und beantworte dann die einzelnen Fragen.

Am 3. Juli 2017, das ist noch nicht so lange her, haben Sie hier drinnen Ja gesagt zur Erweiterung des Schulhauses Laubegg, und zwar auch mit dem expliziten Wunsch, dass das anstelle dieser Container ist. Das macht auch sehr viel Sinn, wie wir noch sehen werden.

Es ist nicht einfach so, dass wir die Fläche dieser Container neu bauen, sondern es ist deutlich mehr als das, was diese Container zur Verfügung gestellt haben. Wenn wir das alte Schulhaus anschauen zum neuen, dann sind es 62%, um die wir die Fläche erweitern.

Jetzt ist es so: Diese Flächenerweiterung planen wir nicht einfach so aus dem Blauen heraus, was es ungefähr braucht, sondern wir haben ja vom Kanton eine Empfehlung. Es ist deshalb eine Empfehlung, weil wenn er es vorschreiben würde, müsste es der Kanton zahlen. Deshalb empfiehlt er uns das. Wenn man diesen Empfehlungen folgt, entspricht das neue Schulhaus, also mit der Erweiterung, 15 Klassenzimmern. Da hat es auch Erweiterungen dazu, Gruppenräume etc. Und das ist, wenn ich das vergleiche mit den 53 anderen Schulanlagen (von den Kindergärten spreche ich gar nicht) immer noch sehr grosszügig. Wir haben ganz viele Schulhäuser, die nicht einmal dieses Minimum erfüllen können.

Und die Schulleitungen und Lehrpersonen hätten natürlich alle gern mehr. Als Randbemerkung (das kennt Ihr wohl alle vom eigenen Zuhause): Man hat immer zu wenig Platz, egal wie viel einem zur Verfügung steht. Es ist auch so, das Volksschulamt bestätigt, dass mit den Empfehlungen die Grundbedürfnisse, insbesondere auch die für die sonderpädagogischen Massnahmen, abgedeckt sind.

Die Schulraumprognose ist für den Stadtrat ein zentrales Instrument. In der ganzen Stadt, nicht nur im Laubegg, die passenden Lösungen zu finden, damit man genau den richtigen Schulraum zur Verfügung stellt, ist eine ziemliche Gratwanderung. Wenn wir mehr bauen, heisst es schnell, wir würden Schulhaus auf Vorrat bauen. Und wenn wir nur ein Zimmer zu wenig haben, haben wir ein Problem, dass wir die Kinder nicht versorgen können.

Ich staune auch ein bisschen, dass die GLP das unterstützt, denn das sind doch ziemlich veritable Energieschleudern. Man muss sie nämlich im Sommer kühlen bei solchen Temperaturen wie jetzt, sonst könnte man dort keine Schule stattfinden lassen. Im Winter heizt man ziemlich stark nach draussen. Von daher ist es etwas, das man wirklich nur in absoluten Not-situationen in Betrieb hat. Nicht nur aufstellen und wieder abbauen, sondern eben auch der Betrieb. Das Kühlen und Heizen funktioniert nicht mit Gas oder Wärmepumpen, sondern man heizt mit Stromwiderstand, was doch eine ziemliche Stromverschwendung ist. Von daher bin ich gar kein Fan von diesen Containern.

Dann nehmen sie weiter sehr viel Platz weg. Diese Container stehen auf dem Aussenraum, dem Erholungsraum der Kinder, den sie in den Pausen oder auch in der Freizeit nutzen möchten. Klar stehen sie am Rand, aber es ist einfach unschön, dass den Kindern damit Aussenraum weggenommen wird. Dann wäre es auch ein Präjudiz, wenn ich diese Container stehen lassen würde, da sie wirklich explizit als Notlösung für eine begrenzte Zeit da sind. Dann werden diese wahrscheinlich nie mehr wegkommen und man wird auch Mühe haben, wenn man irgendwo anders Container aufstellen will. Und das wird leider Gottes noch kommen. Dann heisst es: Ja, ja, die stehen dann die nächsten 30 Jahre und das soll auf keinen Fall der Fall sein.

Ich komme zu den Fragen:

Frage 1: Die Ergänzungsbauten vergrössern das Schulhaus Laubegg um 62%. Damit haben wir wirklich deutlich mehr Platz als jetzt, auch mit Containern, zur Verfügung steht.

Frage 2: Der Stadtrat ist sich selbstverständlich bewusst, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler weiter wachsen wird. Es ist in der ganzen Stadt so. Es ist durchaus ein Problem, für das wir aber Lösungen haben, wie wir mit diesem Schülerinnen- und Schülerwachstum umgehen werden. Ich gehe nun ein bisschen auf die Details ein: In dieser Schulraumprognose werden für Schuljahr 2021/22 und 2022/23 rund 16 Klassen haben. Jetzt sagte ich gerade,

wir hätten 15 Schulzimmer. Das ist so. Wir haben aber gleich unmittelbar daneben den Kindergarten mit 4 Kindergartenräumen. Und in diesen Jahren, in denen wir die 16 Klassen haben, brauchen wir nur 3 Kindergartenklassen und deshalb werden wir sie dort auslagern. Wir müssen uns ein bisschen nach der Decke strecken, das ist so. Ich behaupte nicht, dass wir dort mehr als genug Platz hätten, aber es sollte wirklich aufgehen. Und selbstverständlich fließen solche Sachen wie die Bauten, z.B. die Ziegelei, die jetzt kommt mit sehr vielen Wohnungen, in diese Schulraumprognose ein. Die Prognose der Firma schaut wirklich sehr stark voraus und es hat nicht nur solche Fälle, die sicher kommen, im Fokus, sondern hat ganz viele andere Eingabeparameter, die dann die Schulraumprognose ergeben. Und in der BSKK konnten wir glaube ich ganz gut darlegen, wie diese Schulraumprognose funktioniert, wir sind dort wirklich ins Detail gegangen. Und mich selber überzeugt diese Prognose auch. Seit 10 Jahren machen wir sehr gute Erfahrungen, die Prognosen sind auf die nächsten 5-10 Jahre sehr zuverlässige Prognosen. Von daher habe ich keinen Anlass, die Firma irgendwie zu verdächtigen, dass sie zu optimistisch prognostizieren würde.

Frage 3: Mit der Schülerzahl müssen wir jonglieren, das ist so. Das ist nicht einfach für die Schulleitung, sie muss jeweils schauen, wie sie die 15 bzw. 16 Klassen unterbringen kann. Falls jetzt tatsächlich eine 17. Klasse aufgemacht werden müsste, wenn die Prognose nicht stimmt, die wir haben, würde noch die Möglichkeit bestehen, die Bibliothek, die jetzt am neuen Ort ist, wieder an den alten Ort zurückzuzügel. Keine gute Lösung, das gebe ich zu, aber es ist eine Lösung. Und dann könnte man sogar eine 17. Klasse im bestehenden Bau entsprechend integrieren. Und man muss auch sehen: Mittelfristig (da sprechen wir vom Zeithorizont 2024-2027) werden wir einen Neubau planen für eine Turnhalle. Es hat zu wenig Turnhallenfläche im Dättnau, dieses Problem ist auch erkannt. Aber die Lösung ist auch nicht ganz einfach – wir können keine halben Turnhallen bauen. Und deshalb werden wir die Planung demnächst in Angriff nehmen, da werden wir dann auch mit einem Kredit zu Euch kommen. Und dort besteht dann wieder die Möglichkeit, wenn man sieht, man hätte eine 17./18. Klasse in diesen Jahren, dann kann man den Turnhallentrakt entsprechend erweitern, dass man den Schulraum entsprechend bauen könnte.

Frage 4: Da wäre die Geschichte mit dem Bus. Das wäre eine absolute Notsituation, dass man mit dem Bus hin- und herfahren müsste. Das wollen wir um fast jeden Preis verhindern, das soll nicht die Idee sein. Wir haben an einigen Stellen in Winterthur die Notlösungen mit Bussen, wenn alle anderen Stricke gerissen sind und wir wirklich keine andere Möglichkeit haben. Wir erachten die Wahrscheinlichkeit, dass man tatsächlich auf diese Buslösung zurückgreifen müssten, als ausgesprochen gering. Das würde nämlich heissen, dass die Prognose total daneben gelegen ist in den nächsten weniger als 10 Jahren, so dass man baulich nicht mehr entsprechend reagieren könnte.

Von daher bin ich auch gespannt auf das Echo. Wie ich gehört habe, ist eine Petition unterwegs im Dättnau, bei der Unterschriften gesammelt werden, dass man diese Container stehen lassen kann. Es ist so, dass wir den geplanten Abbruch der Container gestoppt haben, das hat verschiedene Nachteile. U.a. können wir nun nicht in den Sommerferien den Aussenraum wieder zurückbauen, wie wir das eigentlich gerne haben möchten, damit die Kinder ab dem neuen Schuljahr diesen Platz wieder nutzen können. Wir lassen die Container jetzt mal stehen für den Fall, dass diese Petition tatsächlich viele Unterschriften bringen würde. Wenn 200 Unterschriften aus Steig/Dättnau kämen, wäre das okay. Die Bevölkerung fände es also wichtig, dass diese Container stehen bleiben könnten. Ich müsste aber dann wahrscheinlich noch zu Euch fragen kommen, wie das genau aussieht. Auf die Mehrkosten mit Kühlung/Heizung muss man schon hinweisen, es ist nicht nur die Miete für die Container. „Miete“ in Anführungszeichen, sie sind geleast. Die Container können von der Firma Condicta auch noch an einem anderen Ort aufgestellt werden. Die Baubewilligung für die Container läuft Ende 2020 aus, das ist schon relativ bald. Und ich bin gespannt, ob wir überhaupt eine Bewilligung bekämen, sie an diesem Ort stehen zu lassen. Aber das ist erst nächstes Jahr der Fall. In dem Sinn bin ich gespannt, was für Echos von Ihnen kommen.

M. Gross (SVP): Danke vielmal, Jürg, für diese Antwort. Danke auch dafür, dass Du vorsorglich mal gestoppt hast, das war sicher ein wichtiger Punkt, den wir erreichen wollten.

Unser Problem ist ein bisschen, dass man mehr nach dem Prinzip gehandelt hat. Du hast es gesagt: Kein Präjudiz schaffen, da das dann an anderen Orten auch so passieren könnte. Du hast uns jetzt erklärt, dass Ihr das genau durchgeplant habt und dass Ihr der Überzeugung seid, dass das auch reicht, so wie es jetzt geplant ist. Die Kreisschulpflege, die dem noch ein bisschen näher oder auch sehr nahe steht, die ganze Bevölkerung, alle Lehrpersonen, alle die dort arbeiten sehen das anders. Heute schon wird der Quartierverein angezapft, um dort Räume zu benutzen.

Ihr habt es anscheinend verpasst, kommunikativ das so rüberbringen zu können, dass es glaubwürdig kommt. Das ist wahrscheinlich ein bisschen das Problem am Ganzen. Ich kann nicht sagen, ob es in zwei Jahren reicht oder nicht. Aber ich glaube, man sollte die Zeit nutzen, mit diesen Leuten an einen Tisch zu sitzen und den Plan zu erklären, wie Ihr ihn im Kopf habt – und ob das dann reicht oder nicht oder ob man noch einen Container braucht oder nicht, das ist dann eine andere Sache. Das kann man dann dort besprechen.

Die letzte Erklärung, die wir gehört haben, war die raumplanerische Sicht, auch die Sicht des Stadtbaumeisters. Das ist sicher ein wichtiges Argument, aber aus unserer Sicht, wenn man die Situation im Dättnau sieht, nicht höchste Priorität.

Du hast die Kosten und die Ökologie angesprochen. Auch da wurde schon gesagt, dass man dann allenfalls die Kinder auf Töss bringen muss. Das hat übrigens der Kanton auch schon mal verfügt, wie ich das gelesen habe. Das ist für uns ökologisch auch nicht sinnvoll, es sei denn, sie würden alle mit dem Velo fahren, aber dann brauchen sie den ganzen Tag zum hin- und herfahren. Das ist sicher keine Lösung, da sind wir uns einig. Energieschleudern müssen solche Container übrigens nicht sein. Es kann sein, dass es dort noch ein altes Format hat, aber grundsätzlich kann man solche Container sehr energiedicht, energieschonend machen. Von daher war das vielleicht ein etwas übertriebener Begriff.

Danke vielmal. Ich hoffe, dass Ihr da gemeinsam eine Lösung findet.

Ratspräsident A. Geering: Ich bitte wie immer diejenigen, die das Wort möchten, sich klar erkennbar und sichtbar zu melden. Ansonsten ist die Debatte nach dem nächsten Votum beendet. Felix Helg, bitte.

F. Helg (FDP): Zuerst möchte ich ein Lob vorausschicken. Die Erweiterung des Schulhauses Laubegg ist gemessen an der Länge von Prozessen in der Politik und auch in der Projektierung sehr zügig avisiert worden. Ab dem neuen Schuljahr steht die Erweiterung zur Verfügung. Schaut man zurück, so hat noch vor ca. 3,5 Jahren ziemlich Ratlosigkeit geherrscht, wie es im Dättnau weitergehen soll. In der Antwort vom Dezember 2015 auf die von mir initiierte und dann auch breit unterstützte Interpellation 2015.44 betreffend Schul- und Sportraum im Quartier Dättnau/Steig hiess es nämlich damals zur Frage 3. „Mögliche mittelfristige Lösungsansätze werden durch das Departement Schule und Sport zusammen mit dem Departement Bau geprüft.“ Damals sprach man von prüfen – und 3,5 Jahre später steht nun diese Erweiterung. Das ist eine gute Leistung, besten Dank.

Jetzt zu dem Provisorium in diesen Containern. Da muss man vorausschicken: Es liegt an sich kein förmlicher Beschluss vor, dass man das abrechnen müsste. Im Dispositiv zu dieser Kreditbewilligung war das umschrieben. Tatsächlich ist die Erwartung zum Ausdruck gekommen, dass man davon ausgeht, dass die Container dann abgebrochen werden können.

Ich habe aber den Glauben an die Schulraumplanung aber ein wenig verloren. Man kann sie offenbar nicht einmal über drei Jahre hinweg verlässlich darstellen. In der Interpellationsantwort, die ich vorhin erwähnt habe, war auch eine Frage drin, die sich auf diese Problematik bezog. Und dort kann man noch nachlesen, schwarz auf weiss: „Die Primarschulklassen bleiben kurzfristig stabil bei 12 Klassen.“ Und jetzt, 3 Jahre später, hat man schon 15 Klassen und bald schon 16 Klassen oder mehr. Also da hat man schon gewisse Fragezeichen, ob das viele Geld, das man in diese Planung des Schulraumes steckt, wirklich zu adäquaten Resultaten führt.

Es ist aber ganz offensichtlich, dass im Quartier Dättnau in naher Zukunft noch viel Schulraum benötigt wird. Es wird dort gebaut, die Überbauung des Ziegelei-Areals ist im Gang. Und da denke ich, ist die Haltung, die der Stadtrat heute kundgetan hat, vielleicht schon ein

bisschen zu kurzfristig. Und ich hoffe sehr, dass wenn die Petition noch eingereicht werden sollte, noch zu einem Umdenken kommt und dass man da nicht die Container abbricht und kurze Zeit später fehlt es dann wirklich an Schulraum, den man irgendwo aufstellen muss. Wir haben natürlich keinen adäquaten Ersatz. Ich hoffe sehr, dass da noch etwas Bewegung entsteht.

S. Kocher (GLP): Es ist ein schönes Beispiel, das zeigt, dass eine zwischen Stadtrat und Schulkreis gemeinsam abgestimmte Schulraumentwicklung, sei es kurz- oder mittelfristig, und nicht eine einseitige Schulraumentwicklung empfohlen wird. Verstecken hinter Prognosen und die lokalen Stakeholder aus dem ganzen Stadtkreis zu ignorieren, ist sicher nicht die richtige Vorgehensweise. Konkret wird da klar gesprochen: Wir haben eine steigende Schülerzahl. Rund um das Schulhaus wird fleissig gebaut. Lehrplan 21 fordert auch immer mehr Schulraum ein. Zusätzliche Kinderbetreuung mit zusätzlichem Raum braucht es auch. Und die Kinder sollen dann gar in andere Schulhäuser gefahren werden, um diesem Problem zu begegnen.

Jürg hat es schön aufgezeigt: Man plant und ist bei der Planung schon am Ende der Kapazitätsgrenze, d.h. man plant bereits jetzt schon von einem Provisorium ins andere, sei es die Turnhalle, die Bibliothek oder der Kindergarten. Ich glaube, das ist nicht nachhaltig und das ist nicht weit vorausschauend. Und ich kann mir gar nicht vorstellen, dass eine solche Studie zu solchen Resultaten führt.

Dementsprechend begrüssen wir es, dass sicher der Abbau dieser Container gestoppt wurde. Wir finden es dringend, die Gespräche mit der Schulleitung und vielleicht auch mit dem Kreis Töss zu suchen, und da eine Lösung zu finden, die uns garantiert, dass wenn man von einer Prognose ausgeht und eine Prognose ausspricht, nicht von einem Provisorium ins andere laufen muss.

Stadtrat J. Altwegg: Ich nehme noch Bezug auf einige der Voten.

Michael Gross von wegen glaubwürdig überkommen: Ja, wie soll ich sagen... Es wurde verschiedentlich genannt, dass die Schulraumprognose offenbar nicht zuverlässig sein soll.

Wenn ich die letzten 10 Jahre anschau – ich schau nicht 20 Jahre zurück, damals war sie tatsächlich schlecht - dann trifft diese den Nagel eigentlich sehr gut auf den Kopf, und zwar in der ganzen Stadt. Es kann einmal eine Ausnahme geben, natürlich, das kann sein.

Wieso stütze ich mich so wahnsinnig stark auf diese? Ich habe es schon bei der Einleitung zu sagen versucht. Die 53 anderen Schulstätten kommen ja auch noch. Jeder von diesen Schulleiterinnen oder Schulleiter hätte gerne viel, viel mehr Platz. Ich weiss nicht, ob es in Eurem Sinn wäre, wenn ich diesen Wünschen einfach nachgeben würde. Denn die Begehrlichkeiten sind wirklich riesig. Wir wehren uns praktisch täglich gegen diese Begehrlichkeiten. Nur schon so haben wir ein Investitionsvolumen, das rund die Hälfte ist des ganzen Etats, den wir in der Stadt Winterthur investieren. Und das gibt innerhalb des Stadtrates durchaus auch Diskussionen, welche Investitionen jetzt zwingend zu machen sind. Von daher ist jetzt tatsächlich die Frage, ob ich auf die Wünsche der Schulleitungen oder allenfalls auch Kreisschulpflegen ein – oder halte ich mich relativ strikt an diese Prognose, zusammen mit den Richtlinien des Kantons.

Ich bin sicher, wenn ich nur ein halbes Schulhaus zu viel baue, auf Vorrat... Und da schau ich ein bisschen Samuel Kocher an. Ich würde gerne auf Vorrat Schulzimmer bauen, für den Fall, dass die allenfalls gebraucht werden würden. Aber ich glaube nicht, dass ich in diesem Raum auch nur ansatzweise damit durchkäme. Von daher bleibt das eine Gratwanderung zwischen möglichst guter Auslastung ohne grossen Vorrat an Schulzimmern. Und das heisst aber tatsächlich, dass wir hin und wieder mal ein Provisorium aufbauen müssen, mit der Idee, das so schnell wie möglich zu ersetzen.

Das Wort «Energieschleudern» habe ich durchaus bewusst gewählt. Ich finde auch heute, Container sind im Vergleich zu einem Massivbau wirklich Energieschleudern. Massivbauten muss ich im Sommer, auch wenn es so heiss ist wie jetzt, nicht so stark kühlen oder am besten eigentlich gar nicht kühlen, sondern nur im Winter heizen.

Wo ich bei Dir bin, ist bei der Ökologie. Mit dem Bus schicken wollen wir die Kinder wirklich nicht. Das kann nicht das Ziel sein. Und ich bin überzeugt, das werden wir im Dätttau/Steig auch nicht machen müssen.

Und natürlich suchen wir das Gespräch mit den Kreisschulpflegern und den Schulleitungen. Wenn dort aber nur Forderungen auf uns zukommen... Es gibt Forderungen, die wir erfüllen können, das machen wir dann auch. Es gibt aber auch ganz viel, das wir nicht erfüllen können. Und das sagen wir auch so. Die einen akzeptieren das besser, die anderen weniger. Ich hoffe, das hilft Euch ein bisschen weiter, damit Ihr nachvollziehen könnt, wieso der Stadtrat diese Schiene fährt: So viel Klassenraum wie nötig, aber so wenig wie möglich bauen.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist diese dringliche Interpellation erledigt und abgeschlossen.

Ich möchte darauf hinweisen, dass wir heute eine zweistellige Anzahl Vorstösse im Umlauf zum Unterschreiben haben. Ich möchte darum bitten, dass man diese zügig weitergibt, damit bis zehn Uhr alle unterschrieben haben, die wollen, damit wir es dann entgegennehmen können und wir rechtzeitig nach Hause kommen. Und nicht noch bleiben müssen zum Unterschreiben.

1. Traktandum

Protokoll der 2./3. Sitzung

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zum Traktandum 1. Das ist die Abnahme des Protokolls der 2. und 3. Sitzung des Amtsjahres 2019/2020.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Damit ist dieses Protokoll genehmigt. Vielen Dank, Andrea, für das Verfassen dieses Protokolls.

2. Traktandum

GGR-Nr. 2019.54: Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gyax-Matter (GLP) und C. Etter-Gick (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident A. Geering: Wahl von zwei Mitgliedern in den Vorstand des Vereins «House of Winterthur» anstelle der zurücktretenden S. Gyax-Matter (GLP) und C. Etter-Gick (FDP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Silvio Stierli.

S. Stierli (IFK): Bei der IFK sind folgende 5 Kandidaturen für die zwei Vorstandssitze eingegangen: Regula Keller (SP), Thomas Wolf (SVP), Romana Heuberger (FDP), Samuel Kocher (GLP) und Michael Bänninger (EVP).

Da das alles valable Kandidaturen aus unserem Kreis sind, hat die IFK usanzgemäss keine Empfehlung abgegeben für diese zwei Sitze.

Ratspräsident A. Geering: Da mehr Kandidaten zur Verfügung stehen als wir Sitze haben, werden wir eine geheime Wahl durchführen mit Wahlzetteln.

Wird das Wort von den Fraktionen gewünscht, um die Kandidaturen allenfalls vorzustellen oder beliebt zu machen? – Das scheint nicht der Fall zu sein.

Gibt es weitere Wahlvorschläge? – Das ist auch nicht der Fall.

Damit kommen wir zur Wahl. Bevor wir die Stimmzettel austeilen, bitte ich die Anwesenden auszuzählen, damit man das Mehr ermitteln kann. Ich bitte alle Anwesenden aufzustrecken und die Stimmzähler zu zählen.

Mit mir sind 56 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. In der stillen Wahl wählt der Präsident mit, weil es keinen Stichentscheid gibt. Wenn es im letzten Wahlgang kein Stimmenmehr gäbe, würde das Los entscheiden. Damit ist das auch schon erklärt.

Ich erkläre kurz das Wahlprozedere: Es gibt maximal 3 Wahlgänge. Im 1. Wahlgang wäre das absolute Mehr ausschlaggebend, im 2. Wahlgang wäre ebenfalls das absolute Mehr ausschlaggebend. Es fällt niemand heraus, auch nicht diejenigen mit den wenigsten Stimmen. Wenn schon wäre es so, dass allenfalls jemand freiwillig zurückziehen könnte. Im 3. Wahlgang ist das relative Mehr ausschlaggebend. Wie gesagt, bei einer Stimmengleichheit würde dann der Präsident das Los ziehen und aufgrund dieses Loses würde der Sitz entschieden. Ich möchte darauf hinweisen, dass man den Namen der Kandidaten nicht zwei Mal auf den Wahlzettel schreiben kann. Es werden Wahlzettel ausgeteilt mit zwei Linien, allerdings ist es pro Linie ein Name und die andere Linie dementsprechend ein anderer Name oder allenfalls leer.

Damit bitte ich die Stimmzähler, die Zettel auszuteilen.

Ich darf Euch das Wahlresultat verkünden:

anwesende Ratsmitglieder	56
ausgeteilte Stimmzettel	56
abgegebene Stimmzettel	56
abgegebene Stimmen	112
ungültige Stimmen	0
massgebende Stimmenzahl	112
absolutes Mehr	29

Gewählt mit 37 Stimmen ist Regula Keller und gewählt mit 36 Stimmen ist Thomas Wolf. Ich gratuliere Euch herzlich zu Eurer Wahl und wünsche Euch viel Freude in diesem Amt.

Weitere Stimmen erhalten haben: 18 Stimmen Romana Heuberger, 14 Stimmen Samuel Kocher, 6 Stimmen Michael Bänninger und 1 Stimme an Einzelne.

Damit haben wir unsere Delegierten für das «House of Winterthur» gewählt und haben dieses Traktandum abgeschlossen.

Bevor wir zum Traktandum 3 kommen, darf ich eine weitere Wahl verkünden, aus dem Kantonsrat: Der Kantonsrat hat heute Abend Viviane Sobotich als neu Veraltungsrichterin gewählt. Somit werden wir am nächsten Montag eine neue Spezialkommission einsetzen.

3. Traktandum

GGR-Nr. 2019.61: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden Th. Wolf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident A. Geering: Wahl eines Mitgliedes in die Aufsichtskommission anstelle des zurücktretenden Th. Wolf (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Silvio Stierli.

S. Stierli (IFK): Die IFK schlägt vor: Marc Wäckerlin (PP).

Ratspräsident A. Geering: Wünscht jemand das Wort? Gibt es eine Vermehrung des Vorschlages? - Damit ist Marc Wäckerlin in die Aufsichtskommission gewählt.

4. Traktandum

GGR-Nr. 2019.62: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle des zurücktretenden M. Wäckerlin (PP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022

Ratspräsident A. Geering: Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Soziales und Sicherheit anstelle des zurücktretenden M. Wäckerlin (PP) für den Rest der Amtsdauer 2018/2022. Das Wort hat der Präsident der IFK, Silvio Stierli.

S. Stierli (IFK): Die IFK schlägt vor: Markus Reinhard (SVP).

Ratspräsident A. Geering: Wünscht jemand das Wort? Gibt es eine Vermehrung des Vorschlages? - Damit ist Markus Reinhard in die SSK gewählt. Herzliche Gratulation.

4.b) Traktandum (nachträglich eingeschoben)

GGR-Nr. 2019.65: Wahl einer Spezialkommission zur Vorbereitung der Neubesetzung Ombudsperson (SOP): Festlegung der Kommissionsgrösse, Wahl der Mitglieder und des Präsidenten / der Präsidentin (Behandlung am 1. Juli)

Ratspräsident A. Geering: Das Geschäft wird am 1. Juli behandelt.

5. Traktandum

GGR-Nr. 2019.27: Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes 2018

Ratspräsident A. Geering: Abnahme der Jahresrechnung und des Geschäftsberichtes der Stadt Winterthur für das Jahr 2018. Vorge stellt wird die Rechnung vom Präsidenten der AK, Felix Helg.

F. Helg (AK): Die Abnahme der Rechnung und des Geschäftsberichtes wie auch die Festsetzung des Budgets bestimmen den Takt eines wichtigen Teils der parlamentarischen Arbeit. Jeweils im Juni und im Dezember hat sich das Ratsplenum mit diesen wichtigen finanziellen Geschäften zu befassen, nachdem bereits die Kommissionen sich im Vorfeld damit gründlich auseinandergesetzt haben. Zwischen Festsetzung des Budgets für ein Rechnungsjahr und der Abnahme der Rechnung desselben Rechnungsjahrs liegen rund 1 ½ Jahre. Das ist abstrakt betrachtet keine lange Zeitdauer. Konkret auf unsere parlamentarische Arbeit erscheint diese Zeitperiode aber doch länger als man denkt. Zwischen der Budgetfestsetzung Ende 2017 und heute fanden die Gesamterneuerungswahlen statt, und zusammen mit den weiteren personellen Rotationen im Rat kann man jetzt konstatieren, dass rund 1/3 der Ratsmitglieder beim damaligen Budgetbeschluss, den wir heute mit der Rechnungsabnahme zum Vergleich beiziehen, noch nicht in der Verantwortung standen.

Ich komme zu den Kenndaten im Überblick.

Der Stadtrat legt uns einen sehr guten Rechnungsabschluss vor (Ertragsüberschuss: Fr. 37.0 Mio.). Wir können zum einen von einer insgesamt hohen Budgetdisziplin profitieren. Zum anderen zeigen aber auch die Haushaltsanierungsprogramme «Effort 14+» und «Balance» immer noch Wirkung. Im Weiteren gibt es aber auch Effekte, die einmalig sind, so verschiedene Bewertungsgewinne bei Liegenschaften und dann ins Rechnungsjahr verschobene Liegenschaftsverkäufe.

Bei den Investitionen (ich komme später nochmals darauf zurück) konnte der budgetierte Investitionsplafonds nicht erreicht werden. Die Zahlen liegen deutlich unter den budgetierten Werten. Man sieht da, die Aktiven und Passiven sind ausgewiesen mit gut Fr. 3 Mrd. Ich komme zu den wichtigsten Posten beim Aufwand. Ich komme v.a. auf die Abweichungen zu sprechen.

Der Personalaufwand ist nur ganz gering über Budget (Fr. 2.8 Mio., budgetiert: Fr. 440 Mio.). Man kann da an sich von einer Punktlandung sprechen. Der Sachaufwand ist zwar betragsmässig (Fr. 90.8 Mio.) erheblich über dem Budget, doch ist das auf einen Sondereffekt zurückzuführen. Der Sondereffekt liegt bei Stadtwerk. Bei Stadtwerk werden im Stromhandel Käufe und Verkäufe brutto verbucht, was sich letztlich neutral auf das Ergebnis auswirkt. Ohne diesen Effekt sind die Sachkosten gegenüber dem Budget ziemlich stabil. Die Abschreibungen sind auch geringer als budgetiert (Fr. 4.1 Mio.), was u.a. mit der reduzierten Investitionstätigkeit zusammenhängt. Beim Finanzaufwand ist man leicht über dem Budget (Fr. 0.9 Mio.), weil hier Wertberichtigungen von Liegenschaften auf das Ergebnis drücken. Unter den „Einlagen in Fonds und Spezialfinanzierungen“ figurieren im Wesentlichen die Betriebsgewinne der Eigenwirtschaftsbetriebe. Diese kommen hier als Einlage auf der Aufwandseite zum Ausdruck, zeigen aber eigentlich die Gewinnsituation der Eigenwirtschaftsbetriebe. Dieser Betrag ist höher als budgetiert (Fr. 17.0 Mio.). Darunter ist auch der gute Betriebsgewinn von Stadtwerk, dem bedeutendsten Eigenwirtschaftsbetrieb, enthalten. Beim Transferaufwand sind verschiedene Finanzflüsse abgebildet, darunter auch Leistungen der individuellen Unterstützung (Sozialhilfe), Leistungen an die Sonderschulung und Leistungen an die Pflegefinanzierung. Insgesamt steht der Transferaufwand besser da als budgetiert (Fr. 21.7 Mio.), doch ist das Bild innerhalb dieses Aufwandpostens uneinheitlich. Besser schnitten die individuellen Unterstützungsleistungen und die Sonderschulung ab, schlechter dagegen die Pflegefinanzierung.

Ich komme noch zum Ertrag, auch hier die wichtigsten Abweichungen gegenüber dem Budget.

Der Fiskalertrag hat stärker zugenommen als budgetiert (Fr. 7.0 Mio.). Markant höher als budgetiert ist der Betrag der Grundstückgewinnsteuern; tiefer dagegen sind die Steuern der juristischen Personen, wobei auch dieser Betrag immer noch über dem Wert der Rechnung 2017 liegt. Nur leicht höher als im Budget vorgesehen sind die Steuern der natürlichen Personen. Bei den Entgelten ist man zwar betragsmässig sehr stark über dem Budget (Fr. 105.1 Mio.), doch spielt hier der bereits erwähnte Effekt eine Rolle, dass bei Stadtwerk im Stromhandel Käufe und Verkäufe brutto verbucht werden, was sich letztlich aber wieder neutral auf das Ergebnis auswirkt. So bleiben dann auch die Entgelte insgesamt ziemlich stabil. Unter den „verschiedenen Erträgen“ sind namentlich städtische Eigenleistungen für Planungen, Projektleitungen und bauliche Ausführungen verbucht. Hier ist man unter dem Budget (Fr. 1.2 Mio.). Beim Finanzertrag wirken sich Bewertungsgewinne und ins Jahr 2018 verschobene Verkäufe aus, so dass der Abschluss erheblich besser ist als budgetiert (Fr. 14.7 Mio.). Bei den Entnahmen aus Fonds und Spezialfinanzierungen ist man gestützt auf das Ergebnis von Stadtwerk über Budget (Fr. 11.5 Mio.), während der Transferertrag rückläufig war (Fr. 30.2 Mio.).

Das die wesentlichen Veränderungen gegenüber dem Budget auf Aufwand- und Ertragsseite. Zur Investitionsrechnung:

Hier ist der wesentliche Befund an sich der gleiche wie im letzten Jahr, dass nämlich die definierten Investitionsplafonds nicht erreicht wurden – sowohl im Verwaltungsvermögen als auch im Finanzvermögen. Mit anderen Worten: Man hat deutlich weniger investiert, als man sich vorgenommen hat. So liegt die Nettoinvestition im Verwaltungsvermögen rund 25 % unter dem budgetierten Niveau. Bei der Nettoinvestition im Finanzvermögen ist man – ausgehend von einem bereits sehr tiefen budgetierten Betrag (Fr. 4.0 Mio.) – um knapp die Hälfte darunter. Wesentliche Investitionsprojekte im Verwaltungsvermögen sind der Kauf der Liegenschaft an der Rudolf Diesel-Strasse für die Schule profil (die Schule, die das Berufswahljahr organisiert), im Weiteren die Bauarbeiten am Schulhaus Neuhegi und der Neubau von Pavillons beim Schulhaus Büelwiesen.

Dann zur Bilanz: Ausgewiesen ist ein zweckfreies Eigenkapital von Fr. 122.5 Mio., das auch durch den Ertragsüberschuss von Fr. 37.0 Mio. entstanden ist. Die Verschuldung ist dokumentiert mit Fr. 1'174 Mio. (sie hat abgenommen um Fr. 73.5 Mio.) und beträgt pro Kopf noch Fr. 10'280.

Dann haben wir auch noch den Geschäftsbericht, über den wir befinden. Dieser ist wiederum in Teil B der Rechnung integriert und kann so von den Kommissionen im Zusammenhang mit der Beratung der Rechnung zu den einzelnen Departementen und Produktgruppen behandelt werden. Wenn man die departementsbezogenen aus meiner Sicht nach wie vor recht kurz gehaltenen Teile des Geschäftsberichts nicht isoliert betrachtet, sondern dazu die Kommentare zu den Abweichungen von Rechnung zum Budget und die Ausführungen zu den „Massnahmen und Projekte“ im Rechnungsbuch auch noch liest, so sind die Informationen tendenziell aussagekräftiger geworden und führen auch in den Kommissionen zu entsprechenden Diskussionen.

Die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht sind von der Aufsichtskommission und den drei Sachkommissionen beraten worden. Es sind mir in meiner Funktion als Präsident der Aufsichtskommission keine Befunde aus den Sachkommissionen mitgeteilt worden, die aufgrund ihrer Bedeutung im Einleitungsreferat zu erwähnen wären. Es sind nach meinem Wissensstand auch alle Einzelrechnungen der Produktgruppen abgenommen worden in den Sachkommissionen.

An dieser Stelle möchte ich dem Stadtrat und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung den grossen Dank der Kommissionen für die geleistete Arbeit aussprechen. Wenn wir uns in den Kommissionen intensiv mit den Finanzzahlen auseinandersetzen, so darf nicht vergessen gehen, dass hinter den nackten Zahlen und hinter dem Ertragsüberschuss von Fr. 37 Mio. zwar natürlich auch politische Entscheide stehen, aber im Wesentlichen eine Vielzahl von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die teilweise rund um die Uhr die städtischen Leistungen erbringen. Wir wissen das sehr zu schätzen. Der Beitrag aller Mitarbeitenden führt dazu, dass wir auch in diesem Jahr konstatieren können, dass die Verwaltung gut arbeitet.

Wir haben auch den Revisionsbericht der Finanzkontrolle erhalten. Die Finanzkontrolle empfiehlt in ihrem Bericht die Abnahme der Rechnung. Festzuhalten ist an dieser Stelle, dass die Finanzkontrolle anders als im letzten Jahr zum Ausweis der Rückstellung der Stadt für die Pensionskasse keine Bemerkungen vorgetragen hat. Die Rückstellung beträgt per 31. Dezember 2018 Fr. 205.6 Mio.

Die Aufsichtskommission und gegebenenfalls auch die Sachkommissionen werden sich noch mit den ausführlichen Bemerkungen im „Umfassenden Bericht zur Jahresrechnung 2018“ zu einem späteren Zeitpunkt befassen.

Ich komme zu den Anträgen der Aufsichtskommission. Die Anträge sind auf der 1. Seite dieser Budgetweisung abgedruckt. Die Aufsichtskommission empfiehlt einstimmig mit 11:0 die Abnahme der Jahresrechnung mit den Kennzahlen, die auf dieser Seite aufgeführt sind. Ebenfalls einstimmig empfiehlt die AK die Zustimmung zum 2. Antrag, nämlich zu der Einlage und der Entnahme in oder aus der Reserve auf 20% der Nettozielabweichungen, wie das auch in anderen Jahren der Fall war. Der 3. Antrag, die Abnahme der Globalrechnungen der Produktgruppen, ebenfalls einstimmig. Und der 4. Antrag ebenfalls einstimmig, die Abnahme des Geschäftsberichtes, der ja eben auch integriert ist.

Ratspräsident A. Geering: Vielen Dank, Felix Helg.

Wir bearbeiten die Rechnung so, dass wir zuerst eine Eintretensdebatte führen. Anschliessend eine Detailberatung gemäss dem Drehbuch, das auch an den Plätzen aufliegt. Abstimmen werden wir am Schluss ziffernweise über den Antrag des Stadtrates, der von der Kommission bestätigt wurde.

Für die Eintretensdebatte haben sich die Redner bereits gemeldet. Ich gebe das Wort Tobias Brütsch.

T. Brütsch (SVP): In den letzten Jahren haben wir im Zusammenhang mit der Rechnung jeweils auch noch Nebenschauplätze abgearbeitet, die für Wirbel gesorgt haben, z.B. letztes

Jahr die monierte intransparente Rechnungslegung bei den Pensionskassenrückstellungen. Dieses Jahr können wir uns in erster Linie auf die Zahlen selbst konzentrieren und das ist ja schon mal eine gute Nachricht.

Die Jahresrechnung 2018 sieht auf den ersten Blick erfreulich aus, das wollen wir gar nicht bestreiten. Wenn sich jetzt die Finanzvorsteherin für die Rechnung feiern lässt, ist aber einschränkend aus unserer Sicht zu sagen, dass ein Finanzvorsteher v.a. dann einen guten Job macht, wenn das Endresultat möglichst nah am Budget liegt. Und nicht wenn es um zig Millionen verfehlt wird. Das schafft keine Planungssicherheit. Dasselbe ist im Übrigen bereits in der Rechnung 2017 passiert.

Von Seiten der SVP haben wir im Rahmen der Budgetdebatte 2018 eine Steuerfussreduktion von 2% verlangt. Wenn der Rat diesem Antrag zugestimmt hätte, wäre das Budget nebenbei bemerkt ziemlich genau getroffen worden – jedenfalls wären wir sicher viel näher gelandet als jetzt. V.a. hätte man aus unserer Sicht bei einer Steuerfussreduktion auch Grundlagen für ein nachhaltiges Wachstum geschaffen. Und gerade das ist es, was beim 2. Blick auf die Steuerrechnung auffällt: Es sind die nicht nachhaltigen Sondereffekte, die die Situation schöner darstellen. Nicht nachhaltig sind erstens die höheren Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern. Das Steueramt hat in den letzten Jahren massiv Pendenzen bei den Grundstückfällen abgebaut, was natürlich auch zu Mehreinnahmen geführt hatte. Wie bereits erwähnt, hat die Finanzvorsteherin schon 2017 eine Rechnung präsentiert, die massiv besser ausgefallen ist, und zwar hauptsächlich aufgrund von höheren Einnahmen bei den Grundstückgewinnsteuern. 2018 ist das nicht anders. Leider dürfte das Ende der Fahnenstange insofern erreicht sein und in den nächsten Jahren ist mit massiv tieferen Grundstückgewinnsteuern zu rechnen. Im Budget 2019 sind nur noch 30 Mio. budgetiert, was 32 Mio. weniger sind als in dieser Rechnung.

Nicht nur bei den Fiskalerträgen resultiert ein Plus, wir haben es schon gehört vom Kommissionsreferent. Dies v.a. wegen den höheren Erträgen beim Bereich Immobilien, wegen Marktadjustierungen und Mehreinnahmen aufgrund von Verkäufen aus dem Vorjahr, die erst jetzt verbucht wurden. Auch diese Einnahmesteigerung ist aus unserer Sicht nicht wirklich nachhaltig und ist auch nicht etwas, das sich der Stadtrat als Verdienst ankreiden lassen könnte. Weiter ist zu sagen, dass der Stadtrat bei den Steuereinnahmen von juristischen Personen das angepeilte Ziel um 13.4 Mio. verfehlt hat. Das trotz einer im 2018 nach wie vor sehr guten Wirtschaftslage. Die Steuererträge juristischer Personen sind auf verschiedene Ursachen zurückzuführen, das gebe ich zu. Aber ganz offensichtlich ist Winterthur bei Unternehmen und v.a. bei Unternehmen, die eine hohe Wertschöpfung generieren, doch nicht so eine attraktive Braut, wie der Stadtrat der Meinung ist.

Solange der Steuerwettbewerb gilt, dürfte der Faktor Steuerfuss bei den Unternehmen am Ende des Tages wichtiger sein, als ob man die Hilfe eines Ansiedlungsmanagers in Anspruch nehmen kann oder das «House of Winterthur» Netzwerkanlässe durchführt.

Bei den Steuereinnahmen von natürlichen Personen bleibt zu sagen, dass dort tatsächlich über 7 Mio. mehr geflossen sind als budgetiert. Die Einnahmen sind aber immer noch tiefer als 2017 und auch nicht viel höher als 2016. Dies trotz einem anhaltenden Bevölkerungswachstum.

Das zeigt v.a., dass es der Stadt nicht gelingt, gute Steuerzahler anzulocken oder – fast noch schlimmer - die guten Steuerzahler flüchten offenbar aufs Land. Das erlebe ich auch in meinem privaten Umfeld. Sobald die Leute fertig sind mit der Ausbildung, beruflich gefestigt sind und eine Familie gründen, dann ziehen sie nach Brütten, Hettlingen oder Wiesendangen. Und zwar nicht in erster Linie, weil sie plötzlich das Dorfleben so grossartig finden, sondern v.a. weil es dort verhältnismässig bezahlbaren Wohnraum im höherpreisigen Segment gibt und die Steuern tiefer sind.

Ich hoffe (um den Stadtratswahlkampf noch etwas einzubauen), dass solche Faktoren, die auch einen hohen Pendlerverkehr bewirken, was ökologisch nicht nachhaltig ist, denkt auch die GLP nochmals nach, wenn sie hoffentlich ab dem 7. Juli im Stadtrat vertreten ist. Z.B. könnte man sich nochmals überlegen, ob es Sinn macht, am Obertor, an bester Lage, ein sozialromantisches Projekt statt attraktiven Wohnraum zu schaffen.

Zu den weiteren Zahlen möchte ich niemanden über Gebühr langweilen, wir haben es vom Kommissionsreferenten bereits gehört. Leider war das bereits hinlänglich bekannte Sorgenkind auch dieses Jahr wieder das Thema. Auch da werden wir in den nächsten Jahren gefordert sein.

Abschliessend: Die SVP beantragt die Abnahme der Jahresrechnung, auch wenn sich die Begeisterung in diesem Sinne in Grenzen hält. Gerade bei den beiden wichtigsten Ertragspositionen, Steuern juristische Personen und Steuern natürliche Personen, sieht aus unserer Sicht die Situation nur auf den 1. Blick wirklich gut aus.

Ch. Griesser (Grüne/AL): 37 Mio. Gewinn, das ist ein gutes Resultat, insbesondere unter Berücksichtigung des budgetierten Gewinnes. Insofern ist klar: Die Fraktion Grüne/AL wird diese Rechnung abnehmen und wir könnten eigentlich zur Tagesordnung übergehen. Aber eben, es gehört ja dazu, dass man an dieser Stelle noch ein paar Worte verliert.

Wir haben auch schon gehört: Die Gründe für den höheren Gewinn, einerseits wieder einmal mehr Grundstückgewinnsteuern, andererseits ein bisschen höhere Steuern bei den natürlichen Personen, ein bisschen tiefere bei den juristischen, Aufwertungsgewinne, Buchgewinne infolge von Verkauf von Liegenschaften. Viele dieser Faktoren, die zum höheren Gewinn geführt haben, sind ausserordentliche Erfolge und sind deshalb meiner Ansicht nach (gegen die Ansicht der SVP) nicht in die Planung miteinzubeziehen.

Wir nehmen also den Gewinn von 37 Mio., bleiben aber auf dem Boden. Wir haben ein zweckfreies Eigenkapital von 122 Mio. Das ist zu wenig für eine Grossstadt und insofern ist bei der Fraktion Grüne/AL auch klar: Steuersenkungen sind sicher nicht angezeigt.

Im Gegenteil, es ist nötig, dass wir diesen Gewinn nehmen und damit Eigenkapital bilden. Und genau das ist ja auch das Ziel der Schuldenbremse, und nicht, dass man Steuern senkt. Die Zukunft, die jetzt im Budget und im IAFP abgebildet ist, sieht dunkel aus. Ich weiss, es gibt Kritiker vom IAFP, die immer wieder darauf hinweisen, dass das eben genau die Funktion des IAFP ist und dass dieser schon immer düster ausgesehen hat, sozusagen systemisch. Und dass das Gewitter bisher jedes Mal an Winterthur vorbeigezogen ist oder nicht so schlimm kam. Aber wollen wir uns darauf verlassen, dass das Gewitter weiter immer an uns vorbeizieht? Das ist doch die Frage.

Wir haben nach wie vor ein paar nicht geregelte Geschichten (Pensionskasse, Bildungskosten steigen, demnächst neues Schulhaus und schon neue Turnhalle mit noch ein paar Schulräumen, die Sozialkosten etc.). Insofern, ich habe es schon gesagt, sind wir der Ansicht: Zurzeit keine Steuersenkung.

Abschliessend möchte ich die Leistung der abtretenden Finanzministerin verdanken, möchte dem Finanzamtchef (dem alten und dem neuen, es waren ja beide an 2018 beteiligt) danken und selbstverständlich allen Angestellten für dieses gute Ergebnis.

U. Hofer (FDP): Wenn ich in einem Satz auf die Rechnung 2018 Stellung nehmen müsste, dann wäre dieser wie folgt: «Jährlich grüsst das Murmeltier». Ich kann 1;1 auf mein Statement aus dem Vorjahr verweisen.

Es ist nämlich tatsächlich so, dass ich auf die vier folgenden Themen bei der Jahresrechnung 2017 im Speziellen hingewiesen habe: Dass es bei der Grundstückgewinnsteuer zu unerklärlichen Überraschungen gekommen ist, die man auch in den letzten Hochrechnungen nicht kommen sah. Das ist auch heute wieder der Fall und das ist umso erstaunlicher, weil man uns letztes Jahr gesagt hat, dass der Pendenzenberg mehrheitlich abgebaut sei und es sollte keine Überraschungen mehr geben.

Das zweite ist, dass man sich nicht von Sonder- und Einmaleffekten blenden lassen sollte und das operative Ergebnis der Stadt Winterthur eher durchwachsen ist. Der Bruttoaufwand ist eher gestiegen als gesunken und die ordentlichen Steuereinnahmen relativ betrachtet eher stagnieren oder sinken als steigen.

Alle diese vier Themen wiederholen sich mit gewissen Nuancen in der Jahresrechnung 2018. Deshalb ist auch die Antwort auf die Frage, ob das Ergebnis gut oder schlecht ist, Jein. Es ist positiv, weil die Ertragsüberschüsse unser Eigenkapital stärken, einen Beitrag zum Abbau

des Schuldenbergs leisten und beides dringend notwendig ist. Es ist positiv, weil die Budgetgenauigkeit beim Personal- und Sachaufwand uns gut erscheint. Es ist positiv, weil wir bei den negativen Abweichenden, und das sind bekannterweise die Departemente Soziales und Schule und Sport, keine neuen Sorgenkinder haben, sondern es sind immer die alten Bekannten, die uns kümmern. Es ist aber negativ, weil wir verschiedene Gewitterwolken haben, die auf uns zusteuern, mit einem ziemlichen Gefahrenpotential. Klar kann man immer hoffen, dass es besser kommt als man es sieht - aber man muss darauf gerüstet sein. Das bekräftigen notabene auch unsere Planungsinstrumente und unser IAFP. So ist es nicht unwahrscheinlich, dass die konjunkturelle Hochlage, in der unser Markt noch immer ist, sich in Zukunft massiv abschwächen kann. Es gibt verschiedenste Themen: Handelsstreit, Irankonflikt, starker Franken, Zukunft der bilateralen Verträge, Zinswende usw. All das hat noch ausserhalb von dem, was wir beschliessen oder was der Nationalrat beschliesst, einen erheblichen Einfluss, wie es uns in Zukunft gehen wird. Es ist zu wenig, weil wir in der PK nach wie vor ein ungeflicktes Loch im Sessel haben. Es ist zu wenig, weil wir alle auch wissen, dass die von allen Seiten angestossene Klimadebatte auch Kosten auslösen wird, die wir bezahlen müssen. Es ist zu wenig, weil bei den bereits genannten Sorgenkindern kein Land in Sicht ist. Insbesondere im Bereich Soziales. Man hat zwar (das begrüessen wir) jetzt ein bisschen vorsichtiger budgetiert, ist jetzt auch z.T. sogar unter Budget, aber das Nettowachstum ist immer noch besorgniserregend. Vor diesem Hintergrund ist eine Stagnation bei den Steuererträgen natürlich schlicht und einfach zu wenig, um möglichst gut gerüstet für die Zukunft zu sein und für die kommenden Unwetter. Insbesondere bei der durchschnittlichen Steuerkraft müssen wir jetzt eine Erhöhung hinkriegen, damit wir dann bei einer Baisse die Mehrerträge im Hintergrund haben. Die Zahlen zeigen, dass man bei der Steuerkraft doch erhebliche Zielabweichungen hat. Inwiefern da Kostenmiete beim Obertor helfen soll, ist mir nach wie vor ein Rätsel.

Ich erlaube mir gleich noch eine Nebenbemerkung an die Adresse der SVP: Sie ist jetzt vertreten im «House of Winterthur» und kann schauen, dass die Standortförderung neue Wege einschlägt und alles besser wird. Weshalb man ausgerechnet mit der SP zusammen paktiert, bei der man sonst immer kritisiert, wie sie es gemacht hat, ist für mich auch ganz nicht nachvollziehbar.

Ebenso wichtig ist für mich, dass wir zusammen mit unseren bürgerlichen Verbündeten, auch zusammen mit der GLP, den eingeschlagenen Weg weiterverfolgen. An einem haushälterischen Umgang mit Steuergeldern müssen wir festhalten.

Ein grosser, äusserst positiver Unterschied zur letzten Jahresrechnung ist die sehr hohe Transparenz in Sachen PK-Rückstellungen. In der Weisung wie auch in der Rechnung wird transparent ausgewiesen, wie hoch diese sind, auf welchen Grundlagen sie sich berechnen und weshalb auf eine Anpassung verzichtet worden ist. Das hat auch die FiKo verlangt und rückblickend wird vielleicht klar, weshalb man letztes Jahr den Streit diesbezüglich führen musste.

Noch ein positiver Punkt: Die Rechnung kommt grafisch und auch bezüglich der Lesefreundlichkeit besser daher als auch schon. Besten Dank auch dafür.

In dem Sinn werden wir auf die Rechnung eintreten und sie abnehmen. Es ist ja eigentlich auch nicht allzu viel Neues, über das man sich aufregen könnte – und umgekehrt gibt es auch nicht derart viel Positives, um Freudensprünge zu machen. Aber trotzdem, gerade für die Budgetdisziplin beim Personal und beim Sachaufwand, ein Dank an die abtretende Finanzvorsteherin, an das Finanzamt und sein Team und an die gesamte Stadtverwaltung. Für die Budgetdisziplin und die transparente Rechnungslegung besten Dank.

R. Kappeler (SP): Die Fraktion der SP tritt mit dreifachem Dank auf diese Jahresrechnung ein. Der Dank geht primär an das ganze Personal, an die Verwaltung, an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ihre tägliche Arbeit und insbesondere anlässlich der Rechnung für ihre Budgetdisziplin. Der Dank geht, wie Christian Griesser schon gesagt hat, an das Finanzamt für die zusätzliche Arbeit, die sie haben mit dem Jahresabschluss, insbesondere an den alten und den neuen Finanzamtchef. Dem neuen wünsche ich übrigens gute Besserung an dieser Stelle. Sein Stellvertreter ist heute da. Und selbstverständlich an alle Mitarbeiterinnen und

Mitarbeiter im Finanzamt. Und der Dank geht letzten Endes an die Stadträtin, an die Vorsteherin des Finanzdepartements, für den guten Lead, den sie nicht nur in diesem Jahr gezeigt hat, sondern über die letzten Jahre im Budget- und Rechnungsprozess gezeigt hat.

Vieles wurde schon gesagt. Die Rechnung ist grundsätzlich aus unserer Sicht erfreulich. 37 Mio. Gewinn lässt sich sehen, auch wenn Einmaleffekte dahinter sind. Das lässt sich nicht abstreiten.

122 Mio. zweckfreies Eigenkapital, davon hätten wir vor 2 Jahren geträumt. Christian Grieser hat es gesagt, das ist noch deutlich zu wenig für eine Bilanz von 3 Mrd. oder für einen Umsatz von 1.7 Mrd. Aber es ist immerhin eine Zwischenstation, die wir da erreicht haben. Und vielleicht zuerst mal eine kurze Entgegnung an die SVP: Wenn man natürlich das Eigenkapital gleich durch den Ruf nach Steuersenkungen zu gefährden droht, dann hat man wohl das Prinzip Schuldenbremse nicht ganz verstanden.

156 Mio. Cash-Flow tönt auch ganz gut. Das reicht zusammen mit den Abschreibungen dann gut, um die Investitionen zu tragen. Auch erfreulich.

Alles in allem sehen wir aber auch, dass z.B. der Zinsaufwand 3 Mio. unter Budget ist.

Die Nettoschuld ist auch leicht gesunken, zugegebenermassen nur leicht - immerhin, wir sind jetzt bei ca. 10'000 Fr. Schulden pro Einwohner. Wir dürfen nicht vergessen, dass diesen 10'000 Fr. wirklich auch substantielle Gegenwerte entgegenstehen auf der Aktivseite. Ich glaube, da haben wir ganz klar das Ziel, diese Schuld noch weiter zu senken, aber das geht einmal mehr nicht durch Steuersenkungen.

Allen erfreulichen Zahlen muss man aber auch ein «Aber» gegenüberstellen. Und das Aber betrifft tatsächlich den Blick auf die Zukunft, auf kommende Budgets gemäss IAFP. Wir haben drei grosse Kostentreiber (Bildung, Gesundheit, Soziales), wo wir trotz allen Anstrengungen, diese Kosten im Griff zu behalten, die wir selber steuern können, einfach immer wieder auch von aussen gesteuerte Wachstumstreiber haben, die uns relativ schnell ein Budget oder eine künftige Rechnung wieder durcheinander bringen können. Wir haben aber neben diesen Kostentriibern Faktoren von aussen (Urs Hofer hat zu Recht die Konjunkturlage erwähnt, die eine Herausforderung bringt für uns in den nächsten Jahren): Wir haben aber auch einen steuerlichen Rahmen von Bund und vom Kanton, der nicht einfach zu Optimismus Anlass gibt. Wir haben eine Steuervorlage 17 oder 19 oder 21 oder wie sie dann am Schluss heisst, wenn sie bei uns im IAFP ankommt, die nach wie vor grosse Fragezeichen aufwirft, was das für die Finanzen einer Stadt heisst. Wir haben im Kantonsrat eine wichtige Bewegung in Richtung Soziallastenverteilung, aber wir sind auch dort noch nicht am Ziel angelangt, so dass wir sagen könnten, es reicht, wenn Winterthur die eigenen Hausaufgaben macht. Wir sind immer noch auch darauf angewiesen, dass auch im Umfeld noch andere Leute vernünftig denken. Wir haben aber noch ein Minus, und das ist hausgemacht, das ich besonders herausheben möchte: Das ist die Investitionsrechnung. Ich bin einmal ein bisschen hinter die Bücher der letzten Jahre gegangen. Ich bin 5 Jahre zurückgegangen. Wenn man die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen anschaut, dann waren diese 2014 75 Mio. unter Budget, 2015 60 Mio. unter Budget, 2016 52 Mio., 2017 66 Mio. und letztes Jahr auch wieder 48 Mio. Wir haben immer einen Durchschnitt von ca. 75% der budgetierten Investitionen getätigt, d.h. wenn wir auf 4 Jahre schauen, fehlt eigentlich immer eine Jahrestrenche. Und wenn man von Nachhaltigkeit spricht, lieber Tobias, liebe SVP, dann heisst das eben nicht einfach tiefere Steuern. Dann heisst das gesunde Finanzen, aber auch gesunde Infrastruktur. Man kann nicht nur sagen, wir dürfen unseren kommenden Generationen nicht Schulden hinterlassen, aber wir sollten ihnen auch keine zerfallenden, zerbröckelnden Infrastrukturen hinterlassen. Und das droht mindestens, wenn man den budgetierten Investitionsplafonds nicht einhält. Wo sind die Ursachen dafür? Natürlich gibt es von Jahr zu Jahr immer wieder Begründungen. Ein grosses Projekt ist ein bisschen verschoben worden, das macht schnell mal 10 Mio. aus. Aber wenn wir 5 Jahre hintereinander diese Entwicklung haben, dann kann es nicht an dieser Verschiebung liegen. Wir haben in den letzten Jahren eindeutig gesehen, dass ein Grund die Ressourcenknappheit beim Personal im Baudepartement ist. Dass dort gar nicht alle Investitionsaufträge, die kommen und die eigentlich von uns bewilligt worden sind und die nötig wären, rechtzeitig bearbeitet werden können. Ich möchte einfach daran appellieren, dass wir in der nächsten Budgetdebatte auch wieder daran denken, dass man dort diese Ressourcen

schaft, dass wir unsere Stadt auch investitionsmässig erfolgreich in die Zukunft führen können. Und mit diesen Worten, ohne weiter auf etwas diffuse und seltsame Aussagen der SVP einzugehen, nimmt die SP die Jahresrechnung dankend ab. Herzlichen Dank.

U. Glättli (GLP): Die Grünliberalen beantragen Eintreten und Abnahme der Jahresrechnung sowie Zustimmung zu den übrigen Anträgen des Stadtrates.

Es ist eine erfreuliche Rechnung und doch eine verdankenswerte Arbeit, insbesondere auch der Finanzvorsteherin. Sie hat einen guten Job gemacht.

Es sind aber auch dunklere Wolken ersichtlich, Urs Hofer hat es auch schon angetönt. So hat die Nettoschuldenlast nach wie vor ein bedenkliches Ausmass, und das kann nicht schönge-redet werden.

Vergleicht mal das Ergebnis mit der Entwicklung der Nettoschuldenlast der letzten 10 Jahre! Allein in diesem Zeitfenster hat die Nettoverschuldung der Stadt Winterthur um durchschnittlich rund 100 Mio. Franken jährlich zugenommen: Von 250 Mio. auf nun immer noch 1.2 Mrd. Franken. Das ist weder enkeltauglich noch generationengerecht! Das lässt bei uns keine Jubelstimmung aufkommen. Und wir haben es mit der Tiefzinslage auch einen weiteren Umstand, der bis jetzt noch nicht erwähnt wurde, zu verdanken, dass die Nettoschulden nicht mehr einschenken, indem wir nicht allzu viele Schuldzinsen zahlen müssen. Es gilt nun, den angehäuften Schuldenberg konsequent weiter abzutragen und gleichzeitig, Eigenkapital angemessen weiter aufzubauen.

Für Stellenschaffungen auf Vorrat bleibt da aber sicher kein Platz! Verwaltung ist wichtig, aber kein Selbstzweck. Wer per se mehr Verwaltung fordert, zeigt, dass er zu wenig Erfahrung hat und nicht verstanden hat, wie der Staat funktioniert.

Auch der IAFP mahnt zur Vorsicht: Die Kostensteigerungen in den Leistungsbereichen Bildung, Gesundheit und Soziales bleiben bestehen, wie es bereits mehrfach (auch von linksgrüner Seite) schon gesagt wurde, und stellen die Stadt weiterhin vor grosse Herausforderungen. Die Eindämmung des hohen Kostenwachstums gerade im Bereich der Volksschule, wie auch eine faire Neuregelung der Verteilung der Soziallasten im Kanton, tun Not. Da schliessen wir uns der Einschätzung des Stadtrates vollumfänglich an.

Der amtierenden Finanzvorständin möchte ich bei dieser Gelegenheit doch noch ein kleines Kränzchen winden: Es wird fleissig investiert, v.a. auch im Finanzvermögen, aber doch auch im Verwaltungsvermögen. Es ist vielleicht nicht so viel investiert oder ausgegeben worden, wie man budgetiert hat. Ja, das ist ok, das ist so. Aber es gehört fast zum Normalfall bei öffentlichen Rechnungen. Nun noch zu dem Kränzchen im Detail. Die Grünliberalen unterstützen den Willen des Gesamtstadtrates, endlich die explodierende Entwicklung der Bildungs- und Schulaufwendungen des Departementes Schule und Sport zu analysieren. Das konnte man der Presse entnehmen. In diesem Trott darf es dort so nicht weitergehen! Wir sind sehr gespannt auf die Ergebnisse der bestellten Analyse!

Und noch eine Schlussbemerkung sei mir erlaubt: Die faire Neuregelung und Verteilung der Soziallasten tun Not, das stimmt. Es ist aber der SP-Regierungsrat Mario Fehr, lieber Roland, der hier gefordert ist. Man(n) hätte es also durchaus selber in der Hand und mit der prägenden grünliberalen Mitte im Kantonsrat hätte man doch auch eine unterstützende Mehrheit. Herzlichen Dank.

B. Huizinga (EVP): Die EVP ist erfreut über den sehr guten Rechnungsabschluss. Der Ertragsüberschuss von 37 Mio., der jetzt dem zweckfreien Eigenkapital zugeschrieben werden kann, ist ein beruhigendes Polster für die Zukunft. Im Geschäftsbericht des Stadtrates wird zum Legislaturziel 14-18 nochmals erinnernd dargelegt, dass in diesen Jahren ein wichtiger Inhalt der städtischen Politik die Stabilisierung der Finanzen war. Das ist in den meisten Bereichen gelungen und die hohe Lebensqualität in unserer Stadt ist erhalten geblieben. Allen Mitarbeitenden der Verwaltung, die dazu beigetragen haben und das umgesetzt haben, sei an dieser Stelle gedankt.

Die städtischen Finanzen im Lot zu behalten bleibt jedoch eine grosse Herausforderung für die Zukunft, denn die Aussichten sind trotz dem guten Abschluss nach wie vor düster, so dass jede positive Abweichung vom Budget willkommen ist. In der aktuellen Ausstellung

«Räumliche Entwicklungsperspektiven bis 2040» (wir haben es heute schon davon gehabt) im Superblock wird eindrücklich dargestellt, was mit dem prognostizierten Wachstum und der demografischen sozio-kulturellen Entwicklung für Aufgaben auf die städtische Politik zukommen. Als Stichwort: Infrastruktur, Verkehr, Schule und Soziales.

Zudem ist die EVP froh, dass weitere Schritte zum Abbau der Schulden gemacht werden, auch wenn die Verschuldung auf hohem Niveau bleibt. Nach dem Motto: Schritt für Schritt für die Zukunft fit!

Mit dem Weggang von Yvonne Beutler als Finanzvorsteherin verliert die Stadt eine äusserst fähige Frau, die sich mit grossem Engagement, Cleverness, Durchhaltevermögen und Führungsstärke jahrzehntelang politisch für die Bevölkerung eingesetzt hat. Das möchte unsere Fraktion an dieser Stelle würdigen und sich bedanken. Ebenfalls bedanken wir uns bei allen städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die diesen positiven Rechnungsabschluss ermöglicht haben, und wir nehmen die Jahresrechnung 2018 gerne ab.

I. Kuster (CVP/EDU): Es wurde schon mehrmals gesagt, auf den 1. Blick hat man Freude an der Jahresrechnung 2018. Es ist ein Gewinn erzielt worden, sogar über dem Budget. Beim 2. Blick ist das Ergebnis aber nicht so toll. Sorgen bereiten uns, der CVP/EDU, wie auch der FDP und der SVP die Entwicklung der Steuereinnahmen. Die Einkommenssteuern der natürlichen Personen liegen zwar ein bisschen über dem Budget, sind aber tiefer als 2017. Die Steuern der juristischen Personen sind deutlich tiefer als budgetiert, aber immerhin noch leicht höher als 2017. Winterthur gelingt es wieder nicht, den Steuerertrag pro Einwohner zu steigern – und das in einer Phase, in der die Konjunktur gut läuft. Wir brauchen in finanzieller Hinsicht mehr qualitatives Wachstum und weniger quantitatives Wachstum. Einfach mehr Einwohner zu haben ist keine ausreichende Zielsetzung für die Stadtentwicklung von Winterthur.

Für Winterthur ist die Steigerung der Steuerkraft die grosse Herausforderung. Da erwarten wir vom Stadtrat mehr Engagement und Gestaltungswillen.

Unerfreulich ist, wie auch schon mehrfach gesagt, die Kostenentwicklung in den Bereichen Volksschule, Gesundheit und Soziales. Die Kosten nehmen jedes Jahr zu. Uns fehlen aber Systeme, mit denen wir messen können, ob wir unser Geld genügend zielgerichtet und effizient ausgeben. Seit Jahren fordern wir insbesondere beim Departement Soziales endlich ein Controlling, das diesen Namen verdient. Auch da besteht schon lange ein Handlungsbedarf. Aber wahrscheinlich wird der FCW eher in die Superleague aufsteigen, als dass im Departement das Controlling zur Chefsache erklärt wird.

Dank der tieferen Investitionen haben wir zu meiner Freude, einen Selbstfinanzierungsgrad beim Free Cash-Flow, der deutlich gesteigert werden konnte. Positiv ist für einmal, dass wir 2018 vereinfacht nicht mehr Geld ausgegeben haben, als wir eingenommen haben. Da teile ich die Ansicht von Roland nicht ganz, dass 2018 zu wenig Investitionen realisiert worden sind, auch weil personelle Ressourcen fehlen. Ein Realisierungsgrad zwischen 80 – 120 Abweichung reicht uns und ist akzeptabel. Wir wollen nicht unbedingt Stellen aufbauen und so die Fixkostenstruktur erhöhen. Allenfalls sind die Arbeitsabläufe zu überprüfen und zielgerichtet temporäre externe Ressourcen einzukaufen, falls es Projekte gibt, die zeitkritisch sind. Interessant ist auch ein Blick in die Rechnung der Eigenwirtschaftsbetriebe. Sowohl die Bereiche Kommunikationsnetzwerke wie auch Energie-Contracting sind klar und deutlich negativ. Da warten wir auf Aktionspläne vom zuständigen Departementvorsteher, wie und in welcher Frist diese zwei Bereiche saniert werden sollen, so dass mindestens mal der Break-Even erreicht wird.

Erfreulich ist, wie ja schon mehrfach erwähnt, der Rückgang der Verschuldung, auch wenn er bescheiden ist. Auch da fällt auf, wie viel Kapital in den Eigenwirtschaftsbetrieben gebunden ist. Da wäre vielleicht mal ein Benchmarking angesagt, um sinnvoll beurteilen zu können, ob unsere Eigenwirtschaftsbetriebe ausreichend effizient und für die weitere Zukunft genügend richtig aufgestellt sind.

Die Präsentation der Jahresrechnung hat in den letzten Jahren deutliche Fortschritte gemacht. Da bedanken wir uns auch bei Yvonne Beutler ganz herzlich. Für die Nachfolge von Yvonne sehen wir zwei grosse Herausforderungen: 1. Der finanzielle Spielraum ist immer

noch beschränkt. Sollte es aufgrund von veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu einem Rückgang der Steuererträge kommen, haben wir schnell wieder ein Defizit. Man muss sich rechtzeitig darauf vorbereiten, damit dann auf eine solche Situation schnell und angemessen reagiert werden kann. 2. Die Sanierung der Pensionskasse ist immer noch pendente. Der Stadtrat tut gut daran, frühzeitig das Parlament in die weitere Lösungsfindung miteinzubeziehen, damit die Kosten für die Stadtkasse nicht ins Unermessliche steigen und die Handlungsfreiheiten für die Zukunft erhalten bleiben.

Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Jahresrechnung ab.

U. Hofer (FDP): Es ist auch für uns ein Anliegen, dass es zu keinem Investitionsstau kommt und wir die Infrastruktur modernisieren und dass es auch zu keiner Warteschlange bei Projekten kommen soll. Wir können die Ursachen und mögliche Massnahmen dagegen gerne zusammen mit Euch anschauen und wir können uns auch vorstellen, Hand zu bieten dazu. Eine Aussage ist dann aber, dass ein direkter Zusammenhang aus dem Realisationsgrad vom Investitionsvolumen und angeblich fehlenden und bekanntlich bei der letzten Budgetdebatte beantragter Stellen beim Baudepartement hergeleitet wird. Da finden wir doch, die vorgelegten Zahlen zeigen das schlicht und einfach nicht.

Wie bereits gesagt: Im Schnitt der letzten 5 Jahre haben wir 75% gehabt. Wir waren auch schon viel schlechter (z.B. 2013 71%, 2004 62%). Die Zahlen zeigen die Dramatik, die genannt wurde, eigentlich nicht. Aber wir können das gerne im Auge behalten. Selbstverständlich wollen auch wir einen Investitionsstau vermeiden.

Stadträtin Y. Beutler: Wenn ich gewusst hätte, wie nett man mit mir ist, nachdem ich zurücktrete, wäre ich schon früher zurückgetreten. Aber vielen herzlichen Dank für alle die wertschätzenden Worte gegenüber der ganzen Stadtverwaltung, dem Stadtrat und auch mir gegenüber. Das hat mich sehr gefreut und ein bisschen verlegen gemacht. Vielen herzlichen Dank!

Ich möchte vielleicht auch als erstes zu den Wahlen kommen und selber auch eine Wahlempfehlung abgeben. Die SVP sagte, der Finanzvorsteher oder die Finanzvorsteherin sei derjenige, der bereits im Sommer vom Vorvorjahr weiss, wie das dann Ende des übernächsten Jahres aussehen wird. Deshalb würde ich doch empfehlen, vielleicht auf Mike Shiva zu setzen – oder wenn es eine Frau sein soll Elizabeth Teissier. Diese sehen das vielleicht ein bisschen genauer vorher. Tatsache ist, z.B. auch bei den Grundsteuern auch, dass wir, als wir das Budget 18 machten, noch nicht wussten, wie die Rechnung 17 aussehen wird. Wenn wir das gewusst hätten, wäre es selbstverständlich viel einfacher gewesen, diesen grossen Anstieg vor auszusehen.

Wir haben jetzt gerade ein Beispiel, bei dem eine Überbauung verkauft worden ist, eine bestehende Überbauung. Zu einem irrsinnigen Preis, was der Verkäuferin einen gigantischen Gewinn beschert hat. Das konnten wir nicht voraussehen zum Zeitpunkt, als wir budgetiert haben. Aber das wird bei den Grundsteuern in einem einzelnen Fall einen zweistelligen Millionenbetrag in die Kasse spülen. Wofür ich übrigens sehr dankbar bin – im Wissen darum, dass sich das nicht immer wiederholen wird. Aber es ist einfach ein Beispiel dafür, dass es viele Sachen gibt, die schlicht nicht vorhersehbar sind und die wir als Stadtrat auch nicht steuern können. Was wir z.B. nur sehr schwer steuern können, ist die Bevölkerungszusammensetzung. Die Areale, die jetzt überbaut werden, werden von Privaten überbaut und sie entscheiden, was für Wohnraum sie auf diesem Land erstellen. Beispielsweise beim Volg-Areal, bei dem man eigentlich davon ausging, dass es dort sehr teure Wohnungen für ein gehobenes Wohnen geben wird, von der Lage her, vom Preis her, der für das Land bezahlt wurde. Und siehe da, es gibt kleinere Wohnungen, es gibt durchschnittliche Wohnungen. Ich glaube nicht, dass es im Sinne der Vertreter der bürgerlichen Parteien ist, wenn wir beginnen, eine Planwirtschaft einzuführen und den Privaten letztlich vorschreiben, was sie mit ihrem Land zu machen haben und was sie darauf für Wohnraum zu erstellen haben.

Was gebaut wird, hat einen ganz direkten Einfluss auf unsere Steuerkraft. Wenn eine Familie ein steuerbares Einkommen hat von 100'000 Fr. und das dann durch 4 geteilt wird, hat das halt eine andere Auswirkung, als wenn das eine Einzelperson ist. Das ist letztlich auch sehr

entscheidend für die Steuerkraft. Die Steuerkraft ist aber nur ein Faktor von verschiedenen. Die 4köpfige Familie wirkt sich dann auch wieder beim Departement Schule und Sport aus. Es sind extrem viele Faktoren, die wir nach bestem Wissen und Gewissen versuchen vorherzusehen mit einer Schulraumplanung, mit verschiedenen Faktoren – aber bei denen wir letztlich nicht vorhersehen können, wie es herauskommen wird.

Es ist tatsächlich so, wir hatten in den letzten Jahren das Glück, dass das Glück jeweils auf unserer Seite war, indem es positive Effekte gab. Ich habe auch in dieser Weisung darauf hingewiesen, dass wir uns freuen über den Gewinn, aber dass wir deswegen jetzt nicht euphorisch werden. Wir haben darauf hingewiesen, welche Herausforderungen wir haben, in der Bildung, im Sozialen, in der Gesundheit. Und ich kann wenigstens für mich in Anspruch nehmen, dass mein Nachfolger oder meine Nachfolgerin weiss, auf was sie oder er sich einlässt und sich zumindest bei mir nicht darüber beklagen soll.

In der Investitionsplanung wurde zu Recht aufgeworfen, dass die Situation mit unserem Realisierungsgrad unbefriedigend ist. Wer ein gutes Rezept für eine Investitionsplanung hat, das letztlich mit einem hohen Realisierungsgrad endet, der würde relativ viel Geld verdienen. Es ist momentan auch eine Studie vom Vorstand der städtischen Finanzdirektorenkonferenz in Auftrag gegeben, um zu schauen, in welchen Städten es best practice-Beispiele gibt, welche Faktoren dazu beitragen, dass man eine Investitionsplanung so machen kann, dass der Umsetzungsgrad so gut wie möglich oder so genau wie möglich ist, damit nicht geplant wird und nachher nicht umgesetzt werden kann. Das ist eine grosse Geschichte, die alle Städte, die uns bekannt sind, auch umtreibt und wo wir versuchen, auch miteinander letztlich zu einer guten Lösung zu kommen. Es ist unbefriedigend, wenn z.T. Sachen nicht gemacht werden können, sei es aus Ressourcengründen oder weil es Verschiebungen gibt. Das wäre schön, wenn wir da eine bessere Planungsgrundlage haben.

Dann möchte ich gerne auf das eingehen, was Urs Hofer gesagt hat mit den Murmeltieren. Ja, das geht mir auch so. Ich bin noch froh, dass die Murmeltiere im Moment noch relativ fröhlich pfeifen, wenn sie hervorkommen. Ich verstehe, dass das letztlich auch Unmut beim Parlament auslöst. Ich denke manchmal auch, wenn ich die Hochrechnungen sehe: Ist das Euer Ernst? Jetzt haben wir so viel Zeit darauf verwendet, um zu schauen, wie was wo – und dann kommt es nachher trotzdem anders.

Bei der Nettoverschuldung ist es natürlich so, die ist sehr stark angestiegen, da hat Urs Glättli recht. Da kann man den Vergleich machen über die letzten 10 Jahre. Es ist immer ein bisschen schwierig, wenn man einfach nur den Anfang- und den Endpunkt nimmt und daraus dann irgendwas ableitet, ohne sich auch vor Augen zu führen, was eigentlich in der Zwischenzeit passiert ist. Bei uns haben wir den Punkt, dass wir eine konsolidierte Verwaltung sind, und dass wir von der Stadt her sehr hohe Investitionen hatten in dieser Zeit, z.B. mit der neuen KVA. Und das schlägt natürlich 1:1 auch auf die gesamtstädtische Verschuldung durch. Aber wir haben versucht, in dieser Weisung klar zu unterscheiden und darzulegen, was allgemeiner Steuerhaushalt ist, was die städtischen Betriebe sind. Selbstverständlich, eine Schuld ist eine Schuld. Aber ich glaube, es ist noch wichtig – gerade wenn man mit anderen vergleicht – dass man eher Gleiches mit Gleichem vergleichen kann.

Und wenn wir bei der Vergleichbarkeit sind, dann noch etwas zum Benchmark, den Iris Kuster angetönt hat. Das ist tatsächlich etwas, das wir versuchen. Das versuchen wir auch im Schulbereich. Aber es ist extrem schwierig. Die Gemeindeautonomie führt dazu, dass letztlich jede Gemeinde machen kann, was sie will. Die eine hat das eingerechnet, die andere das. Wir versuchen es mit funktionaler Gliederung, mit allem Möglichen, diese Zahlen herauszulesen – aber es ist einfach schwierig, sagen zu können, in der Gemeinde XY kostet eine Schule so viel, bei uns so viel... Es ist eine extrem knifflige Aufgabe, aber natürlich versuchen wir, uns da heranzutasten und schauen, ob es Vergleichsmöglichkeiten gibt, wo wir Handlungsspielraum haben - und dann ist es natürlich meist eine politische Frage, ob wir den Handlungsspielraum nützen wollen, auf die eine oder die andere Seite. Aber für das müssen wir zunächst schauen, wo er ist.

Dann möchte ich noch etwas sagen, zu dem vielleicht auch Nicolas Galladé noch etwas sagen möchte, und zwar zu dem, was Du gesagt hast zum Controlling im DSO. Da muss ich einfach sagen: So intensiv wie das DSO hat sich wohl kein anderes Departement mit dem

Controlling auseinandergesetzt. Sie mussten sich extrem mit den Zahlen und den Prognosen auseinandersetzen, sie haben die Studie BASS gemacht. Sie waren auch am meisten unter Druck von allen Departementen in den vergangenen Jahren und sie haben einen hervorragenden, sehr kompetenten Controller. Und das möchte ich, auch wenn er selber nicht da ist und wäre er da, er auch nichts sagen dürfte, doch einfach an seiner Stelle sagen: Er macht wirklich einen extrem guten Job. Und wenn wir schon vergleichen wollen, dann wären sie eigentlich nicht in der Superleague, sondern schon fast e.her schon ein bisschen in der Championsleague der Controller. Das ist mir wichtig, das zu sagen.

Aber insgesamt freuen wir uns über den Jahresabschluss. Wir freuen uns im Hinblick auf den mittelfristigen Ausgleich, da sind wir froh um jeden Franken, den wir jetzt auch mehr in der Kasse haben. Ihr kennt den IAFP. Natürlich kann man immer sagen, man male schwarz. Ja, das stimmt, aber wir gehen davon aus. Wir können nur mit dem rechnen, was wir halbwegs zugesichert rechnen müssen. Das sind die Prognosen in der Schule, das sind die Prognosen im Sozialen und die Prognosen in der Pflege. Da können wir nicht einfach die Augen schliessen und sagen, das kommt dann schon viel besser. Deshalb denke ich auch, dass uns die ganze Steuerfussdiskussion sehr stark beschäftigen wird – d.h. meine Nachfolge beschäftigen wird – wenn man das Wachstum in diesen Bereichen sieht, wenn man sieht, welche Steuervorlagen momentan unterwegs sind auf Bundesebene, die allesamt zu Einnahmeausfällen führen werden. Ich glaube, dann wird der Steuerfuss nur einer von verschiedenen knackigen Diskussionspunkten sein, die künftig in diesem Rat geführt werden. Es wird sehr spannend bleiben.

Vielen herzlichen Dank für die wohlwollende Aufnahme dieser Jahresrechnung. Danke, Felix Helg, für die präzise Darstellung. Und vielen herzlichen Dank für alle, die die Arbeit der Verwaltung auch wertgeschätzt haben und das, was sie geleistet haben, auch so zur Kenntnis nehmen.

Ratspräsident A. Geering: Wir steigen noch ein in die Detailberatung gemäss dem Drehbuch.

Wir beginnen mit dem Departement Kulturelles und Dienste mit den Produktgruppen Personalamt, Stadtentwicklung, Theater Winterthur, Bibliotheken, Subventionsverträge und Beiträge an Dritte, Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten und Rechtspflege.

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Dann gehen wir weiter zum Departement Finanzen mit den Produktgruppen Finanzamt, Informatikdienste, Steuerbezug, Immobilien, Städtische Allgemeynkosten/Erlöse und Steuern und Finanzausgleich.

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit haben Sie diese beiden Departemente genehmigt.

Wir kommen zum Departement Bau mit den Produktgruppen Tiefbau, Entsorgung, Vermessung, Baupolizei und Städtebau.

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall.

Damit ist auch das Departement Bau mit den entsprechenden Produktgruppen genehmigt.

Wir kommen zum Departement Sicherheit und Umwelt mit den Produktgruppen Stadtrichteramt, Stadtpolizei, Betrieb Parkhäuser und Parkplätze, Lebensmittelinspektorat, Melde- und Zivilstandswesen, Schutz & Intervention und Umwelt- und Gesundheitsschutz.

Wünscht da jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Damit haben Sie auch dieses Departement genehmigt.

Wir kommen zum Departement Schule und Sport mit den Produktgruppen Volksschule, Einkauf und Logistik, Sonderschulung, Familie und Betreuung, Berufsbildung und Sportamt.

Wünscht jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Damit ist auch dieses Departement genehmigt.

Wir gehen weiter ins Departement Soziales mit den Produktgruppen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde, Sozial- und Erwachsenenhilfe, Prävention und Suchthilfe, Individuelle Unterstützung, Spitex, Alterszentren, Beiträge an Organisationen und Arbeitsintegration.

Wünscht jemand das Wort?

B. Helbling (SP): Produktegruppe KESB: Wir haben in der SSK vereinbart, dass ich zuhänden des Protokolls drei Zahlen berichtige, die leider in der Rechnung nicht richtig drin waren. Und zwar geht es bei den Parlamentarischen Zielvorgaben um die Gesamtkosten pro Verfahren in Franken. Diese sind richtig bei 1'143.

Verwaltungskosten ohne verfahrensbezogene Kosten pro Verfahren in Franken sind bei 1'068.

Bei 2 Auftragserfüllung, Anzahl Verfahren pro 100%-Stelle KESB-Mitglieder und Fachmitarbeitende richtig 578.

Ratspräsident A. Geering: Gibt es weitere Wortmeldungen? – Damit ist das Departement Soziales mit den entsprechenden Produktegruppen mit dieser Korrektur wie vorgestellt genehmigt.

Da uns beim Departement Technische Betriebe ein Ablehnungsantrag zu einer Produktegruppe angekündigt wurde, nämlich zu Stadtwerk Winterthur, unterbrechen wir jetzt für die Essenspause und fahren nach dem Essen an diesem Punkt weiter.

Ich wünsche Euch «en Guete» und schliesse diese Sitzung.

Nachtessenspause.

Ratspräsident A. Geering: Ich begrüsse Euch herzlich zur Abendsitzung vom heutigen 24. Juni.

Wir machen weiter mit der Detailberatung der Rechnung Teil B und kommen zum Departement Technische Betriebe mit den Produktegruppen Stadtwerk Winterthur, Stadtbus Winterthur, FinöV Stadt und Stadtgrün. Es ist ein Ablehnungsantrag für Stadtwerk Winterthur angekündigt, Markus Nater bitte.

M. Nater (GLP): Wir von der GLP stellen den Antrag, dass die Stadtwerkrechnung nicht angenommen wird. Wir kritisieren an der Stadtwerkrechnung 2018 den gestiegenen Anteil am Stromprodukt Grau, den erstmaligen Zukauf von Kernkraft-Zertifikaten und die daraus resultierende fehlende Transparenz bei der CO₂-Bilanzierung.

Finanziell hat Stadtwerk wie seit Jahren ein super Ergebnis erzielt, was auf der Arbeit der Mitarbeiter, der Geschäftsleitung und vor allem auf den Gebühren der Kunden von Stadtwerk basiert. Hier ein grosser Dank an alle Beteiligten an dem guten finanziellen Ergebnis.

Wieso stellen wir nun trotzdem den Ablehnungsantrag? Da zitiere ich gerne Urs Hofer mit folgender Aussage zur Stadtwerkrechnung vor 3 Jahren: «Der Gemeinderat muss nicht prüfen, ob die Einnahmen und Ausgaben technisch richtig verbucht worden sind, sondern ob sie politisch legitimiert sind». Das kann ich hier sehr gut verwenden. Das heisst konkret zur jetzigen Situation, ob wir es wollen, dass Stadtwerk Kernkraftzertifikate kauft und Gewinnoptimierung durch den Verkauf von Strom aus Kern- und fossiler Energie betreibt, was eigentlich nicht zu den primären Zielen von Stadtwerk gehört.

Ein Ziel von Stadtwerk ist jedoch, die Abhängigkeit von fossilen Energien und der Kernenergie zu reduzieren, was auch ein politischer Auftrag ist und entsprechend auf der Homepage steht.

Um dieses Ziel zu messen, gibt es in der Rechnung eine Aufstellung zum Anteil «Strom aus erneuerbaren Energien» in %, welche nach neuesten Daten im Jahr 2018 bei 68% liegt. Was eine klare Verschlechterung ist, da dieser Wert 2015 schon bei 75% gelegen ist.

Somit ist der Anteil des verkauften Produkt Graustrom stark gestiegen. Graustrom ist nichts anders als der Restposten für Strom, also Kern- und Atomenergie. Nun höre ich immer wieder die Aussage: Wenn der Grosskunde grauen Strom will, dann kann Stadtwerk nicht Nein sagen. Ob Stadtwerk jedoch den Grosskunden ein Angebot macht und damit den Gewinn optimiert und die Abhängigkeit von nicht erneuerbarer Energie erhöht, ist jedoch ein freier

Marktentscheid von Stadtwerk. Es muss jedem klar sein, dass Grosskunden das beste Angebot aussuchen und daher diese verkaufte Grauenergie nur ein sehr margenschwaches Produkt ist, was nicht gross zu dem Gewinn von Stadtwerk beiträgt.

Zusätzlich wurden nun erstmalig Kernkraftzertifikate gekauft, welche mit keinem Wort in der Rechnung erwähnt worden sind, wo mir von der GLP die Transparenz vermissen. Die gekauften Kernkraft-Zertifikate sind fast wertlos, das ist ein absoluter Restposten. Im Vergleich dazu kosten Zertifikate für Wasserstrom naturemade ca. 50-150 mal mehr, da man dort auch einen ökologischen Gegenwert hat.

Der Kauf von Kernenergie-Zertifikaten hat keinen Einfluss auf den Anteil ausgewiesener «nicht erneuerbarer Energie». Auf die CO₂-Bilanzierung jedoch ist der Einfluss riesig. Jetzt wird in der CO-Bilanz nicht mehr die Energie ausgewiesen, welche auch an den Kunden geliefert worden ist, sondern es ist nicht mehr nachvollziehbar, was wirklich CO₂-mässig gelassen ist.

Ich habe zwei Frage an meine Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat: Wie lange wollen wir bei Stadtwerk noch zuschauen oder zuhören, dass wir durch Stadtwerk immer im Nachhinein informiert werden (Aquifer, Kauf von diesen Kernkraftzertifikaten, Auflösung Profitcenter Haustechnik). Zweite Frage. Wann sollen wir Stadtwerk in die Pflicht nehmen, ihre Eigenerziele zu erfüllen, damit der Verkauf von klimaschädigendem Kohlestrom und Atomstrom durch Stadtwerk nicht immer weiter ansteigt?

Wir von der GLP erwarten für 2019 Massnahmen, welche die Abhängigkeit von fossiler und Kernenergie reduziert und mehr Transparenz über die strategischen Geschäftsänderungen bei Stadtwerk, damit wir die Rechnung 2019 auch aus dieser Sicht wieder politisch abnehmen können.

M. Gross (SVP): Eigentlich kann man die Argumentation von Markus noch nachvollziehen. Es ist tatsächlich fragwürdig, ob man Zertifikate für Atomstrom kaufen soll, nur um ein bisschen «Window dressing» zu machen, dass man der Bevölkerung am Schluss vorgaukelt, es käme aus der Steckdose ein anderer Strom, es hätte dann vielleicht keinen Kohlenstrom mehr drin. Wir beziehen einfach den Strom aus dem Ausland und der hat das halt einfach alles drin. Von daher müsste man diese Zertifikate tatsächlich nicht kaufen.

Allerdings müssen wir auch sagen: Kernkraftwerke müssen wir heute zwingend noch betreiben, weil der Energiebedarf der Schweiz gedeckt werden muss und die Versorgungssicherheit garantiert auch unseren Wohlstand. Es ist darum zu vertreten, dass für rund 5'000 Franken (wir haben nicht mal 5'000 Fr. ausgegeben, um diese Zertifikate zu kaufen) Stadtwerk so einen Mindeststandard sicherstellt, dass kein sogenannter Kohlenstrom mehr drin ist. Wir wollen auch keinen Strom aus Kohlenkraftwerken. Im Zweifel investieren wir dieses Geld besser in die Sicherheit der Kernkraftwerke.

Dass die GLP jetzt wegen ideellen 5'000 Franken die ganze Rechnung von Stadtwerk ablehnt, das ist aus unserer Sicht überhaupt nicht mehr nachvollziehbar. Es war auch kein Ziel. Wir geben im WOV Zielvorgaben, wir geben für die Rechnung Zielvorgaben. Das war kein Ziel, das wir hatten. Markus, ich weiss nicht, wie es Du hast im Geschäft. Dir gibt man wahrscheinlich auch Ziele und am Ende des Jahres, wenn Du alle Ziele erreicht hast, und man Dir dann sagt: Aber da haben wir noch etwas gefunden – es war zwar nicht in den Zielen, aber jetzt lehnen wir deshalb Deine beantragte Lohnerhöhung ab. Dann hast Du sicher auch Freude.

Für uns ist das nicht nachvollziehbar. Es geht den Verantwortlichen aus der GLP wahrscheinlich mehr darum, sich politisch in Szene zu setzen, und es geht da nicht um Sachpolitik. Allerdings geisselt Ihr jeweils wegen dieser Art von Symbolpolitik die linke und die rechte Seite, wenn es Euch darum geht, Eure Sachen in Szene zu setzen.

Wir jedenfalls nehmen diese Rechnung gerne ab. Wir danken Stadtwerk natürlich und v.a. den Mitarbeitern für die gute Arbeit und das sehr gute Resultat.

R. Diener (Grüne/AL): Auch wir waren etwas erstaunt, als wir die Rechnung sahen und dort jetzt plötzlich nach vielen Jahren wieder Atomstrom ausgewiesen wurde in der Stromkennzeichnung. Auch wir waren etwas enttäuscht. Und da will ich ganz offen zur Kenntnis geben,

dass die Ziele vom Umstieg auf die erneuerbaren Energien damit nicht erreicht werden konnten, dass wir sogar wieder retour gingen gegenüber den Zahlen, die wir vor einigen Jahren hatten.

Aber ich muss auch sagen, Markus, und da bin ich nicht ganz einverstanden, es ist nur zu einem kleinen Teil tatsächlich von Stadtwerk und der gegenwärtigen Politik, mit der wir Stadtwerk beauftragt haben, beeinflussbar. Da kann Stadtwerk nur beschränkt Einfluss nehmen. Ich finde es deshalb auch nicht ganz richtig, jetzt deswegen die Rechnung nicht abzunehmen.

Ich möchte aber doch noch 2-3 Worte dazu sagen. Wir Grünen unterstützen den Ablehnungsantrag nicht. Trotzdem möchte ich an dieser Stelle schon auch ein gewisses Unbehagen zum Ausdruck bringen. Es ist wirklich so, dass man da eine ärgerliche und eine unschöne Entwicklung hat, bei der jetzt ganz offensichtlich relativ viele Grosskunden wieder auf den Graustrom aufgesprungen sind und damit natürlich die Bilanzierung, die wir mit dem CO₂ haben, sehr stark verschlechtert haben. Man muss aber zur Kenntnis nehmen: Es ist eine Preisfrage. Der Graustrom ist halt eben das billigste Angebot und wird deshalb natürlich bei der preissensitiven Kundschaft, die v.a. Grosskunden aus der Privatwirtschaft sind, am ehesten gewählt. Der Graustrom hat relativ viel Kohlestrom drin, weil er eben aus dem europäischen Mix kommt, das wissen wir auch. Er wird jetzt mit diesem Atomstromzertifikat «aufgemöbelt». Der Versuch ist natürlich kläglich und scheitert auch insgesamt, weil man nicht einmal sagen kann, wie viel CO₂ tatsächlich gespart wurde, weil die entsprechenden Zahlen gar nicht vorliegen. Man kann dazu eigentlich nur sagen: Die ganze Zertifikatsmühle ist einmal mehr ein bisschen ad absurdum geführt und zeigt, dass man mit dem nicht auf den Weg kommt. Das kann nicht die Lösung sein. Wir müssen, wenn wir unseren Stromverbrauch und unseren Energieverbrauch klimaverträglich machen wollen, auf einen anderen Pfad kommen. Wir müssen echte Massnahmen haben. Dann muss das Parlament da auch dazu stehen.

Fazit: Mit einer solchen Krücke wie der Aufbesserung mit solchen Zertifikaten ist es sicher keine Lösung. Es braucht einen anderen Weg und wir müssen da aus dem Rat heraus auch einen klaren Auftrag geben, z.B. indem wir Stadtwerk beauftragen, diesen Graustrom tatsächlich zu kippen und allenfalls anders zu handeln. Das würde ganz konkret bedeuten, dass natürlich die Kundschaft entweder aussteigen würde oder man ihr ein Produkt anbietet, das zum gleichen Preis verfügbar ist. Konkret den Weissstrom halt auf dieses Preisniveau zu senken. Das heisst in der Folge konsequent, dass wir diesen in irgendeiner Form subventionieren müssen in der Anfangszeit. Das wäre machbar, wir könnten das schon. Wir könnten den Weissstrom so ein bisschen vergünstigen und die Differenzen, die entstehen, würden dann einfach fehlen in der Vergütung an die Stadt. Das wäre denkbar, das müssten wir aber hier miteinander beschliessen. Sonst macht eine Kritik an Stadtwerk insofern wenig Sinn. Die Frage ist, ob wir das wollen und die Frage ist, was wir tatsächlich machen. Wir werden diese Fragen sicher diskutieren und allenfalls mit einem entsprechenden Anliegen auch kommen in Zukunft. Danke für das Verständnis.

B. Zäch (SP): Die SP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der GLP nicht. Die Rechnung einer Produktegruppe nicht abzunehmen, ist nur dann gerechtfertigt, wenn schwerwiegende Ereignisse oder Versäumnisse vorliegen. Das ist da nicht der Fall. Es geht bei den Atomstromzertifikaten um einen operativen Entscheid, der zwar erklärungsbedürftig ist, aber keineswegs um ein schwerwiegendes Versäumnis. Ausserdem will man das Thema Graustrom von Stadtwerk in einer der nächsten BBK-Sitzungen detailliert behandeln. Und wir werden wahrscheinlich die Diskussion führen, die Reto Diener jetzt angerissen hat.

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, den unternehmerischen Entscheid von Stadtwerk hier öffentlich an den Pranger zu stellen.

Die SP-Fraktion ist aber trotzdem nicht zufrieden mit der aktuellen Informationspolitik vom Departement Technische Betriebe gegenüber der zuständigen Sachkommission in Sachen Stadtwerk. Wir haben diese Woche zur Kenntnis nehmen müssen, dass wir über eine laufende Reorganisation im Bereich Haustechnik unvollständig informiert wurden. Es kann nicht sein, dass die BBK am Montag bei der Besprechung der Rechnung 2018 konkrete Fragen zur

Haustechnik stellt und mit einem Hinweis vertröstet wird, dass verschiedene Varianten in Abklärung sind. Und dann am Samstag darauf im Landboten lesen muss, dass wichtige Vorentscheide offenbar bereits gefallen sind, die das Ziel der Auflösung vom Profitcenter Haustechnik eigentlich vorwegnehmen. Es ist uns selbstverständlich bewusst, dass Stadtwerk in einem komplexen Marktumfeld operiert und deshalb einen unternehmerischen Spielraum braucht. Ja, wir Sozialdemokraten sehen das und unterstützen das auch, was Stadtwerk betrifft. Wir sind auch der Meinung, dass die Leitung von Stadtwerk grundsätzlich eine gute Kommunikationskultur dem Parlament gegenüber pflegt. Ich möchte das ausdrücklich betonen. Es ist aber nicht gerade vertrauensfördernd, wenn die Departementsleitung in der Sachkommission den Eindruck erweckt, nur genau das mitzuteilen, wonach explizit gefragt wird.

R. Heuberger (FDP): Ich erlaube mir, noch auf die Voten einzugehen von meinen Kollegen aus der BBK. Man könnte den Eindruck bekommen, dass Stadtwerk diese Kernkraftzertifikate gekauft hat, um die Energiebilanz ein bisschen zu schönen. Das ist natürlich überhaupt nicht so. Sondern wir haben schlicht per 1.1.2018 eine Gesetzesänderung, durch die die Herkunft des verkauften Stroms nachgewiesen werden muss. Und da wir einige Kunden haben, die Graustrom beziehen in der Stadt Winterthur, ist die Stadt Winterthur verpflichtet, die Herkunft dieses grauen Stroms nachzuweisen. Grauer Strom ist Kern- und Kohlestrom. Und für Kohlestrom gibt es keine Herkunftszertifikate und deshalb hat die Stadt nur die eine Möglichkeit, dass sie nämlich Herkunftszertifikate von Kernkraftwerken kauft, damit sie diesen Gesetzesanforderungen überhaupt gerecht wird. Und diese Informationen haben wir in der Kommission erhalten. Von daher kann man nicht sagen, wir seien nicht informiert worden. Mir ist auch wichtig: Jede Fraktion hat die Möglichkeit, bei den WOV-Indikatoren Anträge auf Änderung von WOV-Indikatoren zu stellen. Wenn man aber eine Jahresrechnung ablehnt wegen etwas, das nicht einmal in einem Indikator drin ist, und wegen etwas, bei dem man sagen muss, dass es im gesamten Energiehaushalt relativ irrelevant ist, dann sind wir von der FDP sicher nicht dabei.

Beim Graustrom muss man auch sagen, dass Grossunternehmen durchaus die Möglichkeit haben, den Anbieter zu wechseln. Wenn wir jetzt den Graustrom als Stadtwerk Winterthur nicht mehr anbieten, dann haben diese absolut die Möglichkeit, zum nächsten Anbieter zu gehen, der das immer noch anbietet. Von daher ist das dann durchaus auch ein wirtschaftlicher Entscheidung und es ist dann sehr fragwürdig, ob diese dann zu einem anderen Stromprodukt wechseln, wenn wir Graustrom nicht mehr anbieten.

Von daher möchte ich mich gar nicht mehr auf das Hin und Her wegen den Stromprodukten einlassen, wir haben das schon intensiv debattiert hier drinnen. Die FDP wird die Jahresrechnung, wie sie vorliegt, sicher abnehmen und wir danken Stadtwerk für die grossen Erfolge, die sie gemacht haben. Sie haben u.a. den CO₂-Ausstoss in den letzten Jahren massiv reduziert durch Massnahmen, die sie ergriffen haben. Sie haben viel Gutes geleistet und v.a. auch einen guten finanziellen Ertrag erwirtschaften können, von dem die Stadt doch sehr stark profitiert. In diesem Sinne: Dank an Stadtwerk, Dank an die Mitarbeiter – wir werden diese Rechnung abnehmen.

M. Bänninger (EVP): Geschätzter Markus, ich verstehe Deine inhaltlichen Punkte. Im Grundsatz sehe ich das gleich. Aber wir sehen keinen Grund für die Rückweisung der Rechnung. Wir von der EVP wollen die inhaltlichen Rückmeldungen von Stadtwerk zuerst in der Sachkommission anhören und besprechen können, und dann können wir weitere Vorstösse prüfen.

Z. Dähler (EDU/CVP): Ich danke explizit Romana Heuberger für ihr gutes Votum, das klar dargelegt hat, was Sache ist. Ich finde es gut, das hier drinnen einmal darüber gesprochen wird, was wir eigentlich für Strom in der Steckdose haben, damit wir hier Licht haben. Goldstrom, hoffen wir doch, bei den meisten von uns. Dann funktioniert das nur, wenn Ihr Goldstrom zahlt und andere den Atom- und Kohlestrom zahlen. Denn wir sind ein Netz. In diesem Netz muss es genug Strom haben, es darf nicht zu viel Strom haben. Wenn es nicht aufgeht, gibt es Stromausfälle, regional oder sogar im grossen Bereich. Das Netz ist nun mal fast

ganzeuropäisch zusammenhängend. Also sind wir darauf angewiesen, dass sowohl Atomstrom wie auch Kohlestrom zu seiner Zeit verfügbar ist und dass jemand den auch zahlt. Wir von der CVP/EDU-Fraktion werden die Rechnung nicht ablehnen.

M. Nater (GLP): Eine kurze Berichtigung: Ich mag die Bürgerlichen sehr. Aber wenn sie sagen, die Ziele werden erreicht... Das Ziel war 70% erneuerbare Energie. Es sind 68% erreicht. Die Ziele sind einfach nicht erreicht worden. Wenn die Zielerreichung bei Euch mit 2% daneben erreicht ist, ist das ein bisschen eine seltsame Zielerreichungsdefinition. Das andere ist mit der grauen Energie: Wenn man dort natürlich nur einen Teil der grauen Energie mit Elektrozertifikaten nachher neutralisiert, ist die Frage, wie die CO₂-Bilanz aussieht. Und auf diese bin ich noch gespannt. Ich denke, die wäre sogar etwas für die Zeitung.

Stadtrat St. Fritschi: Wir sprechen heute über die Rechnung von Stadtwerk Winterthur, einen Umsatz von 360 Mio. Franken. Und wir haben in der Kommission ausführlich über diese Atomzertifikate gesprochen. Ich wiederhole es nochmals: Es gab eine Gesetzesänderung, die per 1. Januar 2018 in Kraft trat. Stadtwerk machte nichts Anderes, als einfach nach dem Gesetz zu handeln, und zwar bei all denen, die Graustrom bestellen. Dass man dort diesen Graustrom mit Atomstromzertifikaten belegt. Das ist nämlich der Inhalt dieses Gesetzes, dass man Herkunftsnachweise auf allen Stromarten belegen können muss – mit Ausnahme von denen, die langjährige Lieferverträge haben. Also hat Stadtwerk den klaren Auftrag, dass wenn es Graustromkunden hat, dass man diese belegt – entweder mit Kohlestromzertifikaten oder mit Atomstromzertifikaten. Leider gibt es keine Kohlestromzertifikate, deshalb stellt sich diese Frage gar nicht, denn das ist eine Eigenheit der Schweizer Gesetzgebung. Also griff man auf die Atomstromzertifikate zu. Das hat 5'000 Fr. gekostet und so hat man das Gesetz erfüllt.

Markus Nater war damit nicht zufrieden – wie mit vielem anderen auch nicht bei Stadtwerk. Übrigens: Haustechnik. Du kannst Dich erinnern am 10. Mai. Du und Reto Diener wart bei uns im Büro, ich habe Dich informiert über die Haustechnik. Und wenn Du jetzt sagst, ich hätte Dich nicht informiert, dann ist das mehr als unfair mir gegenüber. Benedikt Zäch darf das sagen, weil ich in der Kommission zum Schutz der Mitarbeitenden, die zuerst informiert werden über die örtliche Reorganisation der Haustechnik (und alles andere ist noch nicht entschieden, das haben wir auch in der Zeitung so gesagt), nichts gesagt habe. Aber dass Du keine Informationen von mir bekommen hättest, das hat mich ein wenig getroffen, denn das ist nicht so.

Die Atomstromzertifikate, das ist ganz normal, das muss man machen seit 1. Januar 2018. Und da kann man dagegen sein oder dafür. Wir haben Graustromkunden. Und ich möchte auch nicht, dass Ihr die Graustromkunden vom freien Markt verteufelt, denn auf dem Markt wird nur Graustrom gehandelt. Es gibt keinen Weissstromhandel im Stromhandel, sondern man kauft Graustrom und veredelt es dann mit den einzelnen Zertifikaten. Es gibt ganz viele Firmen, die Graustrom bei uns beziehen. Wir verdienen Geld damit. Und diese Veredelung kaufen sie manchmal bei uns oder bei jemand anderem oder irgendwo auf dem Markt. Und das muss deswegen nicht schlecht sein. Das ist so im Stromhandel. Und wenn man das nicht möchte, dann verabschieden wir uns einfach von einem grossen Teil des Erfolges von Stadtwerk und ziehen uns aus dem Stromhandel zurück. Und das ist nicht so eine einfache Entscheidung, wie es vorher getönt hat, wenn man einfach aus dem Stromhandel aussteigt. Denn das hat auch einen grossen Vorteil für alle unsere Kunden in der Grundversorgung, weil wir dann natürlich ganz andere Einkaufsbedingungen haben auf dem Strommarkt, wenn wir auch das nötige Volumen haben.

Ich habe ein bisschen Mühe mit den Worten von Markus Nater, der sagt: Es wurde gut gearbeitet, super, aber wir lehnen Euch jetzt trotzdem die Rechnung ab. Das ist nicht ganz ehrlich. Wenn man die Rechnungsabnahme macht, dann lässt man das ganze Jahr Revue passieren und überlegt sich, ob die Einheit einen guten Job gemacht hat oder nicht. Und dann stimmt man Ja oder Nein. Markus Nater kommt am Schluss: Es ist alles gut, mit Ausnahme dieser Zertifikate und diesen 68% - abgesehen davon, das ist noch ein bisschen schwierig, das haben wir in der Kommission immer gesagt, wir haben keine Möglichkeiten, die Kunden

zu zwingen, solange wir noch Graustrom haben. Aber wir haben auch gesagt, wir werden den Vorstoss wohlwollend prüfen, der unterwegs ist, um aus dem Graustrom auszusteigen. Ich finde die Diskussion etwas schwierig.

Ich schätze es, dass die SP wenigstens den Direktor und die Einheit lobt. Damit kann ich leben, dass Benedikt Zäch mit mir ein Problem hat. Das ist ja in der Politik weniger schlimm als so wie jetzt die Grünliberalen, die partout die ganze Arbeit der Stadtwerke ablehnen wollen.

Ratspräsident A. Geering: Es ist jeweils vorgesehen, dass bei einem Geschäft nach dem Votum des Stadtrates abgestimmt wird.

Markus, wenn Du nach der Abstimmung noch eine persönliche Erklärung wünschst, dann gebe ich Dir das Wort nach der Abstimmung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Produktegruppe Stadtwerk Winterthur, PG 710.

Wer dem Ablehnungsantrag zu dieser Produktegruppe zustimmen möchte, also diese Produktegruppe ablehnen möchte, soll die Hand erheben.

Wer dem Resultat der Produktegruppe zustimmt und die Produktegruppe abnimmt, soll die Hand erheben.

Gibt es Enthaltungen?

Das ist eine deutliche Mehrheit, die die Rechnung dieser Produktegruppe so abnimmt.

Markus, möchtest Du eine persönliche Erklärung abgeben?

M. Nater (GLP): Eine Einschätzung, wie man ökologische oder wirtschaftliche Ziele gewichtet, das ist ein politischer Austausch. Wir haben eine andere Meinung dort, was die ökologischen Ziele betrifft. Die persönliche Erklärung geht in diese Richtung: Wenn mir in einem Gespräch gesagt wird, das seien vertrauliche Informationen, die sich dann auch noch unterscheiden von dem, was in der Zeitung steht, dann werde ich das sicher nicht im Rat entsprechend breit setzen. Sondern dann sage ich mir, es ist eine vertrauliche Erklärung und an das halte ich mich.

Ratspräsident A. Geering: Wir gehen weiter zu den übrigen Produktegruppen von Technische Betriebe (Stadtbus Winterthur, FinöV Stadt und Stadtgrün).

Wünscht jemand zu einer dieser Produktegruppen das Wort? – Damit sind auch diese 3 Produktegruppen genehmigt und damit das ganze Departement Technische Betriebe.

Wir kommen zu Behörden und Stadtkanzlei mit den Produktegruppen Stadtkanzlei, Finanzkontrolle und Ombuds- und Datenaufsichtsstelle.

Wünscht jemand das Wort zu einer dieser Produktegruppen? – Damit sind Behörden und Stadtkanzlei und die entsprechenden Produktegruppen genehmigt.

Wir kommen zu den Anhängen Teil B (Anhang I – Kennzahlen und Kontrolltabelle, Anhang II – offene Motionen, Anhang III – Städtische Kommissionen und beratende Gremien).

Wünscht jemand das Wort? – Damit sind die Anhänge Teil B genehmigt.

Wir kommen zu den Anhängen Teil A (Grundlagen und Grundsätze der Rechnungslegung, Finanzanlagen, Eventualforderungen, Anlagenspiegel Finanzvermögen, Anlagenspiegel Gemeindehaushalt, Anlagenspiegel Verwaltungsvermögen, Anlagenspiegel Eigenwirtschaftsbetriebe, Finanzverbindlichkeiten, Leasingverträge, Rückstellungsspiegel, Eigenkapitalnachweis, Marktwertreserve, Übersicht der Departementssekretariate, Kontrolle der Investitionskredite, Abgerechnete Investitionskredite, Verpflichtungskredite Erfolgsrechnung, Beiträge an Dritte, Übersicht Verteilung Stadtratskredite, Verbindlichkeiten gegenüber Fonds im Fremdkapital/Legate, Ehrentafel Legate, Haushaltgleichgewicht, Kennzahlen, Beteiligungsspiegel, Gewährleistungsspiegel/Eventualverpflichtungen, Änderungen von Schätzungen und Korrektur von Fehlern).

Wünscht jemand zu einem dieser Anhänge das Wort? – Das ist nicht der Fall. Damit sind auch die Anhänge Teil A genehmigt.

Wir kommen zum Teil C (Erfolgsrechnung, Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen, Investitionsrechnung Finanzvermögen, Bilanz).

Wünscht jemand das Wort zum Teil C? – Dann ist auch der Teil C der Rechnung bewilligt. Damit haben wir die Detailberatung beendet.

Gibt es ein Votum im Rahmen einer Schlussdebatte?

Wir gehen in die Schlussabstimmung und gehen Ziffer für Ziffer vor wie in der Weisung vorliegend.

Ziffer 1: Wer die Jahresrechnung 2018 der Stadt Winterthur entsprechend den 4 Absätzen aus der Weisung genehmigen will, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit ist der Ziffer 1 einstimmig zugestimmt.

Ziffer 2: Wer der Ziffer 2 zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit ist der Ziffer 2 einstimmig zugestimmt.

Ziffer 3: Annehmen der Globalrechnung 2018 der Produktgruppen entsprechend der folgenden 3 Punkte. Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit ist der Ziffer 3 einstimmig zugestimmt.

Ziffer 4: Geschäftsbericht 2018. Wer diesem zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit ist der Ziffer 4 einstimmig zugestimmt und damit sind die Jahresrechnung und der Geschäftsbericht genehmigt.

6. Traktandum

GGR-Nr. 2019.64: Tätigkeitsbericht 2018/19 der Finanzkontrolle (Behandlung am 1. Juli)

Ratspräsident A. Geering: Das Geschäft wird am 1. Juli behandelt.

7. Traktandum

GGR-Nr. 2019.44: Jahresbericht 2018 der Ombudsstelle (Behandlung am 1. Juli)

Ratspräsident A. Geering: Das Geschäft wird am 1. Juli behandelt.

8. Traktandum

GGR-Nr. 2019.52: Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten

Ratspräsident A. Geering: Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten. Ich möchte an dieser Stelle auch Philip Glass begrüßen, der anwesend ist, und möchte Dich bitten, nach vorne zu kommen.

Vorgestellt wird der Geschäftsbericht von Urs Glättli.

U. Glättli (AK): Als Referent der Aufsichtskommission fällt mir die Aufgabe zu, das traktandierte Geschäft „Tätigkeitsbericht 2018 des Datenschutzbeauftragten“ kurz vorzustellen. Der Bericht datiert von Ende April und wurde daher rechtzeitig erstellt. Wir haben hier vom Bericht Kenntnis zu nehmen.

Er enthält einen kurzen Überblick des Geschäftsjahres, eine Zusammenfassung der wichtigsten Geschäfte und einen Ausblick und Anhang über die Geschäftsstatistik. Die Geschäfte sind geprägt durch die zunehmende Digitalisierung von Behörden und Verwaltung, wie beispielsweise Teilprojekte zu smart-city, Fragen zu Cloud-Diensten und das elektronisches Aburverfahren aus der städtischen Einwohnerkontrolldatenbank, um nur ein paar Beispiele zu

erwähnen. Im Weiteren gab es einen „Workshop Datenschutz für die Quartiervereine“ auf Einladung der städtischen Quartierentwicklung, bei dem Herr Glass Auskunft gab und für Fragen zur Verfügung stand. Audits, wie es das Gesetz eigentlich vorsehen würde, wurden wie im Vorjahr schon keine durchgeführt. Die Pendenzenlast nimmt tendenziell zu.

Speziell vermerkt sind drei Punkte, die es da doch kurz zu erwähnen gilt:

1. Eine ausgeschriebene Reaktion auf Voten im Plenum zur Wiederwahl vom November 2018;
2. Die konkrete Erwähnung der Kontaktaufnahme des Präsidenten der Aufsichtskommission, Felix Helg, mit dem Datenschutzbeauftragten betreffend einer unterbliebenen Pensumserhöhung;
3. Die ins Auge gefasste Neudisponierung der Aufgabenwahrnehmung des Datenschutzbeauftragten fürs laufende Jahr 2019. Dabei wird ausdrücklich vermerkt, dass im laufenden Jahr 2019 noch drei Audits an 6 Tagen durchgeführt werden, was während dreier Monate zulasten der Erfüllung der Tagesgeschäfte gehen werde.

Angesichts des herrschenden Settings ist es nicht weiter verwunderlich, dass der Bericht formal „pareto-mässig-korrekt“ abgefasst ist. In diesem Rahmen bleibt dem Datenschutzbeauftragten für seine Arbeit im Auftrag des Parlaments zu danken. Es ist eine wertvolle und wichtige Arbeit.

Die Aufsichtskommission beantragt mit 8:3 Stimmen die Abnahme des Berichts.

U. Glättli (GLP): Die grünliberale Fraktion schliesst sich dem Antrag der Aufsichtskommission an. Wir äussern an diesem Ort den Wunsch, dass aus dem eher angestregten Setting des Datenschutzbeauftragten ein befriedigender Ausgang gefunden werden kann.

R. Keller (SP): Auch die SP-Fraktion dankt dem Datenschutzbeauftragten sehr herzlich für seine Arbeit im Jahr 2018. Ich habe den Bericht mit grossem Interesse gelesen und bin auch immer wieder überrascht, welche unterschiedliche Themen da an den Datenschutzbeauftragten herangetragen werden und wie er mit diesen umgeht. Ich kann mir da jeweils gar nicht richtig vorstellen, was da alles kommen könnte. Und das zeigt ja auch, dass das Feld riesig ist und dass es insbesondere in grosser Bewegung ist. Der Bericht und die Liste der Dossiers, die der Datenschutzbeauftragte führt, geben einen guten Einblick in die Breite der Themen. Und nach wie vor ist die Anzahl der Dossiers, die er zu bearbeiten hat, sehr gross und sie wächst eigentlich immer und es gelingt nicht richtig, diese Zahl zu reduzieren.

Die Komplexität der Aufgaben wurde auch schon erwähnt. Ich glaube, wir wissen alle, dass die Themen, die Philip Glass zu bearbeiten hat, immer komplexer werden, dass die Stadt immer komplexer wird in der Verwaltung, dass überhaupt die ganze Welt mit der Digitalisierung immer komplexer wird und dass deshalb der Datenschutz auch eine ganz andere Dimension bekommen hat als er vielleicht früher noch hatte. Neue Fragestellungen müssen geklärt werden und insbesondere die Mitarbeitenden stehen auch immer wieder vor neuen Herausforderungen, bei denen sie eigentlich auch nicht so genau wissen, was gewisse Sachen in der Digitalisierung für sie eigentlich genau bedeuten und was für Auswirkungen sie auch für den Datenschutz haben. Stichworte dazu sind Smart City, Strategie oder Cloud-Computing oder auch z.B. bei Stadtwerk.

Wie gesagt, wir haben diesen Bericht zur Kenntnis genommen und wir finden die Arbeit des Datenschutzbeauftragten sehr wichtig.

Wir haben schon gehört: In seinem Ausblick weist der Datenschützer auf die mangelnden Ressourcen hin. Auch das ist ein Thema, das seit längerem bekannt ist. Und wie gesagt: Die Dossiers, die er führt, nehmen nicht ab, sondern eigentlich immer zu und es gelingt nicht, die Aufgaben, die er hat, in diesen Stellenprozenten zu bewältigen. Er weist auch hin auf den Entscheid der AK, dass die AK sagte, dass im Moment das Pensum nicht aufgestockt werden solle oder könne. Und Urs hat es schon gesagt vorher: Er hat deshalb beschlossen, die Beratungstätigkeit, die eine seiner wichtigen Aufgaben ist, zugunsten dieser Schulungen und Audits einzuschränken. Diese Entscheidung darf er selbstverständlich so treffen, da können wir uns als Gemeinderat oder als Aufsichtskommission nicht einmischen. Er darf die Priorität so setzen.

Allerdings waren wir etwas irritiert über die Art der Kommunikation. Wir finden es nicht sehr geeignet, in einem Geschäftsbericht solche Sachen in einer solchen Tonalität anzubringen. Wir würden es bevorzugen, wenn man die persönliche Kommunikation suchen würde und dass man unterschiedliche Einschätzungen von Prioritätensetzungen und von Ansichten über die Arbeitserfüllung doch eher in einer anderen Art und Weise versucht zu lösen als in einem Geschäftsbericht, der an den Gemeinderat und an eine breite Bevölkerung geht.

B. Huizinga (EVP): Die EVP-Fraktion nimmt den Tätigkeitsbericht vom Datenschutzbeauftragten zur Kenntnis und bedankt sich. Unsere Kritik an der Ausführung der Aufgabe haben wir im Rahmen der letzten Budgetdebatte kundgetan und ich wiederhole sie an dieser Stelle nicht. Zielvorgaben sind da, um erreicht zu werden. Wenn das nicht der Fall ist, muss mit der Aufsichtskommission aktiv ein Dialog zur Begründung geführt werden. Es ist wichtig, dass die Mitglieder des Parlaments, insbesondere diejenigen der zuständigen Kommission (in diesem Fall die AK) wissen, wieso warum und weshalb etwas in der Arbeitsausführung gemacht, vernachlässigt oder sogar unterlassen wird. Sonst ist die politische Akzeptanz nicht gegeben. Wir sind – und das darf ich glaube ich behaupten – als Kommissionsmitglieder geschlossen gewillt, unseren Teil dieses Dialogs zu erfüllen. Und auf die weitere Zusammenarbeit sind wir gespannt.

Ch. Griesser (Grüne/AL): Die Fraktion Grüne/AL bedankt sich für den schlanken Bericht des Datenschutzbeauftragten. Wie wir alle wissen, hat er ein Pensum von 30%. Es ist wichtig, dass man das weiss, denn mir scheint es wichtig, dass er nicht zu viel Zeit in seinen Jahresbericht investiert, sondern sich mit den Fällen befasst. Erwähnenswert im Bericht ist meiner Ansicht nach einerseits der Vortrag über Datenschutz, den er bei Quartiervereinen gehalten hat. Er hat dort mit den Anwesenden Fragen zu Themen wie Publikation von Bildern in Quartierzeitungen, Publikation von Bildern in sozialen Medien, Umgang mit fotografischem Material und auch die Frage vom Umgang mit Personendaten diskutiert. Das dünkt mich sehr gut und es wäre vielleicht auch interessant, wenn wir das als Partei einmal geniessen können. Zudem fallen sicherlich die kritischen Worte des Datenschützers gegenüber seinen Kritikern und gegenüber der Aufsichtskommission auf. Die Fraktion Grüne/AL ist nicht grundsätzlich gegen eine Pensumsaufstockung, allerdings müsste der Datenschützer, damit eine Pensumsaufstockung gewährt werden kann, doch klar aufzeigen, was der Grosse Gemeinderat als sein Arbeitgeber dafür bekommt. Genau das ist zurzeit eben nicht restlos klar. Aber genau diese Diskussion gehört meiner Ansicht nach nicht hier in den Rathaussaal, sondern diese würden wir besser in der Aufsichtskommission führen. Ich weiss nicht genau, wie der Datenschützer die Beziehung zwischen der Aufsichtskommission und ihm bezeichnen würde. Ich habe – neutral betrachtet – schon das Gefühl, bei einer Ehe würde man von einer gewissen «Zerrüttung» sprechen. Nichtsdestotrotz, wir danken wirklich für die Arbeit, die er geleistet hat im 2018, und nehmen den Bericht so ab.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir haben uns wie Christian auch über die schlanke und schlichte Form des Jahresberichtes gefreut. Das war es dann aber auch schon mit der Freude. Bei der Lektüre, abgesehen vom Bericht über die Tätigkeit, der neutral abgefasst war, fängt das Erstaunen und Befremden bei uns an. Und das sind vermutlich noch nette Bezeichnungen. Da wird die AK angegriffen und indirekt auch der Gemeinderat, und das kurz nach der Wiederwahl für 4 Jahre. Selbst wenn die AK aus Sicht des Datenschutzbeauftragten etwas falsch macht, so erwarten wir doch, dass er seine Arbeit und seine Kommunikation selbstkritisch reflektiert. Für eine Erhöhung des Pensums wollen wir, wie es auch Christian ähnlich angetönt hat, mehr Informationen oder ein Konzept mit nachvollziehbaren, transparenten, fundierten Argumenten und Begründungen. Und was hilft, wäre ein Vergleich mit anderen Datenschutzstellen. Das haben wir bis jetzt nicht gesehen. Wir von der CVP/EDU sind für eine weitere konstruktive Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten, wir nehmen auch den Tätigkeitsbericht zustimmend zur Kenntnis, und freuen uns, wenn unsere Punkte aber doch auf einen guten Boden fallen.

U. Hofer (FDP): Ich kann mich im Kern den Aussagen meiner Vorrednerinnen und Vorredner anschliessen, dass einzelne Aussagen im Tätigkeitsbericht (ich glaube, das kann man so sagen) bei allen Parteien für ein gewisses Befremden gesorgt haben oder eine «Zerrüttung der Ehe», das ist glaube ich mittlerweile klar. Es erscheint mir auch der falsche Weg, dass diese Diskussion öffentlich ausgetragen wird. Aber wenn man das natürlich öffentlich in einem Bericht bringt, muss man erwarten, dass man dann auch öffentlich dazu etwas hört. Aber auch wir möchten vorab dem Datenschutzbeauftragten danken für die geleistete Arbeit, gerade bei den einzelnen Dossiers, da die gesamte Stadtverwaltung wirklich auf eine funktionierende Zusammenarbeit mit dem Datenschutzbeauftragten angewiesen ist, um neue Projekte, und gerade Projekte, die datenlastig sind, von Anfang an richtig und korrekt vorantreiben zu können. Wir glauben und hoffen eigentlich auch, dass diese Zusammenarbeit, die bis dato gut funktioniert hat, und darauf soll man auch aufbauen. Und gerade vor diesem Hintergrund möchte ich auf einen Punkt hinweisen, den ich doch fragwürdig finde. Wir haben es gehört, der Datenschutzbeauftragte plant anscheinend, die Bearbeitung von Dossiers zugunsten von Audits und Schulungen zurückzustellen. Das ist ok, soweit kann er als unabhängige Stelle auch darüber entscheiden und wir können ihm keine Vorgaben machen. Dass es dann aber gleich 3 pro Jahr sein sollen und während 3 Monaten die Dossiers quasi nicht mehr bearbeitet werden sollen, irritiert mich dann doch ein bisschen. Die Aufsichtskommission hat sich meines Wissens nie dagegen gewehrt, dass man solche Audits macht. Es ist auch im Tätigkeitsbericht 2015 zum 1. und meines Erachtens einzigen Mal thematisiert worden, dass man gerne so ein Audit macht. Die AK hat sich nicht dagegen gewehrt – und es ist nie passiert. Vor diesem Hintergrund fragen wir uns schon und würden es sehr begrüessen, wenn man das neue Gebiet zuerst mit einem Audit bearbeitet, dann aus den Erfahrungen lernt und schaut, wie man sich langsam vortastet, bevor man sich 3 Monate einfach zurückzieht, um diese Mission zu verfolgen. Das wäre mein grosser Wunsch für die Zukunft, besten Dank.

M. Reinhard (SVP): Die SVP-Fraktion nimmt den Jahresbericht des Datenschutzbeauftragten ablehnend zur Kenntnis.

Inhalt und Art des Jahresberichtes haben uns sehr erstaunt und zugegebenermassen auch verärgert. Der wesentliche Punkt dabei ist, dass der Datenschutzbeauftragte seinen Jahresbericht für eine Abrechnung mit einzelnen Parteien und der Aufsichtskommission missbraucht. Das steht ihm schlicht nicht zu. Weiter beklagt er in seinem Bericht, dass er der SVP-Fraktion nach seiner Wiederwahl im November ein Angebot gemacht hätte, mit uns über die Gründe unseres Unmutes und unserer Kritik an seiner Arbeit zu sprechen. Tatsache ist, dass es nie eine formelle Einladung zu einem Gespräch mit unserer Fraktion gegeben hat. Im Weiteren liest sich dieser Jahresbericht wie eine Trotzreaktion, die jegliches politisches Gespür vermissen lässt. Er teilt uns mit, dass er beschlossen hat, seine Beratungstätigkeit zugunsten von Audits und Schulungen zurückzufahren. Er sortiert die eingehenden Anfragen künftig strenger und wird den anfragenden Stellen mitteilen, dass ihre Anfrage während Wochen nicht bearbeitet wird. Zum anderen benutzt er dann diese Zeit künftig (3 Monate pro Jahr) für Audits und schränkt deshalb die Beratungstätigkeit auf Notfälle ein. Dieses trötzliche Vorgehen ist für uns inakzeptabel.

Es erscheint uns nämlich unglaubwürdig, dass der Datenschutzbeauftragte gerade jetzt vermehrt seine grosse Liebe und Pflicht zu Audits entdeckt hat und uns jetzt weismachen will, dass das zu seinen absolut wichtigsten Aufgaben gehört und er dafür seine anderen Sachen einschränken muss. Da fragen wir uns schon, warum denn die wichtigen Audits in den letzten Jahren kein solch grosses Thema waren und nicht im Fokus der Arbeit standen.

Mit grossem Erstaunen müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass er seine gesetzliche Basisarbeit zugunsten dieser Audits einschränkt, aber einige Zeilen weiter unten bemängelt, dass ihm für seine gesetzlichen Aufgaben zu wenig Zeit zur Verfügung stehe. Irgendwie beisst sich die Katze da in den Schwanz.

Wir finden den Tätigkeitsbericht nicht akzeptabel. Wir würden ihn zurückweisen, was wir nicht können. Deshalb nehmen wir ihn ablehnend zur Kenntnis.

F. Helg (AK): Ich ergreife das Wort in meiner Funktion als Präsident der AK. Ich bin ja da im Bericht noch persönlich erwähnt. Ich möchte mich natürlich dem Dank für die Tätigkeit von Philip Glass anschliessen, für seine Arbeit im vergangenen Jahr. Ich habe zwei Sachen, die ich hier sagen möchte: Mit der Pensumsfrage hat sich die AK seriös auseinandergesetzt. Wir haben die Frage, ob das Pensum erhöht werden soll, entkoppelt von der Frage der Wiederwahl im letzten Herbst. Und wir haben dann befunden, dass wir das erst nachher machen wollen. Wir haben im Januar dann den Beschluss gefasst, das war ein politischer Entscheid, dass die AK zurzeit (Stand Januar 2019) die Pensumsfrage nicht weiter behandeln möchte. Zweitens noch eine Bemerkung zur Berichterstattung. Die AK hat sich auch seriös mit der Berichterstattung vom Datenschutzbeauftragten auseinandergesetzt. Die AK weiss auch, dass der Datenschutzbeauftragte unabhängig ist. Allerdings ist es auch so, dass diese Berichterstattung sich in einem politischen Kontext bewegt. Die Freiheit der Berichterstattung korreliert mit der Verantwortung für den Inhalt der Berichterstattung. Man muss ja auch Antwort geben, wenn da Fragen kommen. Wenn Philip Glass im Bericht schreibt, sein Tätigkeitsfeld so auszurichten, dass die Beratungstätigkeit zugunsten von Audits zurückgefahren wird, so muss er sich berechtigterweise die Frage gefallen lassen, wie das Dienstleistungsangebot dann zukünftig aussieht. Ein Dienstleistungsangebot, auf das ja auch die Stadtverwaltung einen gewissen Anspruch hat, dass man das intern prüfen kann und nicht extern einholen muss.

Ratspräsident A. Geering: Wünscht der Stadtrat das Wort?

Stadtpäsident M. Künzle: Nein.

Ph. Glass: Zuerst einmal Merci für die Kenntnisnahme meines Berichtes und auch an die, die mir gedankt haben für die Arbeit, die – wie erwähnt wurde – nicht weniger wird, sondern eher mehr. Sie haben es sicher auch im Bericht gelesen. Im Moment ist gerade sehr viel los. Ich habe heute das Dossier Nr. 65 eröffnet, und das nach knapp einem halben Jahr. Wenn Sie zurückschauen in der Tabelle im Jahresbericht, war im Jahr 2014 die Gesamtanzahl der Dossiers im ganzen Jahr bei 64 Anfragen.

Zur SVP-Fraktion: Ich habe es ja schon gemerkt bei der Debatte, als es darum ging, in welche Lohnklasse künftige NachfolgerInnen von mir eingeteilt werden sollen. Schon dort kam ein bisschen heraus, dass Sie offenbar der Meinung sind, dass meine einzige gesetzliche Aufgabe die Beratung der Stadt ist. Und das ist so nicht richtig. Es ist so, dass die Audits genauso eine gesetzliche Aufgabe der Datenschutzbehörde sind wie die rechtliche Beratung von Behörden und von Privaten. Schulungen sind genauso eine gesetzliche Aufgabe wie die Beratung.

Wieso ich keine Audits gemacht habe bisher, das war, weil ich schlichtweg keine Zeit hatte. Und ich bin davon ausgegangen, dass man einmal darüber diskutieren wird und merken wird, dass es offensichtlich nicht möglich ist, wenn man weiss, wie gross der Aufwand für ein Audit ist, im gegebenen Rahmen Audits durchzuführen. Insofern kann man das als trotzig anschauen, aber man kann das auch so sehen: Es geht einfach nicht anders, wenn ich irgendwann einmal alle meine Aufgaben erfüllen will - dann muss ich das halt so machen.

Ich habe jetzt gehört, dass Sie finden, es sei ein bisschen zu viel. Ich bin einverstanden, da war ich vielleicht ein bisschen übereifrig. 3 Audits pro Jahr sind vermutlich nicht machbar, v.a. wenn die hohe Zahl von Anfragen so weiter steigt oder auf diesem hohen Level bleibt. Ich werde schauen, dass ich in diesem Jahr noch ein Audit hinbekomme. Und im nächsten Jahr werde ich dann sehen, was möglich ist aufgrund der Mittel, die mir zur Verfügung stehen. Danke vielmals.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Antrag auf ablehnende Kenntnisnahme. Wer diesem Tätigkeitsbericht zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Wer diesen Tätigkeitsbericht ablehnend zur Kenntnis nimmt, soll das bezeugen durch Handerheben.

Enthaltungen?

Damit haben Sie den Bericht mit grosser Mehrheit zustimmend zur Kenntnis genommen.

9. Traktandum

GGR-Nr. 2018.8: Antrag und Bericht zur Motion G. Stritt (SP), K. Gander (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP), K. Cometta (GLP) und Ch. Magnusson (FDP) betr. Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter

Ratspräsident A. Geering: Antrag und Bericht zur Motion betreffend Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter. Das Geschäft wird von der Kommissionsreferentin Lilian Banholzer vorgestellt.

L. Banholzer (BSKK): Die Motion betreffend Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter wurde im Januar 2018 eingereicht und ist im Juli 2018 überwiesen worden. Sie fordert den Stadtrat auf, Massnahmen vorzuschlagen, wie die Attraktivität von der Kinderbetreuung (Kita) für den Mittelstand finanziell verbessert werden und wie die soziale Durchmischung besser gewährleistet werden kann.

Das Ziel ist eine Überprüfung der Kita-Verordnung seit 2015. Diese hat mit der Einkommenslimite dazu geführt, dass hauptsächlich Mittelstandsfamilien keine Beiträge für die Betreuung mehr bekamen und sich die Betreuung, gerade bei mehreren Kindern, nicht mehr leisten konnten. So wurde auch die soziale Durchmischung schlechter geworden und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eingeschränkt worden.

In dieser Grafik sehen wir deutlich, dass bei den untersten Einkommensklassen die Anzahl von den subventionierten Familien gestiegen ist. In den höheren Einkommensklassen hingegen stagniert sie oder ist sogar gesunken.

Mit der Motionsantwort macht der Stadtrat einen Vorschlag, wie die geforderten Ziele erreicht werden können. Er hatte noch keine Kenntnis von der zweiten Motion betreffend Praktika im Kitas. Die Weisung, wie sie vorliegt, sieht folgende Veränderungen in der Kita-Verordnung vor:

Im Artikel 7 ist es so geändert, dass Kitas mit einer Leistungsvereinbarung mit der Stadt überhaupt keine unabhängigen Praktika vor Lehrbeginn anbieten müssen. Das Ziel dieses Vorschlages war die Erhöhung der Qualität in den Kitas, weil sie besser ausgebildetes Personal beschäftigen.

Die 2. wesentliche Änderung betrifft das Einkommen im Artikel 15. Einkommen und Vermögen dürfen neu 100'000 Fr. anstatt bisher 75'000 Fr. Und das Ziel von diesem Vorschlag ist bessere Durchmischung, weil auch für besser situierte Familien wieder eine Entlastung möglich ist.

Im Gespräch mit Kita-Betreibern, Motionärinnen und DSS hat sich dann gezeigt, dass ohne die Möglichkeit von Praktika für die Kitas bedeutend höhere Kosten entstehen und das damit möglicherweise auch weniger Kinderbetreuung geleistet werden könnte. Eine Regelung der Praktika, wie sie die Motion, die dann eben später eingereicht wurde, vorgesehen hat, konnte man sich als möglichen Kompromiss vorstellen. Und diese Motion fordert, dass Praktikas bei Kitas, die eine Leistungsvereinbarung haben mit der Stadt, reglementiert werden. Und zwar in der Art, dass nicht mehr PraktikantInnen eingestellt werden sollen, als Lehrstellen verfügbar sind. Ebenso, dass Praktika nur 12 Monate dauern sollen und nach 5 Monaten die PraktikantInnen auch wissen, ob sie diese Lehrstelle erhalten oder nicht. Ausserdem wird auch 1 Schultag pro Woche gefordert.

So ist bei der Beratung in der BSKK die Regelung, die die 2. Motion vorschlägt, bevorzugt worden, und die BSKK hat ihren Kommissionsantrag jetzt mit dem Artikel zu den Praktika angepasst.

Im Artikel 7 zu Qualität und Wirtschaftlichkeit wird im Absatz 2 noch der Begriff «Betreuungseinrichtungen», wie es bisher hiess, präzisiert und durch «Kindertagesstätten» ersetzt. Und im Absatz 3 steht, dass Kindertagesstätten mit einer Leistungsvereinbarung höchstens 1 Praktikumsplatz pro Erstlehrlernenden anbieten dürfen. Denn grundsätzlich ist der Beruf

offen für Schulabgängerinnen und -abgänger auch ohne Praktikum. Deshalb soll man Praktika nicht dazu benützen, um einfach günstiges Personal rekrutieren zu können, sondern wirklich auch als Vorbereitung auf eine anschliessende Lehre.

Die Ausführungsbestimmungen zu diesem Absatz erlässt dann der Stadtrat. Sie sollen in der Art sein, wie ich es vorhin gesagt habe: Maximaldauer, dass Lernende nach 5 Monaten wissen, ob sie eine Lehrstelle bekommen, Schultag und weitere Bestimmungen.

Der Artikel 15, das ist der mit der finanziellen Limite, der bleibt gleich wie er in der Weisung war. Anspruch auf einen Beitrag haben alle Erziehungsberechtigten, bei denen Einkommen und Vermögen gemäss Artikel 13 der Verordnung 100'000 Fr. nicht übersteigt. Mit diesem Artikel möchte man erreichen, dass auch der Mittelstand wieder Beiträge zur Betreuung der Kinder erhält und sie bessere Bedingungen haben, um Familie und Beruf zu vereinbaren. Ausserdem soll die Durchmischung in den Betreuungsstätten auch wieder verbessert werden damit. Davon profitieren nicht zuletzt die benachteiligten Kinder. Und das Anliegen ist auch aus Sicht der Frühförderung gerechtfertigt.

In der Beratung in der BSKK haben wir auch die Kostenfolgen noch thematisiert. Die Mehrkosten sind sehr schwierig vorhersehbar, das Departement konnte keine genaue Prognose machen. Klar ist: Je tiefer die Elternbeiträge, umso mehr Betreuungstage werden nachgefragt. Man weiss aber nicht, wie viele Familien mit den höheren Einkommenslimiten neu beitragsberechtigt wären. Im Budget 2020 sind aber 2.5 Mio. Franken zusätzlich eingestellt. Schliesslich noch der Artikel 20 mit den Übergangsbestimmungen, so dass die Kitas auf Zeit haben, zum sich auf die neuen Vorgaben einzustellen. Das Inkraftsetzungsdatum ist in der Weisung 1. August 2019. Der Antrag der BSKK schlägt den Inkraftsetzungstermin auf den 1.1.2020 vor.

Soweit die Vorstellung des Geschäftes.

L. Banholzer (EVP): Die EVP trägt beide Änderungen vom Artikel 7 und 15 mit. Praktika in den Kindertagesstätten sind eigentlich quer in der Bildungslandschaft und eine Ausnahme. Junge Frauen v.a. machen häufig mehrere Praktika, immer in der Hoffnung, dass sie dann auch eine Lehrstelle bekommen. Das ist eigentlich eine Ausnützung der Jugendlichen und bringt auch ein Qualitätsproblem mit sich, da junge Leute ohne Ausbildung in einem verantwortungsvollen Beruf tätig sind und hohen Ansprüchen genügen müssen.

Um die Kita-Kosten aber doch nicht so extrem steigen zu lassen, wenn gar keine Praktika mehr zugelassen werden, finden wir die vorgeschlagene Lösung zielführend und auch den jungen Menschen gegenüber gerecht.

Die höheren Einkommenslimiten für die Kita-Beiträge sind in unseren Augen wichtig für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Durchmischung. Davon profitiert schlussendlich auch die Gesellschaft. Man hat mehrfach nachgewiesen, dass für das Geld, das in Kinderbetreuung gesteckt wird, ein Mehrfaches an Geld zurückkommt durch höhere Steuereinnahmen und höhere Sozialabgaben und weitere Effekte.

K. Gander (Grüne/AL): Der Stadtrat hat erfreulicherweise unsere Anregungen aufgenommen und sich für eine Erhöhung der Subventionsberechtigung zuhanden der Mittelstandseltern ausgesprochen, was von unserer Fraktion sehr begrüsst wird. Diese Erhöhung wird etwas kosten (wie viel genau, wissen wir noch nicht), aber gut qualifizierte Frauen können im Beruf bleiben, die Kindergruppen in den Kitas (das haben wir gehört) sind heterogen zusammengesetzt und alle Kinder haben eine bessere Chance auf einen gelingenden Eintritt in ihre Schulkarriere. Und wir kennen sie alle, diese Studie, wir haben sie auch hier drinnen schon oft zitiert: Wenn es klappt, dass die Kinder gut vorbereitet eingeschult werden, ist viel gelungen und auch viel gespart.

Weiter haben wir uns in diesem Kontext auch intensiv über das Thema Betreuungsqualität ausgetauscht und insbesondere mit der Fragestellung bezüglich PraktikantInnen, die ja auch in der folgenden Motion thematisiert wird, vertieft auseinandergesetzt. In diesem Rahmen hat auch eine Diskussion und ein Austausch mit den Kita-Vertreterinnen und -Vertretern stattgefunden, gemeinsam mit uns Motionärinnen und der Verwaltung. Und ich denke, was wir jetzt

auf dem Tisch haben, ist ein pragmatischer Konsens, mit dem auch alle arbeiten können. Die genauen Eckpunkte hast Du, Lilian, schon erläutert.

Die Fraktion Grüne/AL ist der Ansicht, dass mit diesen Verbesserungen und auch Erneuerungen viel erreicht worden ist für die Familien, für die Frauen, die eher im Beruf bleiben können. Für Chancengerechtigkeit, aber auch für heterogene Gruppen, und auch für junge Menschen, die eine FaBe-Lehrstelle wollen und mit den Erneuerungen nicht mehr als günstige Arbeitskraft werden können, sondern auch die nötige Planungssicherheit mit auf den Weg bekommen.

Und ja, diese Verbesserungen werden uns etwas kosten, aber an anderer Stelle lässt sich auch wieder viel einsparen und da ist ein Blick über den Tellerrand sicher hilfreich.

G. Gisler (SVP): Die SVP-Fraktion stellt den Antrag, dass die Einkommensobergrenze (gemäss Art. 15 Abs. 1) auf 90'000 Fr. festgelegt werden soll, nicht wie es der Stadtrat in seiner Weisung auf 100'000 Fr. vorschlägt.

Zur Begründung: Mit der Erhöhung von der Einkommensobergrenze von bisher 75'000 Fr. auf neu 100'000 Fr. liegt ein Aufschlag von einem Drittel respektive 33.3% vor oder es entspricht einem höheren Einkommen von 2'080 Fr. pro Monat. Diese massive Erhöhung erachten wir als viel zu hoch und das entbehrt eigentlich jeder Grundlage.

Bei unserem Antrag mit einer Einkommensobergrenze von 90'000 Fr. liegt immer noch eine Erhöhung um 1/5 respektive 20% oder 1'250 Fr. Mehreinkommen pro Monat vor. Mit dieser Erhöhung können wir gerade noch leben im Sinne eines Kompromisses mit der Gegenseite. Eigentlich steht die SVP-Fraktion einer Erhöhung sehr kritisch gegenüber und wir befürworten eigentlich eine Erhöhung nicht. Mit der auswärtigen Kinderbetreuung beziehen die Eltern eine Dienstleistung und diese soll grundsätzlich von den beanspruchenden Personengruppen bezahlt werden.

Zusätzlich sind im Kanton Zürich Steuerabzüge pro fremdbetreutes Kind von 10'000 Fr./Jahr möglich. Mit diesem Abzug ist der Kanton Zürich bereits sehr gut positioniert.

Was mir bei der Behandlung dieses Geschäftes in der Kommission besonders sauer aufgetossen ist, ist dass auf die Fragen nach möglichen Kostenfolgen einer Erhöhung der Einkommensgrenze das DSS keine Hochrechnung vorlegen wollte. Das DSS hat ausweichend geantwortet, dass eine mögliche Prognose wegen der Parameter nicht möglich sei. Für uns klar eine Ausrede. Es ist für uns nachvollziehbar, dass mit einer Hochrechnung nur ein Trend simuliert werden kann. Aber gerade solche verschiedenen Szenarien wären für ein Aufzeigen von möglichen (Kosten-)Folgen aufschlussreich gewesen. Stattdessen müssen wir nun einfach aufs Blaue hinaus einer Krediterhöhung zustimmen. Unseres Erachtens ist das DSS bei dieser Frage in der Kommission seiner Verpflichtung nicht nachgekommen. Übrigens hat auch die GLP nach einer solchen Hochrechnung gefragt.

Im Weiteren ist noch anzumerken, dass sich die heutige Änderung nicht mit der Situation von der Inkraftsetzung der damaligen Kita-Verordnung per 1.1.15 vergleichen lässt. Am 1.1.15 wurde die neue Berechnungsgrundlage geändert, wodurch für die Beiträge an das steuerbare Einkommen gekoppelt wurden. Damals hat eine Bereinigung stattgefunden, welche kurzfristig zu Mindersubventionen führte. Aber es gab da auch Situationen, bei denen die Eltern es mit der Angabe ihres Einkommens nicht so genau genommen hätten, und deshalb gab es dann eine ziemliche Bereinigung. Aber mittlerweile ist ja das auch wieder ausgeglichen.

Somit stellen wir den Antrag für Artikel 15.

Was Artikel 7 anbelangt, die PraktikantInnen in den Kindertagesstätten, da können wir uns anschliessen.

S. Kocher (GLP): Danke, Lilian, für das Vorstellen dieses Geschäftes. Eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist keine Maximalforderung, sondern ganz im Gegenteil. Es ist eine Mindestanforderung. Das gilt für Familien aus allen Einkommensklassen. Daher kann es nicht das Ziel sein, dass heute eine Mehrheit der Mittelstandseltern wenig oder gar keine Subventionen mehr erhält und sich somit die Kosten für eine gute Kinderbetreuung – insbesondere bei mehreren Kindern – nicht mehr leisten kann und im Arbeitsumfeld fehlen. Daher ist eine Anpassung der Grenze für subventionierte Krippenplätze von heute 75'000 Fr. auf 100'000

Fr. eine dringliche Notwendigkeit. Dabei scheint uns der Schritt auf 100'000 Fr. der richtige zu sein. Eine Erhöhung auf lediglich 90'000 Fr. wäre ein zu schwaches Zeichen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Das Ziel der Motionärinnen ist klar, den Mittelstand zu entlasten. Dass gleichzeitig die tieferen Einkommen ebenfalls entlastet werden, ist ein willkommener, aber ebenfalls wichtiger Nebeneffekt.

Dass diese Entscheidung Kostenfolgen nach sich zieht, das verstehen wir. Die Stadtverwaltung geht von zusätzlichen 2.5 Mio. Franken aus. Diesmal leider oder seltsamerweise ohne entsprechende Studie. Das Unschöne daran: Eine exakte Prognose gibt es nicht. Diese Zahlen basieren lediglich auf dem Bevölkerungswachstum. Demografie, Quartierentwicklung, Bedarfsanalyse, Erfahrungswerte etc. wurden gar nicht erst angeschaut. Wie sich die Nachfrage entwickelt, ist rein spekulativ. Trotzdem ist es die richtige Investition in die Zukunft. Es darf davon ausgegangen werden, dass durch die Vereinbarkeit mehr Berufseinkommen generiert werden wird, und davon wird der gesamte Steuerhaushalt von Winterthur mittelfristig profitieren.

Die Motion hat per Kommissionsantrag auch zum Ziel, dass zukünftige Praktikumsplätze für Kitas mit Leistungsvereinbarung nur noch in dieser Anzahl angeboten werden dürfen, wie eine Anschlusslösung (also ein Lehrvertrag) zugesagt werden kann. Hintergrund ist, dass viele Kitas PraktikantInnen zur Minderung der Betreuungskosten eingesetzt haben. Dass dieser Missstand ebenfalls angepasst wird, ist absolut richtig. Und dass der Stadtrat nun im Rahmen der Überarbeitung der Verordnung diese Spielregeln zum Schutz der PraktikantInnen regelt, unterstützen wir entsprechend. Auch wenn es grundsätzlich nicht mehr notwendig ist, dass vor einem Lehrantritt ein Praktikum gemacht werden muss, anerkennen wir da die gängige Praxis, welche sowohl für den Lehrbetrieb wie auch für die PraktikantInnen Vorteile haben kann, auch wenn daraus faktisch aus einer dreijährigen Lehrzeit eine vierjährige entsteht. Wichtiger ist da der Schutz dieser jungen Menschen. Der Umstand, dass wenn sie gemäss gängiger Praxis ein Praktikum machen müssen oder können, sie schnell eine Zusage für eine berufliche Ausbildung und damit Gewissheit erhalten. Deshalb unterstützen wir den Kommissionsantrag von Artikel 7, der da den entsprechenden gesetzlichen Rahmen schafft.

Ebenfalls unterstützen wir die Inkraftsetzung per 1.1.2020, da der ursprüngliche Termin vom 1.8. leider nicht mehr gehalten werden kann.

Zusammengefasst: Die GLP stimmt den 100'000 Fr., dem PraktikantInnen-Zusatz Art. 7 Abs. 3 und der Inkraftsetzung per 1.1.2020 zu.

G. Stritt (SP): Die SP-Fraktion ist erfreut, dass der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat die Erheblicherklärung dieser Motion vorschlägt oder beantragt. Und ebenfalls begrüssen wir die vorliegende Umsetzungsvorlage inklusive der Änderungen. Dass die Höchstbeiträge von Einkommen und Vermögen für subventionierte Kita-Plätze angehoben werden, erachten wir als sinnvoll und positiv. Die Anpassung, wie wir es mehrmals gehört haben, kommt v.a. auch den Erziehungsberechtigten zugute, die ein mittleres Einkommen haben. Sie waren es nämlich auch, die durch die Reduktion bei der Verordnung per 1.1.2015 mehr belastet wurden. Und vielleicht einfach zur Erinnerung: Wir hatten früher auch höhere Einkommenshöchstbeträge. Es ist jetzt nicht etwas ganz Neues. Abgesehen davon, dass andere Städte z.T. noch höhere Höchstbeträge haben.

Nach wie vor müssen die Eltern einen ziemlich hohen eigenen Beitrag zahlen für die Betreuung ihrer Kinder. Trotzdem geht die Vorlage in die richtige Richtung. In einer Zeit, in der die Vereinbarkeit von Beruf und Familie eine Selbstverständlichkeit sein sollte, müssen die Kosten für die familienergänzende Kinderbetreuung so attraktiv sein, dass sich die Erwerbstätigkeit auch aus finanzieller Sicht lohnt. Wie wir schon gehört haben, ist das auch aus wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Sicht sinnvoll. Wenn mehr Eltern berufstätig sind, hat das positive Auswirkungen auf die Steuern, auf die Sozialversicherungen und es führt auch zu tieferen Sozialhilfekosten. Und nicht zuletzt haben berufstätige Frauen in der Arbeitswelt auch bessere berufliche Entwicklungsmöglichkeiten.

Alle diese Gründe rechtfertigen auch die Mehrkosten, die die Erhöhung dieser Einkommensgrenze bringen wird, denn schlussendlich werden sie gegenfinanziert. Zudem sind höhere Investitionen in die Kinderbetreuung im Vorschulalter auch eine gute Investition in eine bessere

Vorbereitung auf den Kindergarteneintritt und letztlich für eine positive Entwicklung der Kinder.

Dass der Stadtrat plant, die Erhöhung von diesem städtischen Beitrag (der in der Kompetenz des Stadtrates liegt) zu prüfen, das freut uns. So müssen Eltern zusätzlich zum Mindestbeitrag hoffentlich bald keine weiteren Kosten mehr leisten. Das gibt den Erziehungsberechtigten auch mehr Wahlmöglichkeit, da die meisten Betreuungen in dem Sinn einen identischen Preis haben. Und so kann man auch der sozialen Entmischung, die man in den letzten Jahren sah, entgegenwirken.

Der Vorschlag des Stadtrates liefert eine qualitative Verbesserung. Wir haben die Situation der Praktika neu geregelt, das begrüßen wir sehr. Die ursprüngliche Version, dass Kitas, mit denen die Stadt eine Leistungsvereinbarung hat, gar keine unabhängige Praktika mehr anbieten dürfen, ist zwar längerfristig als Ziel anzustreben, ist aber im Moment für den Betrieb nicht umsetzbar. Es ist deshalb sinnvoll gewesen, diese Forderung zu überdenken und auch die entsprechenden Anpassungen vorzunehmen, so dass der Vorschlag jetzt dem Inhalt der Motion 2018.110 entspricht, der von meiner Kollegin Regula Keller zusammen mit den Fraktionen Grüne/AL und EVP eingereicht wurde.

Bei dieser Weiterentwicklung hat man sowohl die betroffenen Betreuungseinrichtungen wie auch die Motionärinnen einbezogen. Der vorliegende Nachtrag oder dieser Vorschlag ist das Resultat von einem gelungenen Prozess aus meiner Sicht.

Es ist uns wichtig, dass in den Kitas von Winterthur nur noch so viele Praktikumsplätze angeboten werden, wie auch Lehrstellen zur Verfügung stehen. Im Moment stehen nämlich 42 Erstlehjahrstellen 73 Praktikumsplätzen gegenüber. Das bedeutet, 31 dieser Personen, die ein Praktikum machen, haben keine Aussicht auf einen Ausbildungsplatz. Mit dieser neuen Regelung und dem ergänzenden Absatz 3 im Artikel 7 der Verordnung ist vorgegeben, dass nur noch so viele Praktikumsplätze angeboten werden dürfen, wie es auch Ausbildungsplätze hat.

Wie wir auch schon gehört haben, verhindert das, dass v.a. junge Frauen als billige Arbeitskräfte über mehrere Jahre zu einem tiefen Lohn arbeiten müssen und trotzdem keine Garantie haben, jemals eine Ausbildung absolvieren zu können. Diese Regelung wird übrigens auch vom Branchenverband der Kitas befürwortet und in verschiedenen Kantonen sind diesbezüglich auch Vorstösse in dieser Richtung im Gang.

Die weiteren Ausführungsbestimmungen sollen im Kita-Reglement, für das auch der Stadtrat zuständig ist, festgehalten werden. Uns ist es wichtig, dass diese Praktika wirklich befristet sind auf 12 Monate und dass man nach 5 Monaten als junger Mensch dann auch wirklich weiss, ob man die Lehrstelle bekommt oder nicht.

In dem Sinn danken wir dem Stadtrat für die Erarbeitung dieser Vorlage. Wir werden dieser inklusive Nachtrag zustimmen.

Die Anträge der SVP werden wir selbstverständlich ablehnen.

C. Etter (FDP): Die Kosten und die Qualität von der Kinderbetreuung im Vorschulalter sind der FDP wichtige Anliegen, das möchte ich da nochmals betonen. Wir setzen uns für zahlbare und hervorragende Betreuungsangebote ein. Vieles dazu, was die Motion und Umsetzung will, wurde schon gesagt. Deshalb möchte ich mich kurz fassen.

Bezüglich Artikel 15 würden wir die SVP unterstützen, denn für uns ist es eine Frage vom Mass. Auch wir finden eine Erhöhung auf 90'000 Fr. richtig. Es ist gut, wenn der Mittelstand entlastet wird, aber mit 90'000 Fr. wären wir eigentlich im Bereich der alten Verordnung – und den haben wir eigentlich als ganz gut angeschaut. Unserer Meinung nach sollten eigentlich nur die Familien entlastet oder unterstützt werden, die es auch wirklich brauchen. Und ich kenne mehr als ein Beispiel, eines möchte ich kurz schildern: Eine Familie, die ein Haus für 3'000 Fr. im Monat mietet, ein Auto fährt und regelmässig in die Ferien fährt – da möchte ich in den Raum stellen, ob diese wirklich Subventionen braucht im Bereich der Kinderbetreuung oder eben nicht.

Wir sind auch klar der Meinung (da möchten wir uns der SVP anschliessen): Gute Kinderbetreuung muss den Eltern etwas wert sein. Unsere Vertreter in der BSKK haben sich auch kundig gemacht und haben herausgefunden, dass man über 2.5 Mio. spricht. Da finden wir,

die Einkommensgrenze von 90'000 Fr. ist genug. Die 2.5 Mio., die 100'000 kosten würden (ungefähr geschätzt), die setzen wir lieber für anderes, wie z.B. Tagesschulen ein, was dann auch den Eltern von grösseren Kindern hilft.

Wir haben es gehört, wir sprechen noch über Praktikumsstellen in den Kitas, über Artikel 7. Im Sinne eines Kompromisses würden wir uns dieser Regelung anschliessen, dass also nur noch so viele Praktikumsstellen geschaffen werden sollen, wie es auch Anschlusslösungen gibt. Es sind leider nicht alle Kitas so selbstverantwortlich, dass diese Regelung automatisch funktioniert. Deshalb akzeptieren wir, dass wir da eine Lösung von Seiten Politik schaffen und das so in die Verordnung schreiben.

Zusammengefasst: Wir unterstützen eine Einkommensgrenze von 90'000 Fr., unterstützen Artikel 7 bezüglich Praktikumsstellen und unterstützen auch die Einsetzung per 1.1.2020.

A. Zuraikat (CVP): Die CVP unterstützt grundsätzlich den Antrag des Stadtrates mit den Änderungen, die durch die BSKK durch sind. Dies aus dem folgenden Grund: Die geltende Bundesverfassung verpflichtet uns, die Bedürfnisse der Familien umfassend zu berücksichtigen. Arbeit und Familie müssen vereinbar sein. Fakt ist: Immer mehr Haushalte sind auf zwei Einkommen angewiesen. Ein Verbleiben im Arbeitsalltag der Eltern ist volkswirtschaftlich sinnvoll. Uns ist es aber wichtig, dass die Eltern selber ihr Modell wählen können und selber definieren können, wer welche Rolle einnimmt im Familienleben. Sie sollen selber entscheiden dürfen. Der Entscheid, wie sich ein Paar organisiert bezüglich Arbeit und welche Rolle sie einnehmen im Familienleben, soll vom Paar abhängen, aber nicht von den fehlenden Rahmenbedingungen, die wir haben für Familien mit Kindern.

Durch die Erhöhung der Einkommensgrenze sorgen wir dafür, dass das Kind in einem Umfeld aufwächst, das sozial gut durchmischt ist. Und wir sind auch davon überzeugt: Vielfältigkeit bereichert die Gesellschaft. Und mit dieser Erhöhung kommen auch die Familien aus allen sozialen Schichten in den Genuss der Unterstützungsbeiträge. Allerdings erachten wir es als sinnvoll, dass man die Einkommensgrenze auf 90'000 Fr. erhöht und würden somit den Änderungsantrag der SVP unterstützen.

Wie bereits erwähnt wurde, sorgt die Absicht des Stadtrates bezüglich dem Limitieren der Plätze dafür, dass junge Menschen in Ausbildung eine Perspektive haben werden, was auch von Katharina Gander schon erwähnt wurde, und dass die jungen Menschen nicht mehrjährige Praktika absolvieren müssen und so eine klare Perspektive haben, eine Lehrstelle zu bekommen. Genau den Auszubildenden gegenüber müssen wir uns eigentlich verpflichtet fühlen, gute Rahmenbedingungen für sie zu schaffen und eine gute Ausbildung zu gewährleisten. Gut ausgebildetes und qualifiziertes Personal ist eigentlich der entscheidende Faktor bei jeder Tätigkeit.

Wie gesagt, aus obengenannten Gründen unterstützen wir den Antrag des Stadtrates mit den Änderungen, die durch die BSKK durch sind, einfach noch mit dem einzigen Unterschied, dass wir beim Artikel 15 den Antrag der SVP für die Limite auf 90'000 Fr. unterstützen.

Z. Dähler (EDU): Wir haben heute Abend die Rechnung abgenommen. Wir haben im Rahmen der Rechnungsdebatte gehört, dass das steuerbare Einkommen der Stadt Winterthur pro Kopf vor sich hindümpelt, wenn man das so sagen will, dass sich da nichts Positives entwickelt. Und wenn ich jetzt Euren Voten zuhöre, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, dann muss ich sagen: In zwei Jahren, wenn wir dann wieder über die Rechnung sprechen, muss der Pro-Kopf-Betrag deutlich höher sein, weil wir heute Abend die zusätzlichen Subventionen bewilligen werden.

Für mich als EDU-Vertreter ist klar: Ich bin dagegen, dass einseitig ein Erziehungsmodell vom Staat bevorzugt wird. Deshalb lehne ich die Erheblicherklärung dieser Motion ab. Ich lehne auch die Erhöhung dieses Betrages im Artikel 15 ab. Beim Artikel 7 schliesse ich mich der Fraktion an.

K. Cometta (GLP): Ich freue mich sehr, dass die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf schon fast von allen konsensmässig getragen wird, dass man da etwas tun muss. Ich

möchte auch nur etwas sagen zur Frage, ob 90'000 oder 100'000 Fr. Der Rest ist ja offensichtlich sehr unbestritten. Wir haben uns diese Frage auch nicht einfach gemacht, ob man so eine massive Erhöhung nehmen soll, zumal es das DSS leider verpasst hat, saubere Grundlagen zu liefern, eine Steueranalyse vorzunehmen. Das finden wir nicht ein korrektes Vorgehen bei dieser Grössenordnung. Nichtsdestotrotz stimmen wir der Lösung mit den 100'000 Fr. im stadträtlichen Antrag zu.

Carola hat vorhin gesagt, es soll den Eltern etwas wert sein, wenn sie die Kinder in die Kita geben. Das finden wir auch. Die Eltern sollen sich beteiligen. Aber wir finden v.a. auch, dass sich das Arbeiten lohnen soll. Und wenn man natürlich auch so immer noch 100 Fr. pro Kopf pro Tag, dann muss man schon ziemlich viel verdienen, damit sich das Arbeiten lohnt für die Frauen. Es ist ja immer noch so, dass die Erwerbstätigkeit der Frauen nicht extrem hoch ist, gerade im internationalen Vergleich nicht. Das OECD hat z.B. gesagt, dass das ein riesiges Potential sei für mehr Wettbewerbsfähigkeit. Das OECD hat auch gesagt, die Kinderbetreuungskosten seien ein massgeblicher Faktor für die tiefe Erwerbstätigkeit von Frauen. Es gab ja auch eine Studie, die fand, dass 17.3% der Mütter auf eine Erhöhung der Erwerbstätigkeit oder auf die Aufnahme der Erwerbstätigkeit verzichten, weil die Kinderbetreuungskosten so hoch seien. Man weiss, dass es in diesem Bereich extrem grosse Elastizitäten gibt, d.h. eine minimale Veränderung der Kosten für Kinderbetreuung hat sehr grosse Auswirkungen auf die Nachfrage.

Und wir wissen alle sehr wohl hier drinnen, dass es sehr wohl einen volkswirtschaftlichen Impact hat. Gabi hat es erwähnt. Es spielt eine Rolle für das Steuersubstrat. Wenn die Frauen mehr arbeiten, gibt es auch wieder mehr Steuern zu holen. Es spielt aber auch eine Rolle bei der Sozialversicherung und v.a. spielt es eine Rolle – wenn wir eine längerfristige Perspektive anschauen mit dem ganzen Fachkräftemangel, der kommen wird. Wenn die Babyboomer alle in Pension gehen, sind wir darauf angewiesen, dass wir Frauen haben, die arbeiten.

Man muss auch sehen: Mütter, die in der Babyphase aus dem Erwerbsleben ausscheiden und einige Jahre weg vom Fenster sind, haben es extrem schwierig, um wieder einzusteigen. Und je besser ausgebildet die Mütter sind (ich spreche jetzt nur von den Müttern – es betrifft natürlich die Väter auch, aber die machen es weniger): Je besser man ausgebildet ist und dann ein paar Jahre weg ist vom Fenster, umso schwieriger ist der Wiedereinstieg. Und darum ist es gerechtfertigt, dort auch eine höhere Limite anzusetzen, damit man wirklich möglichst viele Frauen im Erwerbsprozess behält, weil sie sonst dauerhaft wegfallen.

Stadtrat J. Altwegg: Herzlichen Dank für die doch grossmehrheitlich wohlwollende Aufnahme von unseren Antworten auf diese Motion aus dieser Runde. Wir dürfen wirklich sagen: Wir haben schon viel erreicht für die Familien – und damit werden wir noch mehr erreichen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wie auch die meisten festgestellt haben: Es wird etwas kosten. Im Budget 2020 haben wir rund 2.5 Mio. eingestellt. Es ist diverse Male moniert worden, dass man da eigentlich bessere Grundlagen haben sollte. Ich würde mir auch bessere Grundlagen wünschen. Aber nur schon wenn wir uns mit anderen Städten vergleichen wollen, haben wir schon ziemlich verloren.

Jede Stadt hat unterschiedliche Systeme, wie diese Unterstützungen funktionieren. Nur schon da ist der Vergleich wahnsinnig schwierig. Und zu prognostizieren, wie sich jetzt diese Eltern verhalten werden, die nun neu in den Genuss kommen von Unterstützung, das wäre dann doch irgendwo psychologisches Kaffeesatzlesen, und auf das wollten wir uns nicht einlassen. Wir haben das schon einmal probiert 2014, eine solche Prognose zu machen. Damals hat man die Korrektur in die andere Richtung gemacht, also das maximale Einkommen heruntermgesetzt auf 75'000 Fr. Damals war man total daneben. Und das einzige, das sicher wäre, wenn ich ausser den 2.5 Mio. irgendeine Zahl nennen würde oder im Vorfeld prognostiziert hätte, wäre dass sie sicher falsch ist. Wie viel wir daneben liegen, werden wir dann sehen, wenn wir das nächste Jahr einführen.

Von daher: Es wurde alles gesagt, was es dazu zu sagen gibt. Wir werden sehen, ob 90'000 oder 100'000. Ich glaube, die Familien werden so oder so profitieren davon. Ich wünsche eine gute Entscheidungsfindung.

Ratspräsident A. Geering: Damit kommen wir zur Abstimmung. Wir werden zuerst in der Ziffer 2 der Weisung die Artikel bereinigen und anschliessend eine Schlussabstimmung per Ziffer durchführen.

Wir kommen zur Abstimmung von Artikel 7 gemäss dem Änderungsvorschlag der BSKK mit den veränderten Absätzen 2 und 3. Der Kommissionsantrag ist auf dem gelben Blatt aufgeführt.

Wer diesem Kommissionsantrag so zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit habt Ihr dem Kommissionsantrag einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum Artikel 15 und haben dort den Änderungsantrag der SVP, der das Einkommen auf 90'000 Fr. hinuntersetzen möchte.

Wer diesem Änderungsantrag der SVP zustimmen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.

Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Ihr habt diesen Änderungsantrag abgelehnt und damit das Einkommen auf 100'000 Fr. festgesetzt.

Dann der Artikel 20 der Übergangsbestimmung, der im Absatz 2 die Inkraftsetzung regelt und zwar per 1. Januar 2020.

Wer diesem Kommissionsantrag zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Dann habt Ihr diesem Artikel 20 einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zur Schlussabstimmung:

Ziffer 1: Die Motion betreffend Kosten und Qualität der Kinderbetreuung im Vorschulalter wird erheblich erklärt.

Da gibt es einen Antrag auf Nicht-Erheblicherklärung vom EDU-Vertreter.

Wer diese Motion erheblich erklären möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Ihr habt diese Motion mit deutlicher Mehrheit erheblich erklärt.

Ziffer 2: Die Verordnung gemäss den soeben vorgenommenen Detailveränderungen.

Wer dieser Verordnung zustimmen möchte, soll das bezeugen mit Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit habt Ihr mit grosser Mehrheit dieser Verordnung zugestimmt.

Ziffer 3: Die Motion wird damit als erledigt erklärt und abgeschrieben.

Wer dem zustimmen möchte, soll das bezeugen durch Handerheben.

Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen?

Damit ist das einstimmig erledigt und abgeschrieben.

10. Traktandum

GGR-Nr. 2018.110: Begründung der Motion R. Keller (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne / AL) betr. PraktikantInnen in Kitas

Ratspräsident A. Geering: Vor dem Traktandum 10 gibt es eine persönliche Erklärung von Regula Keller.

R. Keller (SP): Wir haben jetzt gerade über etwas abgestimmt, wofür wir einen Vorstoss eingereicht haben in Bezug auf die PraktikantInnen. In Absprache mit Barbara Huizinga und Katharina Gander ziehen wir diesen Vorstoss zurück, weil das, was wir gefordert haben, vollumfänglich erfüllt ist bzw. wird im Reglement, das der Stadtrat noch erarbeiten wird, festgehalten. So ist es sichergestellt, dass das in diese Richtung geht und aufgenommen wird. Damit haben wir das zurückgezogen.

Ratspräsident A. Geering: Damit ist diese Motion betreffend PraktikantInnen in Kitas, eingereicht von Regula Keller, Barbara Huizinga und Katharina Gander zurückgezogen und das Traktandum 10 entfällt.

11. Traktandum

GGR-Nr. 2019.60: Begründung des Postulats K. Cometta-Müller (GLP), M. Sorgo (SP), B. Huizinga (EVP) und K. Gander (Grüne/AL) betr. Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungsvereinbarungen einfordern

Ratspräsident A. Geering: Begründung des Postulats betreffend Lohnungleichheit zwischen Mann und Frau beim Beschaffungswesen und bei Leistungsvereinbarungen einfordern. Das Wort hat Katrin Cometta.

K. Cometta (GLP): *(Filmchen zur Lohnungleichheit zwischen Männern und Frauen)* Ich weiss von Silvio Stierli, dass er nicht gerne solche Filmchen hat. Ich habe mir aber gedacht, ich gebe Euch eine Minute Film und verschone Euch danach mit den ganzen Statistiken zur Lohnungleichheit. Es ist ein Fakt, dass wir noch keine Lohnungleichheit haben. Und es ist auch ein Fakt, dass das schon sehr lange in unserer Verfassung steht, dass Frauen gleich viel verdienen sollen wie Männer.

Und jetzt geht es halt einfach darum, dass Winterthur in diesem Einflussgebiet, das es hat, auch tätig wird und Verantwortung wahrnimmt. Das Beschaffungswesen und der Abschluss von Leistungsvereinbarungen sind ein guter Ort, weil das ein Ort ist, wo Steuergelder eingesetzt werden. Es geht nicht darum, irgendwelche Regulatorien für alle Firmen noch zusätzlich aufzustellen, sondern es ist wirklich dort, wo die Privatwirtschaft etwas will vom Staat, nämlich Aufträge. Auch sonst hat man bei der Submission ganz viele Kriterien – es geht darum, dass man das Kriterium Lohnungleichheit noch ein bisschen ernsthafter verfolgt. Und da geht es einfach mal darum, dass man dem Prüfauftrag, der in der Antwort zur Interpellation schon mal sehr vage in Aussicht gestellt wurde, aber mit dem noch nicht wahnsinnig viel passiert ist, dass man diesem Nachdruck verleiht und schaut, in welchem Rahmen man im Beschaffungswesen Lohnungleichheit einfordern kann.

Ich freue mich über die Unterstützung.

Ratspräsident A. Geering: Es gibt einen Ablehnungsantrag, Simon Büchi.

S. Büchi (SVP): Wir stellen den Ablehnungsantrag zum Postulat. Wir halten dieses Postulat für überflüssig. Damit Ihr mich bitte nicht falsch versteht: Wir sagen nicht, dass Lohnungleichheit ein überflüssiges Prinzip ist, aber es ist ja gesetzlich festgehalten. Auch das Diskriminierungsverbot, das ist festgehalten. Und das Postulat fordert «Lohnungleichheit einfordern». Da könnte man genauso gut sagen, dass man das Gesetz einfordern will. Selbstverständlich muss sich das öffentliche Beschaffungswesen an das Gesetz halten.

Es ist einer aus dieser endlosen Reihe an Vorstössen, der so dargestellt wird, als würde nach wie vor massive Ungleichheit herrschen und der Werbespot soll das offenbar auch suggerieren. Aber wie gesagt: Es mag sein, dass es schwarze Schafe gibt, die weiblichen Angestellten weniger zahlen. Aber beim Staat, beim öffentlichen Wesen, genau dort hat man ja die Möglichkeit und dort werden diese Richtlinien und Gesetze ja eingefordert und müssen durchgesetzt werden. Und in dem Sinn ist diese Vorlage, dieses Postulat, überflüssig. Ja, Lohnungleichheit ist richtig. Lohnungleichheit beziehungsweise Diskriminierungsverbot ist gesetzlich geregelt. Das muss man einfach durchsetzen. Und deshalb ist dieses Postulat aus unserer Sicht überflüssig.

B. Huizinga (EVP): Der Anspruch auf Lohnungleichheit zwischen den Geschlechtern ist seit 19 Jahren gesetzlich verankert. Im Berufsleben wird das aber immer noch nicht umgesetzt. Es

ist eine Faktenresistenz, die Simon Büchi da zeigt. Es ist zwar gesetzlich verankert, aber längstens nicht umgesetzt. Und die Stadt Winterthur selber hat viele gute Absichtsbekundungen gemacht, wie auch im Postulat schon erwähnt ist, z.B. die Unterzeichnung der «Charta Lohngleichheit im öffentlichen Sektor». Und sie hat auch bei der Lohngleichheitsprüfung im Jahr 2013 gut abgeschnitten. Das nehmen wir als Postulantinnen positiv zur Kenntnis. Es ist jedoch immer noch so, dass nicht alle diesbezüglich bestehenden Einflussbereiche genutzt werden. Die Erstpostulantin Katrin Cometta zeigt jetzt mit diesem Vorstoss einen bekannten, leicht anwendbaren und wirksamen Hebel auf, wie dieses überfällige Ziel im Bereich des Beschaffungswesens und bei der Vergabe von Leistungsvereinbarungen erreicht werden kann. Mit den Minimalforderungen nach Selbstdeklaration und -kontrolle würden wir als Stand bei der nächsten Prüfung im kommenden Jahr noch zufriedenstellender abschneiden. Die EVP-Fraktion unterstützt die Überweisung des Postulats. Und wir kommen unangenehm und unangenehm immer wieder, bis wir es nicht nur im Gesetz verankert haben, sondern es auch wirklich real so funktioniert im Leben.

C. Etter (FDP): Die FDP wird den Antrag der SVP unterstützen und unterstützt das Postulat ebenfalls nicht. Es verfolgt eine sehr gute Absicht, weil auch wir finden die Lohngleichheit ein ganz wichtiges Grundanliegen. Es ist in unserer Bundesverfassung verankert, das ist richtig. Aber das Postulat geht ganz klar zu weit. Es wäre natürlich schön, wenn die Firmen, die für die Stadt arbeiten, grundsätzlich die Lohngleichheit einhalten würden - und nicht nur im Bereich des Beschaffungswesens, sondern ganz generell. Wir haben ja auch an einer der letzten Sitzungen gehört: Die Stadt hat die Lohncharta unterzeichnet und schaut sehr gut und sehr streng für die Lohngleichheit in ihren Reihen. Und darüber sind wir froh. Wir können aber das grundsätzliche Problem, nämlich das Umdenken, das bei uns immer noch nötig ist und stärkeres Engagement von uns Frauen fordert. Das können wir nicht nur mit einem Postulat lösen, da müssen wir Frauen mit gutem Beispiel vorgehen. Das Postulat geht wie schon gesagt zu weit und bringt für unsere Stadt Nachteile. Es fordert nämlich staatliche Kontrolle, die viel kostet und am Schluss auch den Wettbewerb unter den Firmen hemmt. Die Politik kann in diesem Bereich nur gute Rahmenbedingungen setzen, aber sie darf nicht Nachteile für andere Stakeholder schaffen, nämlich das Ganze auf Kosten des Steuerzahlers umsetzen. Das Umdenken muss von den Unternehmen selber kommen. Die Stadt soll mit gutem Beispiel weiter vorgehen. Und wir Frauen müssen auch selber weiterkämpfen. Darum sprechen wir uns wie gesagt dagegen aus.

M. Sorgo (SP): In Anbetracht der Zeit halte ich mich ganz kurz. Die SP unterstützt natürlich als miteinreichende Partei das Postulat. Meine zwei vorletzten Vorrednerinnen haben auch sehr gut dargelegt, weshalb. Noch zur SVP, zum Ablehnungsantrag: Solange es noch 7% Lohndifferenz gibt, die man nicht erklären kann über alles hinweggesehen, glaube ich nicht, dass wir die Lohngleichheit schon erreicht haben. Und auch noch zum Votum der FDP: In diesem Postulat geht es noch um sehr viel Freiwilligkeit. Die Stadt muss vielleicht ein bisschen genauer nachweisen, weshalb es irgendwo nicht möglich war oder dass es eben doch möglich gewesen ist. Das eine ist vielleicht, dass die Frauen mit gutem Beispiel vorgehen müssen – ich glaube, das machen wir jetzt auch mit diesem Postulat. Das andere ist: Es geht auch da wieder darum, dass man den Frauen weiterhin vorwerfen kann (das haben wir nun 38 Jahre lang gesehen), dass einfach Eigenverantwortung gefragt ist und dass sie schauen müssen, dass sie irgendwie weiterkommen. Es hat sich inzwischen mehr als genug gezeigt, dass es eben die Strukturen und Rahmenbedingungen sind, die nicht funktionieren. Und deshalb ist es dann auch an einer Stadt wie der Stadt Winterthur, die jetzt schon ziemlich vorbildlich ist in vielen Bereichen, eben auch in anderen Bereichen noch vorbildlicher zu werden. Deshalb unterstützen wir dieses Postulat.

K. Gander (Grüne/AL): Ich kann es auch ziemlich kurz machen und mich so in dieser Richtung da anschliessen. Vielleicht einfach noch schnell: Es ist so, dass es schon diverse Städte gibt, die das machen. Und die das auch erfolgreich machen. Und die kontrollierten Unternehmen und Organisationen beurteilen grossmehrheitlich die Überprüfungen selber als sinnvoll und auch den Aufwand als angemessen. Ich glaube, das ist noch eine wichtige Ergänzung. Wir setzen da einfach noch einen Hebel an, der dringend nötig ist. 100 Mrd. weniger verdienen die Frauen als die Männer. Das kann es wirklich nicht sein. Und das ist jetzt ein kleines Puzzleteil, um diesem Missstand entgegenzutreten. Und ich hoffe auf Unterstützung.

I. Kuster (CVP/EDU): Wir von der CVP/EDU-Fraktion haben gewisse Sympathien für das Grundanliegen. Da sind wir einverstanden. Aber bringt dieser Vorstoss das Ziel der Lohngleichheit wirklich weiter? Ist er wirklich notwendig?

Wie Katharina erwähnt hat: Die Stadt Zürich führt im Moment einen Pilotversuch (das wäre ja auch eine Variante gewesen, mit einem Pilotversuch zu starten) zum gleichen Thema durch. Und gemäss Zwischenbericht vom 6. Februar 2019 haben in Zürich bei 20 Stichproben 19 Unternehmen die gültigen Lohngleichheitskriterien eingehalten. D.h. bei Firmen, die mit der öffentlichen Hand zusammenarbeiten, ist die Thematik nicht so kritisch wie vielleicht vermutet, und nicht unzufriedenstellend.

Parallel ist zudem in der Wintersession 2018 das Gleichstellungsgesetz revidiert worden, das von allen Unternehmungen mit mehr als 100 Mitarbeitenden periodische Lohnvergleiche verlangt.

Will jetzt das vorliegende Postulat ein Problem lösen, das vielleicht gar nicht existiert oder bei Geschäftspartnern, mit denen die Stadt zusammenarbeitet, gar nicht relevant ist?

Und, liebe Katrin, es sind nicht nur die Privaten, die etwas von der Stadt wollen, sondern auch die Stadt will etwas von den Privaten. Müssen wir zu den ergänzenden Bestimmungen gemäss dem Gleichstellungsgesetz in Winterthur wirklich zusätzliche Massnahmen ergreifen?

Für die CVP/EDU-Fraktion ist die Lohngleichheit ein wichtiges Thema und aus unserer Sicht gibt es keinen vernünftigen Grund, weshalb eine Frau für die gleiche Leistung nicht den gleichen Lohn verdienen sollte. Wir anerkennen auch, dass es Bereiche gibt, bei denen es Handlungsbedarf geben könnte. Wir wehren uns aber gegen zusätzliche administrative Aufgaben für die Stadtverwaltung, ohne dass ersichtlich ist, worin der Mehrwert eines solchen Berichtes für die Frauen und die Winterthurer Frauen ist.

Wir werden den Verdacht nicht los, dass sich da die GLP als besonders frauenfreundliche Partei positionieren will, obwohl die Stadt - wie schon mehrfach erwähnt - bereits sehr viele Anstrengungen unternommen hat, z.B. eben die «Charta der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor». Als Frau sage ich zusammen mit der Fraktion klar Nein zu einem Aktionismus, wie ihn das Postulat verlangt. Und wir unterstützen den SVP-Ablehnungsantrag.

Eine Bemerkung kann ich mir nicht verkneifen: Ich finde in der Interpellation die Angabe, die Lohngleichheit besteht in der Bundesverfassung seit 36 Jahren. Im Postulat 2019 sagt Ihr seit 34 Jahren. Aber ich komme nachher gerne in die Nachhilfestunde.

K. Cometta (GLP): Jetzt hatte ich nicht mehr die Zeit, um den Taschenrechner hervorzuholen für das... Aber ich möchte doch noch schnell etwas sagen: Es ist ein bisschen eine klassische Diskussion von «eigentlich ist die Lohnungleichheit eine Sauerei», da sind wohl alle grundsätzlich einverstanden. Und Simon reicht es, wenn es irgendwo schon vorgeschrieben ist. Und übrigens, Simon, es geht mir wirklich nicht um die städtische Verwaltung, denn dort ist man auf Kurs. Das ist gut und das ist auch entsprechend gewürdigt und verdankt worden. Dann kommt die Sache von «es ist das Problem der Frauen, die zu wenig gut verhandeln...». Ich habe damit etwas Mühe, wenn das die Schuld der Frauen ist. Man weiss ja auch, dass schon Lehrabgängerinnen und Uniabgängerinnen weniger verdienen. Also bevor man Kinder oder Teilzeitgeschichten anführen kann.

Es ist auch nicht ganz so einfach, Carola, zu sagen, das Umdenken müsse von den Unternehmen her kommen. Sie hatten wirklich schon viele Jahre Zeit und wenn es nicht automatisch kommt, muss man vielleicht den Unternehmen ein bisschen helfen, was das Umdenken angeht. Und deshalb hat man ja das Gleichstellungsgesetz geändert. Iris, das hast Du richtig bemerkt. Du weisst aber wahrscheinlich auch, dass mit der Abschwächung, die passiert ist im Bundesparlament, dass es wirklich nur noch diejenigen mit mehr als 100 Vollzeitäquivalent trifft, nicht mehr wahnsinnig viele Unternehmen davon betroffen sind.

Und selbstverständlich, es wird nicht das einzige Instrument sein, das dann die Lohnungleichheit in der ganzen Schweiz eliminiert. Aber es ist ein Schritt in die richtige Richtung. Und es ist im Postulat auch so formuliert, dass auch der Stadtrat selber ein bisschen sagen kann, wie er dafür sorgen will, mehr Lohnungleichheit zu haben. Wenn der Stadtrat zum Schluss kommen sollte, dass ein Pilot das beste von allen Mitteln ist, liebe Iris, dann habe ich auch nichts gegen einen Pilot. Es geht ja gar nicht um das, sondern wir haben einfach probiert, dem Stadtrat zu sagen, dass der Prüfauftrag, der in der Interpellation ein bisschen angedeutet wurde, dass man diesen jetzt wirklich in Gang setzen soll. Dass man schauen soll, wie man via Beschaffungswesen und Leistungsvereinbarungen Lohnungleichheit einfordern kann. Katharina Gander hat richtig gesagt, dass es Städte gibt, wo das bereits gemacht wird. Auch im Kanton Zürich ist ein entsprechender Vorstoss hängig, dass man Stichproben macht. Und es würde Winterthur sehr gut anstehen, nachdem man ja die Charta unterzeichnet hat, auch da noch einen Schritt weiter zu machen.

S. Büchi (SVP): Ich möchte die letzte Minute noch nützen. Nicht weil ein Mann grundsätzlich das letzte Wort haben muss, aber ich möchte doch ein Votum von Katrin nicht als letztes Votum an dieser Sitzung stehen lassen. Du hast das Stichwort gesagt, es würde so dargestellt, als wären die Frauen selber schuld. Niemand hat dieses Stichwort oder dieses Argument in irgendeiner Form gebracht. Ganz prophylaktisch wird das einfach hineingeworfen, um die ganze Gegenseite einfach wieder in Verruf zu bringen.

Und das ist eigentlich das Grundproblem an Eurem Postulat. Ihr trefft einfach eine Annahme. Ihr sagt, diese Lohnungleichheit existiert und sie existiert auch da im Beschaffungswesen. Ihr habt keine Beweise und keine Vergleiche, sondern es wird einfach mal behauptet. Und im Grunde genommen funktioniert es umgekehrt: Wenn es Probleme gibt, muss man auf diese hinweisen – und nicht einfach pauschal behaupten, dass es sie gibt.

Stadtpräsident M. Künzle: Die Begründung dieses Postulats gibt mir auch die Gelegenheit, einmal mehr darauf hinzuweisen, dass wir mit der Stadtverwaltung wirklich (wie es Katrin Cometta gesagt hat) sehr gut unterwegs sind. Wir haben 2013 die Überprüfung der Lohnungleichheit in der Stadtverwaltung gemacht und wir haben ein hervorragendes Ergebnis gehabt. Wir werden die nächste Lohnungleichheitsüberprüfung 2020 machen.

Zum Zweiten habe ich am 11. Januar 2017 die «Charta Lohnungleichheit im öffentlichen Sektor» unterzeichnet. Ich war an dem grossen runden Tisch in Bern mit Bundesrat Bersier und man hat dort über diese Charta diskutiert. Und in dieser Charta hat es eine Ziffer 4, die das Submissionsverfahren zum Gegenstand hat. Und ich würde behaupten, dass die Ziffer 4 der grösste Diskussionsgegenstand war in dieser Runde. Dort hatte es Kantonsvertreter, Städtevertreter, Gemeindevertreter. Und die grösste Sorge, die die öffentliche Hand dort hatte, wenn es um das Submissionsverfahren ging, war die Befürchtung, dass man einen zu grossen administrativen Zusatzaufwand betreiben müsste, wenn man die Ziffer 4 dieser Charta umsetzen müsste. Und dort war einhellig die Meinung, dass das Mittel der Selbstdeklaration eigentlich genügt, damit man die Charta unterschreiben kann. Und das haben wir auch so gemacht. Wir haben diese Selbstdeklaration bei uns, so leben wir es momentan.

Wir wissen aber natürlich, was rundherum so läuft. Die Stadt Zürich fährt seit 2-3 Jahren einen Pilotversuch, sie macht 12 Zufallsstichproben bei Unternehmungen. Sie melden zurück, dass sie den Unternehmungen, die sie überprüft haben, sehr gute Zeugnisse ausstellen können. Die Unternehmungen, die solche Stichproben über sich ergehen liessen, da hat man herausgefunden, dass das, was sie deklarieren, auch stimmt. Weil sie genau wissen, wenn

es einmal eine Überprüfung gibt, kann das dazu führen, dass man auf einer schwarzen Liste ist oder nicht mehr zum Handkuss kommt. Das kennen wir.

Am Schluss, da werdet Ihr mir zustimmen, muss der Aufwand, den man braucht, um diese Kontrollen zu machen, in einer Verhältnismässigkeit sein. Und ich denke auch, wenn das eine kleine Anzahl ist, kann man das bewältigen. Und sonst muss ich in Aussicht stellen, dass man mehr Ressourcen braucht und es auch mehr Kosten gibt.

Fällt da einen weisen Entscheid. Beispiele gibt es schon, die man umsetzen könnte. Aber ich denke, wir würden da nicht viele Ressourcen einsetzen, um diese Kontrollen zu machen, weil die Selbstdeklaration eigentlich schon gut funktioniert.

Ich möchte noch einen Beitrag leisten, einfach so aus der Praxis, zu dem, was zwischen Simon Büchi und Katrin noch verhandelt wurde wegen der Eigenverantwortung der Frauen. Wir hatten letztthin in meinem Departement eine Kaderstelle ausgeschrieben. Es haben sich ca. 40 Leute beworben. Und uns ist wirklich aufgefallen, und es war dieses Mal so augenfällig, dass die Männer z.T. exorbitante Lohnforderungen gestellt haben. Exorbitant hoch. Und die Frauen sehr auffällig unten hinein gingen. Und wir haben bei den Bewerbungsgesprächen, zu denen wir einige Leute eingeladen hatten (Männer und Frauen), die Frauen gefragt, weshalb sie mit dem Lohn so unten hinein sind. Und man sagte: Ja, man wolle diese Stelle unbedingt haben, man wolle auch nicht auftrumpfen, es sei einem wichtig, bei der öffentlichen Hand zu arbeiten usw. Ich denke, das ist keine Schuldzuweisung, sondern das ist in der Praxis tatsächlich so, dass die Frauen tendenziell unten hinein gehen mit den Lohnforderungen und die Männer tendenziell zu hoch. Das einfach ein Bericht aus der Praxis, wie wir es gerade kürzlich wieder erlebt haben.

Fällt einen weisen Entscheid. Man wird es wohl umsetzen können, aber wir würden sicher nicht alles kontrollieren, sondern Stichproben machen.

Ratspräsident A. Geering: Wir kommen zur Abstimmung.

Wer das Postulat überweisen möchte, soll das zeigen durch Handerheben.

Wer die Überweisung ablehnen möchte?

Damit habt Ihr der Überweisung mit einer deutlichen Mehrheit zugestimmt.

Wir sind damit fast am Ende der heutigen Sitzung. Wenn ich zurückschaue, stelle ich zwei Sachen fest: Zum einen haben wir heute 20 Vorstösse zirkulieren lassen. Der letzte Vorstoss war um 21.50 Uhr bei uns auf dem Tisch. Das ist wesentlich schneller als wenn wir nur 3-4 Vorstösse haben. Von daher: Behaltet dieses Tempo künftig bei beim Herumgeben von Vorstössen.

Das Zweite ist, dass ich festgestellt habe: Wenn das Thema von der Gleichstellung der Frau traktandiert ist, dann ist das Mittel des Filmchens offenbar ein beliebtes Mittel, um ein Votum einzuleiten. Das ist an und für sich ein legitimes Mittel, v.a. wenn dafür dann das Votum umso kürzer ausfällt, dann ist das sicher sehr zu begrüßen, solange es nicht überhand nimmt.

Aber ab und zu eines... Wenn sich das herumspricht, wirkt sich das vielleicht sogar so aus, dass wir künftig mehr Zuschauer auf der Tribüne haben, v.a. auch bis am Schluss.

In dem Sinn danke ich für das Durchhalten bis 22.05 Uhr und wünsche Euch einen guten Abend und gutes Heimkommen.

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

A. Geering (CVP)

D. Oswald (SVP)

M. Sorgo (SP)